

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit
(16. Ausschuss)**

- a) zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD
– Drucksache 21/570 –**

**Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Batterierechts an die Verordnung
(EU) 2023/1542
(Batterierecht-EU-Anpassungsgesetz – Batt-EU-AnpG)**

- b) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 21/1150 –**

**Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Batterierechts an die Verordnung
(EU) 2023/1542
(Batterierecht-EU-Anpassungsgesetz – Batt-EU-AnpG)**

A. Problem

Zu den Buchstaben a und b

Mit den Gesetzentwürfen beabsichtigen die Bundesregierung und die koalitions-tragenden Fraktionen, das deutsche Batterierecht an die unmittelbar geltende Verordnung (EU) 2023/1542 anzupassen. Die am 17. August 2023 in Kraft getretene EU-Verordnung schafft einen einheitlichen EU-Rechtsrahmen für Batterieproduktion und Altbatterieentsorgung, der Aspekte wie Stoffbeschränkungen, Design, Kennzeichnung, Konformität, Sorgfaltspflichten sowie Sammlung und Behandlung umfasst. Da die EU-Verordnung nationale Öffnungsklauseln und konkrete Regelungsaufträge enthält, ist eine nationale Anpassung unerlässlich. Dies erfordert aus Sicht der Initianten die Ablösung des bestehenden Batteriegesetzes (BattG), das auf der aufgehobenen Richtlinie 2006/66/EG basiert, durch ein neues

Batterierecht-Durchführungsgesetz (BattDG), um ein reibungsloses Zusammenspiel zu gewährleisten.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Annahme des Gesetzentwurfs auf Drucksache 21/570 in geänderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke.

Annahme einer Entschließung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke.

Zu Buchstabe b

Erledigterklärung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 21/1150.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Gesetzentwurfs.

Zu Buchstabe b

Keine.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Gesetzentwurf auf Drucksache 21/570 in der aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen;
- b) folgende EntschlieÙung anzunehmen:

„I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Batterien spielen für die Energiewende eine entscheidende Rolle. Ihre fachgerechte Sammlung und Entsorgung ist Voraussetzung dafür, dass Ressourcen im Kreislauf gehalten werden. Zwar werden die vorgegebenen Sammelquoten in Deutschland erreicht. Dennoch landen ein Teil der Altbatterien oder kleiner batteriebetriebener Elektro- und Elektronik-Altgeräte sowie vermehrt auch Lachgas-Kartuschen nach deren Nutzung fälschlicherweise im Hausmüll oder in dafür nicht zugelassenen Verwertungsanlagen. Dies führte in der Vergangenheit und bis zuletzt zu erheblichen Brandereignissen und im Falle der Lachgas-Kartuschen auch zu Explosionen. Hierdurch entstehen Gefahren für das Personal, die Öffentlichkeit und die betroffenen Betriebe sowie erhebliche Kosten für die Entsorgungsbranche. Auch die Versicherbarkeit der Anlagen steht zunehmend in Frage, sodass deren Bestand auf dem Spiel stehen.

Vor diesem Hintergrund wird der Gesetzentwurf zur Änderung des Neupsychoaktive-Stoffe-Gesetzes (NpSG), der die Abgabe von Lachgas neu regelt, begrüÙt. Daneben stellen aber auch lithiumhaltige Batterien eine potentielle Brandgefahr dar. Denn durch die hohe Energiedichte und die kompakte Bauweise können mechanische Beschädigungen zu Kurzschlüssen und damit zu einer starken Erwärmung führen. Dies kann einen „Thermal Runaway“ auslösen, eine unkontrollierte thermische Kettenreaktion, die zu extremen Temperaturen und zur Freisetzung giftiger Gase führt. RegelmäÙig wird in der Presse von Bränden berichtet, die mutmaÙlich auf selbstentzündete lithiumhaltige Batterien zurückgeführt werden.

Der Bundestag ist überzeugt, dass Maßnahmen zur Verbraucherkommunikation und eine bessere Sammlung von Batterien und Elektrogeräten die Brandgefahren reduzieren können. Ein möglicher Ansatz ist in diesem Zusammenhang die Einführung eines Pfandrückgabesystems für Batterien oder kleine Elektro- und Elektronik-Altgeräte.

Für einen reibungslosen Vollzug sind effiziente Strukturen und die Einbindung der Betroffenen von wesentlicher Bedeutung. Mit der Etablierung einer Altbatteriekommission soll diesem Anliegen bereits Rechnung getragen werden. Daneben kommen aber auch weitere Beteiligungsformate für die Hersteller von Batterien in Betracht. Denn auf europäischer Ebene zeichnet sich zudem die Ausweitung der erweiterten Herstellerverantwortung auf neue Produktbereiche (z.B. im Textilbereich) bereits ab. Auch hier kommt die Nutzung bestehender verwaltungsrechtlicher Strukturen in Betracht. Die Einbindung der Betroffenen ist auch hier ein wichtiger Ausgangspunkt.

Online-Plattformen dienen vielen ausländischen Herstellern von unterschiedlichen Produkten als Zugang zum deutschen Markt. Auf den unterschiedlichen Marktplätzen (z.B. Amazon, eBay, Shein, Temu etc.) können diese Hersteller ihre Produkte Endnutzern gegenüber direkt anbieten. In der EU und damit auch in Deutschland ist die erweiterte Herstellerverantwortung (Extended Producer Responsibility – EPR) ein wichtiges Instrument,

um die Hersteller auch für die Abfallphase ihrer Produkte verantwortlich zu machen. Gerade Online-Plattformen haben einen erheblichen Anteil daran, dass Batterien oder andere Produkte auf den deutschen Markt gelangen, ohne dass der Hersteller aus einem Drittland sich registriert hat. Die bisherigen Regelungen im Digital Service Act der EU haben sich als nicht ausreichend herausgestellt. Daher ist eine grundsätzliche Regelung für Online-Plattformen im EU-Recht, die diese verpflichtet, sich aktiv an der Einhaltung der Vorgaben zu erweiterter Herstellerverantwortung zu beteiligen, wünschenswert.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. innerhalb eines Jahres die nationale Etablierung eines Pfandsystems für lithiumhaltige Batterien zu prüfen, dabei die Erfahrungen aus Dänemark einzubeziehen und die Diskussion auf europäischer Ebene für eine gemeinsame und einheitliche Bepfandung von lithiumhaltigen Batterien eng zu begleiten,
2. einen Runden Tisch „Maßnahmen gegen Brandereignisse in der Abfallentsorgung“ aus Vertretern von Politik, Wirtschaft und Behörden zu initiieren,
3. bis zum 31. Juli 2026 zu prüfen, ob und ggf. wie zukünftig eine über die Altbatteriekommission hinausgehende stärkere Einbindung der Hersteller von Batterien bei der stiftung elektro-altgeräte register (ear) oder durch die Etablierung einer eigenständigen Gemeinsamen Stelle möglich sein könnte – dabei sollte auch geprüft werden, ob sich ein mögliches Modell auch auf andere Produktbereiche, die zukünftig einer erweiterten Herstellerverantwortung unterfallen, übertragen lässt, und
4. sich auf EU-Ebene im Rahmen des von der Europäischen Kommission für den Herbst 2026 angekündigten Circular Economy Act für eine europaweite Regelung für Online-Plattformen einzusetzen, die diese verpflichtet, sich aktiv an der Einhaltung der Vorgaben zur erweiterten Herstellerverantwortung zu beteiligen.“;

c) den Gesetzentwurf auf Drucksache 21/1150 für erledigt zu erklären.

Berlin, den 10. September 2025

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Lorenz Gösta Beutin
Vorsitzender

Florian Bilic
Berichterstatter

Martina Uhr
Berichterstatlerin

Michael Thews
Berichterstatter

Dr. Jan-Niclas Gesenhues
Berichterstatter

Mareike Hermeier
Berichterstatlerin

Zusammenstellung

des Entwurfs eines Gesetzes zur Anpassung des Batterierechts an die Verordnung (EU) 2023/1542

(Batterierecht-EU-Anpassungsgesetz – Batt-EU-AnpG)

– Drucksache 21/570 –

mit den Beschlüssen des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (16. Ausschuss)

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Batterierechts an die Verordnung (EU) 2023/1542	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Batterierechts an die Verordnung (EU) 2023/1542
(Batterierecht-EU-Anpassungsgesetz – Batt-EU-AnpG)¹	(Batterierecht-EU-Anpassungsgesetz – Batt-EU-AnpG)¹
Vom ...	Vom ...
Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:	Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:
Artikel 1	Artikel 1
Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1542 betreffend Batterien und Altbatterien	Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1542 betreffend Batterien und Altbatterien
(Batterierecht-Durchführungsgesetz – BattDG)	(Batterierecht-Durchführungsgesetz – BattDG)
Inhaltsübersicht	Inhaltsübersicht
Teil 1 Allgemeine Vorschriften	Teil 1 unverändert
§ 1 Zweck des Gesetzes	§ 1 unverändert
§ 2 Anwendungsbereich des Gesetzes	§ 2 unverändert
§ 3 Ergänzende Begriffsbestimmungen	§ 3 unverändert

¹ Notifiziert gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1).

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
Teil 2 Bewirtschaftung von Altbatterien	Teil 2 unverändert
Kapitel 1 Vertrieb von Batterien	Kapitel 1 unverändert
§ 4 Verkehrsverbote	§ 4 unverändert
§ 5 Registrierung der Hersteller	§ 5 unverändert
Kapitel 2 Rücknahme von Altbatterien	Kapitel 2 unverändert
Abschnitt 1 Pflichten des Endnutzers	Abschnitt 1 unverändert
§ 6 Pflichten des Endnutzers	§ 6 unverändert
Abschnitt 2 Organisationen für Herstellerverantwortung	Abschnitt 2 unverändert
§ 7 Pflichten der Hersteller	§ 7 unverändert
§ 8 Zulassung von Organisationen für Herstellerverantwortung	§ 8 unverändert
§ 9 Sicherheitsleistung	§ 9 unverändert
§ 10 Berücksichtigung ökologischer Kriterien bei der Beitragsbemessung	§ 10 unverändert
§ 11 Pflichten der Organisationen für Herstellerverantwortung	§ 11 unverändert
§ 12 Wegfall einer Organisation für Herstellerverantwortung	§ 12 unverändert
Abschnitt 3 Rücknahme von Gerätealtbatterien und LV-Alt Batterien	Abschnitt 3 unverändert
§ 13 Sammelziele	§ 13 unverändert
§ 14 Rücknahmepflichten der Händler	§ 14 unverändert

Entwurf		Beschlüsse des 16. Ausschusses	
§ 15	Annahmepflicht der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger	§ 15	u n v e r ä n d e r t
§ 16	Mitwirkung von freiwilligen Sammelstellen	§ 16	u n v e r ä n d e r t
§ 17	Überlassungspflichten Dritter	§ 17	u n v e r ä n d e r t
A b s c h n i t t 4 R ü c k n a h m e v o n S t a r t e r - , I n - d u s t r i e - u n d E l e k t r o f a h r z e u g - b a t t e r i e n		A b s c h n i t t 4 u n v e r ä n d e r t	
§ 18	Rücknahmepflichten der Händler	§ 18	u n v e r ä n d e r t
§ 19	Pfandpflicht für Starterbatterien	§ 19	u n v e r ä n d e r t
§ 20	Mitwirkung von öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern	§ 20	u n v e r ä n d e r t
§ 21	Überlassungspflichten Dritter	§ 21	u n v e r ä n d e r t
§ 22	Meldung zur Zuweisung an Organisationen für Herstellerverantwortung	§ 22	u n v e r ä n d e r t
Kapitel 3 Behandlungspflichten		Kapitel 3 u n v e r ä n d e r t	
§ 23	Behandlung und Beseitigung	§ 23	u n v e r ä n d e r t
Kapitel 4 Informationspflichten		Kapitel 4 u n v e r ä n d e r t	
§ 24	Informationspflichten der Händler	§ 24	u n v e r ä n d e r t
§ 25	Informationspflichten der Organisationen für Herstellerverantwortung	§ 25	u n v e r ä n d e r t
Kapitel 5 Mitteilungspflichten		Kapitel 5 u n v e r ä n d e r t	
§ 26	Mitteilungspflichten der Organisationen für Herstellerverantwortung	§ 26	u n v e r ä n d e r t
§ 27	Mitteilungspflichten ausgewählter Abfallbewirtschafter	§ 27	u n v e r ä n d e r t
		§ 28	Mitteilungspflichten öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger
§ 28	Mitteilungspflichten von Abfallbewirtschaftern, die Altbatterien behandeln, und Recyclingbetreibern	§ 29	u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
Kapitel 6 Aufgaben und Befugnisse der zuständigen Behörden	Kapitel 6 u n v e r ä n d e r t
A b s c h n i t t 1 Zuständige Behörde nach Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542	A b s c h n i t t 1 u n v e r ä n d e r t
§ 29 Zuständige Behörde nach Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542	§ 30 u n v e r ä n d e r t
§ 30 Aufgaben der zuständigen Behörde im Zusammenhang mit der Registrierung und Zulassung	§ 31 u n v e r ä n d e r t
§ 31 Weitere Aufgaben der zuständigen Behörde	§ 32 u n v e r ä n d e r t
§ 32 Befugnisse der zuständigen Behörde	§ 33 u n v e r ä n d e r t
§ 33 Vollständig automatisierter Erlass von Verwaltungsakten	§ 34 u n v e r ä n d e r t
	A b s c h n i t t 2 A l t b a t t e r i e k o m m i s s i o n
	§ 35 Einrichtung, Aufgaben und Verfahren
	§ 36 Besetzung und Benennung
A b s c h n i t t 2 B e l e i h u n g	A b s c h n i t t 3 u n v e r ä n d e r t
§ 34 Ermächtigung zur Beleihung	§ 37 u n v e r ä n d e r t
§ 35 Aufsicht über die Beliehene	§ 38 u n v e r ä n d e r t
§ 36 Beendigung der Beleihung	§ 39 u n v e r ä n d e r t
Kapitel 7 Beauftragung Dritter, Vollzug	Kapitel 7 u n v e r ä n d e r t
§ 37 Beauftragung Dritter und Bevollmächtigung	§ 40 u n v e r ä n d e r t
§ 38 Vollzug	§ 41 u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
Teil 3 Beteiligung von Bundesbehörden an Verfahren zur Änderung von Beschränkungen für Stoffe	Teil 3 unverändert
§ 39 Beteiligung der Bundesbehörden an Beschränkungsverfahren für Stoffe	§ 42 unverändert
Teil 4 Konformitätsbewertung	Teil 4 _To- cAC6226ED9CFD43A99E7A127EA7CD02DCu n - verändert
Kapitel 1 Bestimmungen über die notifizierende Behörde	Kapitel 1 unverändert
§ 40 Notifizierende Behörde	§ 43 unverändert
§ 41 Aufgaben der notifizierenden Behörde	§ 44 unverändert
§ 42 Aufgaben und Befugnisse der Akkreditierungsstelle	§ 45 unverändert
Kapitel 2 Notifizierungsverfahren	Kapitel 2 unverändert
§ 43 Anträge auf Notifizierung, Erteilung der Befugnis	§ 46 unverändert
§ 44 Einspruch gegen Entscheidungen notifizierter Stellen	§ 47 unverändert
§ 45 Sprache der Anleitungen, der Informationen und der EU-Konformitätserklärungen	§ 48 unverändert
Kapitel 3 Überwachung	Kapitel 3 unverändert
§ 46 Unterrichtung bei Nichtkonformität einer Batterie	§ 49 unverändert
§ 47 Maßnahmen bei Nichtkonformität einer Batterie in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union	§ 50 unverändert

Entwurf		Beschlüsse des 16. Ausschusses	
§ 48	Unterrichtung bei Risiken trotz Konformität einer Batterie	§ 51	u n v e r ä n d e r t
Teil 5 Sorgfaltspflichten in der Lieferkette		Teil 5 u n v e r ä n d e r t	
§ 49	Zuständige Behörde für die Durchführung von Kapitel VII der Verordnung (EU) 2023/1542	§ 52	u n v e r ä n d e r t
§ 50	Aufgaben der zuständigen Behörde und Eingriffsbefugnisse	§ 53	u n v e r ä n d e r t
§ 51	Tätigwerden der zuständigen Behörde	§ 54	u n v e r ä n d e r t
§ 52	Datenübermittlung an das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle	§ 55	u n v e r ä n d e r t
§ 53	Auskunftspflichten	§ 56	u n v e r ä n d e r t
§ 54	Betretensrechte, Mitwirkungs- und Duldungspflichten	§ 57	u n v e r ä n d e r t
§ 55	Zwangsgeld	§ 58	u n v e r ä n d e r t
Teil 6 Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen		Teil 6 u n v e r ä n d e r t	
§ 56	Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen	§ 59	u n v e r ä n d e r t
Teil 7 Bußgeldvorschriften, Schlussbestimmungen		Teil 7 u n v e r ä n d e r t	
§ 57	Bußgeldvorschriften	§ 60	u n v e r ä n d e r t
§ 58	Zuständige Verwaltungsbehörde	§ 61	u n v e r ä n d e r t
§ 59	Einziehung	§ 62	u n v e r ä n d e r t
§ 60	Geändertes Unionsrecht	§ 63	u n v e r ä n d e r t
§ 61	Übergangsvorschriften	§ 64	u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
Teil 1	Teil 1
Allgemeine Vorschriften	Allgemeine Vorschriften
§ 1	§ 1
Zweck des Gesetzes	u n v e r ä n d e r t
Dieses Gesetz dient der Durchführung und Ergänzung der Verordnung (EU) 2023/1542. Um diese Ziele zu erreichen, soll das Gesetz das Marktverhalten der Verpflichteten regeln.	
§ 2	§ 2
Anwendungsbereich des Gesetzes	u n v e r ä n d e r t
(1) Dieses Gesetz ist anzuwenden auf Batterien und Altbatterien im Anwendungsbereich der Verordnung (EU) 2023/1542. Es findet keine Anwendung auf Batterien, in den in Artikel 1 Absatz 5 und 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 genannten Fällen.	
(2) Soweit die Verordnung (EU) 2023/1542, dieses Gesetz und die auf Grundlage dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen keine abweichenden Vorschriften enthalten, sind das Kreislaufwirtschaftsgesetz vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 2. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 56) geändert worden ist, mit Ausnahme von § 17 Absatz 4 und § 54 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und die aufgrund des Kreislaufwirtschaftsgesetzes oder des bis zum Ablauf des 31. Mai 2012 geltenden Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes erlassenen Rechtsverordnungen in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden. Die §§ 27, 50 Absatz 3, § 59 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sowie die §§ 60 und 66 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes gelten entsprechend.	
(3) Soweit dieses Gesetz keine abweichenden Vorschriften enthält, ist das Marktüberwachungsgesetz vom 9. Juni 2021 (BGBl. I S. 1723) anzuwenden.	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
§ 3	§ 3
Ergänzende Begriffsbestimmungen	Ergänzende Begriffsbestimmungen
Ergänzend zu den Begriffsbestimmungen des Artikels 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 bezeichnet im Sinne dieses Gesetzes und im Anwendungsbereich dieses Gesetzes der Ausdruck:	Ergänzend zu den Begriffsbestimmungen des Artikels 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 bezeichnet im Sinne dieses Gesetzes und im Anwendungsbereich dieses Gesetzes der Ausdruck:
1. „Hersteller“ auch jeden Händler, der vorsätzlich oder fahrlässig Batterien von Herstellern bereitstellt, die oder deren Bevollmächtigte nicht oder nicht ordnungsgemäß nach Artikel 55 Absatz 2 Unterabsatz 1 Satz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 in Verbindung mit § 5 Absatz 1 Satz 1 registriert sind;	1. u n v e r ä n d e r t
2. „Anbieter einer Online-Plattform“ jede natürliche oder juristische Person oder Personengesellschaft, die eine Online-Plattform nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 67 der Verordnung (EU) 2023/1542 im Geltungsbereich dieses Gesetzes unterhält und es Dritten ermöglicht, auf dieser im Geltungsbereich dieses Gesetzes Batterien anzubieten oder bereitzustellen;	2. e n t f ä l l t
3. „Fulfilment-Dienstleister“ jede natürliche oder juristische Person oder Personengesellschaft, die im Rahmen einer Geschäftstätigkeit mindestens zwei der folgenden Dienstleistungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes anbietet: Lagerhaltung, Verpackung, Adressierung oder Versand von Batterien, an denen sie kein Eigentumsrecht hat; Post-, Paketzustell- oder sonstige Frachtverkehrsdienstleister gelten nicht als Fulfilment-Dienstleister;	2. u n v e r ä n d e r t
4. „Beteiligungsmenge“ den Durchschnitt der jeweils in den drei vorangegangenen Kalenderjahren auf dem Markt im Geltungsbereich des Gesetzes bereitgestellten Batterien einer Batteriekategorie unter Berücksichtigung einer anteiligen Zurechnung nach § 13 Absatz 4;	3. u n v e r ä n d e r t
5. „Sachverständiger“ jeden, der	4. u n v e r ä n d e r t
a) nach § 36 der Gewerbeordnung in der am 27. Dezember 2024 geltenden Fassung öffentlich bestellt ist,	
b) als Umweltgutachter oder Umweltgutachterorganisation aufgrund einer Zulassung nach den §§ 9 und 10 des Umweltauditgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. September 2002 (BGBl. I S. 3490), das zu-	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
letzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, oder nach Maßgabe des § 18 des Umweltauditgesetzes in der jeweils geltenden Fassung in dem Bereich tätig werden darf, der näher bestimmt wird durch Anhang I Abschnitt E Abteilung 38 der Verordnung (EG) Nr. 1893/2006, oder	
c) in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum niedergelassen ist und eine Tätigkeit im Inland nur vorübergehend und gelegentlich ausüben will und seine Berufsqualifikation vor Aufnahme der Tätigkeit entsprechend § 13a der Gewerbeordnung in der am 27. Dezember 2024 geltenden Fassung hat nachprüfen lassen; § 13b der Gewerbeordnung in der am 27. Dezember 2024 geltenden Fassung gilt entsprechend; Verfahren nach dieser Nummer können über eine einheitliche Stelle abgewickelt werden;	
6. „Berichtsjahr“ das Kalenderjahr der Rücknahme oder Sammlung der Altbatterien;	5. u n v e r ä n d e r t
7. „regelmäßige Prüfung“ eine unabhängige Überprüfung nach Artikel 48 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542, die in einem Zeitabstand von mindestens drei Jahren wiederholt wird.	6. u n v e r ä n d e r t
Teil 2	Teil 2
Bewirtschaftung von Altbatterien	Bewirtschaftung von Altbatterien
Kapitel 1	Kapitel 1
Vertrieb von Batterien	Vertrieb von Batterien
§ 4	§ 4
Verkehrsverbote	Verkehrsverbote
(1) Hersteller dürfen Batterien nur bereitstellen, wenn sie oder im Fall der Bevollmächtigung nach § 37	(1) Hersteller dürfen Batterien nur bereitstellen, wenn sie oder im Fall der Bevollmächtigung nach § 40

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
Absatz 2 Satz 1 der Bevollmächtigte für die erweiterte Herstellerverantwortung nach Artikel 55 Absatz 2 Unterabsatz 1 Satz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 in der Fassung vom 13. Juni 2024 und § 5 Absatz 1 Satz 1 oder Satz 2 ordnungsgemäß registriert sind.	Absatz 2 Satz 1 der Bevollmächtigte für die erweiterte Herstellerverantwortung nach Artikel 55 Absatz 2 Unterabsatz 1 Satz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 in der Fassung vom 13. Juni 2024 und § 5 Absatz 1 Satz 1 oder Satz 2 ordnungsgemäß registriert sind.
(2) Händler dürfen Batterien nur bereitstellen, wenn sie durch Erfüllung der ihnen nach Artikel 62 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 in der Fassung vom 13. Juni 2024 in Verbindung mit § 14 Absatz 1 Satz 1 und § 18 Absatz 1 Satz 1 obliegenden Rücknahmepflichten sicherstellen, dass der Endnutzer Altbatterien bei diesen zurückgeben kann.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Ist ein Hersteller oder im Fall der Bevollmächtigung nach § 37 Absatz 2 Satz 1 dessen Bevollmächtigter für die erweiterte Herstellerverantwortung nicht oder nicht ordnungsgemäß nach § 5 Absatz 1 Satz 1 oder Satz 2 registriert, so dürfen	(3) Ist ein Hersteller oder im Fall der Bevollmächtigung nach § 40 Absatz 2 Satz 1 dessen Bevollmächtigter für die erweiterte Herstellerverantwortung nicht oder nicht ordnungsgemäß nach § 5 Absatz 1 Satz 1 oder Satz 2 registriert, so dürfen
1. Händler die Batterien dieses Herstellers nicht bereitstellen,	1. Händler die Batterien dieses Herstellers nicht bereitstellen und
2. <i>Anbieter von Online-Plattformen das Anbieten oder Bereitstellen von Batterien dieses Herstellers nicht ermöglichen und</i>	2. entfällt
3. Fulfilment-Dienstleister die Lagerhaltung, Verpackung, Adressierung oder den Versand von Batterien dieses Herstellers nicht vornehmen.	2. u n v e r ä n d e r t
§ 5	§ 5
Registrierung der Hersteller	Registrierung der Hersteller
(1) Bevor ein Hersteller Batterien im Geltungsbereich dieses Gesetzes erstmals auf dem Markt bereitstellt, ist er oder im Fall der Bevollmächtigung nach § 37 Absatz 2 Satz 1 sein Bevollmächtigter für die erweiterte Herstellerverantwortung verpflichtet, sich nach Artikel 55 Absatz 2 Unterabsatz 1 Satz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 bei der zuständigen Behörde mit der Marke und der jeweiligen Batteriekategorie nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 9 und 11 bis 14 der Verordnung (EU) 2023/1542 registrieren zu lassen. Die Verpflichtung nach Satz 1 ist abweichend von Artikel 55 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 auch dann vom Hersteller oder im Fall der Bevollmächtigung nach § 37 Absatz 2 Satz 1 von seinem Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung zu erfüllen, wenn eine Organisation für Herstellerverantwortung benannt ist. Die Registrierung ist auf Antrag bei Vorliegen aller Voraussetzungen nach Arti-	(1) Bevor ein Hersteller Batterien im Geltungsbereich dieses Gesetzes erstmals auf dem Markt bereitstellt, ist er oder im Fall der Bevollmächtigung nach § 40 Absatz 2 Satz 1 sein Bevollmächtigter für die erweiterte Herstellerverantwortung verpflichtet, sich nach Artikel 55 Absatz 2 Unterabsatz 1 Satz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 bei der zuständigen Behörde mit der Marke und der jeweiligen Batteriekategorie nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 9 und 11 bis 14 der Verordnung (EU) 2023/1542 registrieren zu lassen. Die Verpflichtung nach Satz 1 ist abweichend von Artikel 55 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 auch dann vom Hersteller oder im Fall der Bevollmächtigung nach § 40 Absatz 2 Satz 1 von seinem Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung zu erfüllen, wenn eine Organisation für Herstellerverantwortung benannt ist. Die Registrierung ist auf Antrag bei Vorliegen aller Voraussetzungen nach Arti-

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
kel 55 Absatz 3 bis 5 und 7 der Verordnung (EU) 2023/1542 und nach Absatz 2 zu erteilen. Die Registrierung gilt nach Ablauf von 12 Wochen ab dem Zeitpunkt, zu dem alle gemäß Artikel 55 Absatz 2 und 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 erforderlichen Informationen vorgelegt worden sind, als erteilt, sofern kein Fall des Satzes 6 vorliegt. Auf Verlangen des Antragstellers ist diesem der Eintritt der Registrierungsfiction nach Satz 4 schriftlich zu bescheinigen und eine Registrierungsnummer zu erteilen. Die Frist nach Artikel 55 Absatz 9 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2023/1542 kann mit Zustimmung des Antragstellers verlängert werden.	kel 55 Absatz 3 bis 5 und 7 der Verordnung (EU) 2023/1542 und nach Absatz 2 zu erteilen. Die Registrierung gilt nach Ablauf von 12 Wochen ab dem Zeitpunkt, zu dem alle gemäß Artikel 55 Absatz 2 und 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 erforderlichen Informationen vorgelegt worden sind, als erteilt, sofern kein Fall des Satzes 6 vorliegt. Auf Verlangen des Antragstellers ist diesem der Eintritt der Registrierungsfiction nach Satz 4 schriftlich zu bescheinigen und eine Registrierungsnummer zu erteilen. Die Frist nach Artikel 55 Absatz 9 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2023/1542 kann mit Zustimmung des Antragstellers verlängert werden.
(2) Der Antrag auf Registrierung nach Absatz 1 Satz 3 und die Übermittlung der Angaben nach Artikel 55 Absatz 3 bis 5 und 7 der Verordnung (EU) 2023/1542 erfolgen über das auf der Internetseite der zuständigen Behörde zur Verfügung gestellte elektronische Datenverarbeitungssystem nach Maßgabe der jeweils geltenden Verfahrensanweisung für das elektronische Datenverarbeitungssystem. Die zuständige Behörde kann Ausnahmen von Satz 1 zulassen. Sie kann für die sonstige Kommunikation mit den Herstellern oder mit deren Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung die elektronische Übermittlung, eine bestimmte Verschlüsselung sowie die Eröffnung eines Zugangs für die Übermittlung elektronischer Dokumente verlangen. Die Verfahrensanweisung nach Satz 1 und die Anforderungen nach Satz 3 sind auf der Internetseite der zuständigen Behörde zu veröffentlichen.	(2) u n v e r ä n d e r t
Kapitel 2	Kapitel 2
Rücknahme von Altbatterien	Rücknahme von Altbatterien
A b s c h n i t t 1	A b s c h n i t t 1
P f l i c h t e n d e s E n d n u t z e r s	u n v e r ä n d e r t
§ 6	
P f l i c h t e n d e s E n d n u t z e r s	
(1) Endnutzer haben Altbatterien einer vom unsortierten Siedlungsabfall getrennten Erfassung zuzuführen. Satz 1 gilt nicht für Altbatterien, die in andere Produkte eingebaut sind; das Elektro- und Elektronik-	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
gerätegesetz vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1739), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240) geändert worden ist, und die Altfahrzeug-Verordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juni 2002 (BGBl. I S. 2214), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 18. November 2020 (BGBl. I S. 2451) geändert worden ist, bleiben unberührt.	
(2) Gerätealtbatterien und LV-Altbatterien sind ausschließlich über Rücknahme- und Sammelstellen, die den Organisationen für Herstellerverantwortung für Gerätebatterien und LV-Batterien angeschlossen sind, zu erfassen.	
(3) Starter- und Industrialtbatterien sind ausschließlich über Händler nach § 18, öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger nach § 20 und über im Rahmen eines Auswahlverfahrens nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 ausgewählte Abfallbewirtschafter zu erfassen.	
(4) Elektrofahrzeugaltbatterien sind ausschließlich über Händler nach § 18 und über im Rahmen eines Auswahlverfahrens nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 ausgewählte Abfallbewirtschafter zu erfassen.	
Abschnitt 2	Abschnitt 2
Organisationen für Herstellerverantwortung	Organisationen für Herstellerverantwortung
§ 7	§ 7
Pflichten der Hersteller	Pflichten der Hersteller
(1) Hersteller von Batterien haben sich mit diesen Batterien zur Gewährleistung der flächendeckenden Rücknahme von Altbatterien je Batteriekategorie an einer Organisation für Herstellerverantwortung zu beteiligen oder ihre erweiterte Herstellerverantwortung individuell wahrzunehmen. Auf Hersteller, die die Pflichten der erweiterten Herstellerverantwortung individuell wahrnehmen, sind mit Ausnahme von § 10 die Bestimmungen über Organisationen für Herstellerverantwortung entsprechend anzuwenden.	(1) unverändert
(2) Die Hersteller haben gegenüber der Organisation für Herstellerverantwortung die Batteriekategorie und die Masse an Batterien, die jeweils von ihnen in den drei vorangegangenen Kalenderjahren auf dem	(2) unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
Markt im Geltungsbereich dieses Gesetzes bereitgestellt wurden, anzugeben und diese Angabe kalenderjährlich zu aktualisieren. Die Organisationen für Herstellerverantwortung haben den Herstellern eine erfolgte Beteiligung unter Angabe der Batteriekategorie und kalenderjährlichen Beteiligungsmenge unverzüglich schriftlich oder elektronisch zu bestätigen. Die Hersteller und die Organisationen für Herstellerverantwortung haben die Angaben nach den Sätzen 1 und 2 jedes Jahr zeitgleich der zuständigen Behörde anzuzeigen.	
(3) Wird die Zulassung einer Organisation für Herstellerverantwortung vor Ablauf des Zeitraums, für den sich ein Hersteller an dieser beteiligt hat, nach Artikel 58 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder nach § 32 Absatz 2 oder 3 widerrufen oder in sonstiger Weise unwirksam, so gilt die Beteiligung ab dem Zeitpunkt der Wirksamkeit des Widerrufs oder des Eintritts der sonstigen Unwirksamkeit als nicht vorgenommen.	(3) Wird die Zulassung einer Organisation für Herstellerverantwortung vor Ablauf des Zeitraums, für den sich ein Hersteller an dieser beteiligt hat, nach Artikel 58 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder nach § 33 Absatz 2 oder 3 widerrufen oder in sonstiger Weise unwirksam, so gilt die Beteiligung ab dem Zeitpunkt der Wirksamkeit des Widerrufs oder des Eintritts der sonstigen Unwirksamkeit als nicht vorgenommen.
§ 8	§ 8
Zulassung von Organisationen für Herstellerverantwortung	Zulassung von Organisationen für Herstellerverantwortung
(1) Der Betrieb einer Organisation für Herstellerverantwortung bedarf der Zulassung durch die zuständige Behörde. Die Zulassung wird auf Antrag nach Maßgabe des Artikels 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 sowie der Absätze 2 bis 9 erteilt. Die Zulassung wird nur erteilt, wenn die Organisation für Herstellerverantwortung eine Sicherheitsleistung nach § 9 nachweist. Die Zulassung gilt nach Ablauf von 12 Wochen ab dem Zeitpunkt, an dem alle gemäß Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 erforderlichen Informationen vorgelegt worden sind, als erteilt. Auf Verlangen der Organisation für Herstellerverantwortung ist dieser der Eintritt der Zulassungsfiktion nach Satz 4 schriftlich zu bescheinigen. Die Frist nach Artikel 58 Absatz 3 Satz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 kann mit Zustimmung des Antragstellers verlängert werden.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Die Zulassung für die Wahrnehmung der Herstellerverantwortung für Gerätebatterien oder LV-Batterien darf nur erteilt werden, wenn die Organisation für Herstellerverantwortung folgende Anforderungen erfüllt:	(2) Die Zulassung für die Wahrnehmung der Herstellerverantwortung für Gerätebatterien oder LV-Batterien darf nur erteilt werden, wenn die Organisation für Herstellerverantwortung folgende Anforderungen erfüllt:
1. Sicherstellung einer flächendeckenden Sammlung, insbesondere durch die Einrichtung der notwendigen Sammelstrukturen gemäß Artikel 59	1. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder Artikel 60 Absatz 1, 2 und 4 der Verordnung (EU) 2023/1542,	
2. finanzielle Leistungsfähigkeit gemäß Absatz 4,	2. u n v e r ä n d e r t
3. Sicherstellung einer Datenerhebung für die Berichterstattung nach Artikel 75 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 und	3. u n v e r ä n d e r t
4. Nachweis eines Konzeptes zur Eigenkontrolle, mit dem regelmäßig die Einhaltung der Anforderungen nach Artikel 58 Absatz 2 und Artikel 72 der Verordnung (EU) 2023/1542 sowie nach diesem Absatz überprüft wird.	4. Nachweis eines Konzeptes zur Eigenkontrolle, mit dem regelmäßig die Einhaltung der Anforderungen nach Artikel 58 Absatz 2 und Artikel 72 der Verordnung (EU) 2023/1542, Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe d der Richtlinie 2008/98/EG sowie nach diesem Absatz überprüft wird.
(3) Die Zulassung für die Wahrnehmung der Herstellerverantwortung für Starter-, Industrie- oder Elektrofahrzeugbatterien darf nur erteilt werden, wenn die Organisation für Herstellerverantwortung folgende Anforderungen erfüllt:	(3) Die Zulassung für die Wahrnehmung der Herstellerverantwortung für Starter-, Industrie- oder Elektrofahrzeugbatterien darf nur erteilt werden, wenn die Organisation für Herstellerverantwortung folgende Anforderungen erfüllt:
1. Sicherstellung einer flächendeckenden Sammlung, indem allen Händlern nach § 18, allen Wirtschaftsakteuren nach Artikel 61 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2023/1542 und allen Behandlungsanlagen nach § 21 eine zumutbare und kostenlose Möglichkeit der Rückgabe angeboten wird,	1. u n v e r ä n d e r t
2. finanzielle Leistungsfähigkeit gemäß Absatz 4,	2. u n v e r ä n d e r t
3. Sicherstellung einer Datenerhebung für die Berichterstattung nach Artikel 75 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 und	3. u n v e r ä n d e r t
4. Nachweis eines Konzeptes zur Eigenkontrolle, mit dem regelmäßig die Einhaltung der Anforderungen nach Artikel 58 Absatz 2 Buchstabe a und Artikel 72 der Verordnung (EU) 2023/1542 sowie nach diesem Absatz überprüft wird.	4. Nachweis eines Konzeptes zur Eigenkontrolle, mit dem regelmäßig die Einhaltung der Anforderungen nach Artikel 58 Absatz 2 Buchstabe a und Artikel 72 der Verordnung (EU) 2023/1542, Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe d der Richtlinie 2008/98/EG sowie nach diesem Absatz überprüft wird.
(4) Die Anforderungen an die finanzielle Leistungsfähigkeit nach Absatz 2 Nummer 2 und Absatz 3 Nummer 2 sind erfüllt, wenn die Organisation für Herstellerverantwortung nachweist, dass sie alle bestehenden und voraussichtlichen Verpflichtungen unter realistischen Annahmen über einen Zeitraum von zwölf Monaten erfüllen kann. Die Pflicht zur Sicherheitsleistung nach § 9 bleibt unberührt. Die finanzielle Leistungsfähigkeit einer Organisation für Herstellerverantwortung ist nicht gegeben, wenn ein Insolvenzverfahren über diese Organisation für Herstellerverantwortung	(4) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
tung eröffnet oder der Eröffnungsantrag mangels Masse abgewiesen worden ist oder in erheblichem Umfang oder wiederholt Rückstände an Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen bestehen, die aus der Unternehmenstätigkeit resultieren. Die zuständige Behörde prüft die finanzielle Leistungsfähigkeit insbesondere anhand des handelsrechtlichen Jahresabschlusses oder, falls eine Organisation für Herstellerverantwortung keinen handelsrechtlichen Jahresabschluss vorlegen kann, anhand einer Vermögensübersicht sowie in beiden Fällen zusätzlich anhand eines handelsrechtlichen Prüfungsberichts. Jede Organisation für Herstellerverantwortung hat dabei mindestens über Folgendes Angaben zu machen:	
1. verfügbare Finanzmittel einschließlich Bankguthaben sowie zugesagte Überziehungskredite und Darlehen,	
2. als Sicherheit verfügbare Mittel und Vermögensgegenstände,	
3. Betriebskapital,	
4. Belastungen des Betriebsvermögens,	
5. Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.	
Die zuständige Behörde kann von der Organisation für Herstellerverantwortung die Übermittlung weiterer für die Prüfung im Einzelfall erforderlicher Angaben verlangen, insbesondere die Vorlage geeigneter Unterlagen eines Kreditinstituts, eines Wirtschaftsprüfers oder eines vereidigten Buchprüfers.	
(5) Das Vorliegen der notwendigen Voraussetzungen für die voraussichtliche Erreichung des Sammelziels nach Artikel 59 Absatz 3 oder Artikel 60 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 und die Einhaltung der Vorgaben nach Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 sind im Rahmen des Zulassungsverfahrens durch Gutachten eines unabhängigen Sachverständigen glaubhaft zu machen. Satz 1 gilt entsprechend für den Eigenkontrollbericht nach Artikel 58 Absatz 5 Satz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542, im Rahmen der regelmäßigen Überprüfung nach § 30 Absatz 2 und im Verfahren über einen Widerruf der Zulassung nach Artikel 58 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 in der Fassung vom 12. Juli 2023 oder nach § 32 Absatz 2 oder 3. Die Pflicht zur Glaubhaftmachung durch Gutachten eines unabhängigen Sachverständigen gilt zusätzlich für vergangene Zeiträume mit der Maßgabe, dass an die Stelle der voraussichtlichen Erreichung oder Einhaltung die tatsächliche Erreichung des Ziels oder Einhaltung der Vorgaben tritt.	(5) Das Vorliegen der notwendigen Voraussetzungen für die voraussichtliche Erreichung des Sammelziels nach Artikel 59 Absatz 3 oder Artikel 60 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 und die Einhaltung der Vorgaben nach Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 sind im Rahmen des Zulassungsverfahrens durch Gutachten eines unabhängigen Sachverständigen glaubhaft zu machen. Satz 1 gilt entsprechend für den Eigenkontrollbericht nach Artikel 58 Absatz 5 Satz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542, im Rahmen der regelmäßigen Überprüfung nach § 31 Absatz 2 und im Verfahren über einen Widerruf der Zulassung nach Artikel 58 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 in der Fassung vom 12. Juli 2023 oder nach § 33 Absatz 2 oder 3. Die Pflicht zur Glaubhaftmachung durch Gutachten eines unabhängigen Sachverständigen gilt zusätzlich für vergangene Zeiträume mit der Maßgabe, dass an die Stelle der voraussichtlichen Erreichung oder Einhaltung die tatsächliche Erreichung des Ziels oder Einhaltung der Vorgaben tritt.

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
§ 24 Absatz 1, § 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes und § 12 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Bundesgebührengesetzes bleiben unberührt.	§ 24 Absatz 1, § 26 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes und § 12 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Bundesgebührengesetzes bleiben unberührt.
(6) Die Zulassung nach Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 und nach den Absätzen 2 und 3 für eine bestimmte Batteriekategorie ist auf eine maximale von der Organisation für Herstellerverantwortung gemäß § 7 Absatz 2 Satz 2 insgesamt bestätigbare Beteiligungsmenge in der jeweiligen Kategorie zu begrenzen (Pflichtenwahrnehmungsgrenze).	(6) u n v e r ä n d e r t
(7) Die Zulassung einer Organisation für Herstellerverantwortung kann auch nachträglich mit Auflagen verbunden werden, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Vorgaben aus Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 und der Verwertungsanforderungen nach Artikel 70 und 71 der Verordnung (EU) 2023/1542 dauerhaft sicherzustellen.	(7) u n v e r ä n d e r t
(8) Ergänzend zu Artikel 58 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2023/1542 haben die Organisationen für Herstellerverantwortung der zuständigen Behörde mitzuteilen, wenn die durch die beteiligten Hersteller in Verkehr gebrachte Menge an Batterien die Pflichtenwahrnehmungsgrenzen nach Absatz 6 überschreitet.	(8) u n v e r ä n d e r t
(9) Der Zulassungsantrag nach Absatz 1 Satz 2 und die Übermittlung der Angaben nach Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 sowie nach den Absätzen 2 und 3 erfolgen über das auf der Internetseite der zuständigen Behörde zur Verfügung gestellte elektronische Datenverarbeitungssystem nach Maßgabe der jeweils geltenden Verfahrensanweisung für das elektronische Datenverarbeitungssystem. Die zuständige Behörde kann Ausnahmen von Satz 1 zulassen. Sie kann für die sonstige Kommunikation mit den Organisationen für Herstellerverantwortung die elektronische Übermittlung, eine bestimmte Verschlüsselung sowie die Eröffnung eines Zugangs für die Übermittlung elektronischer Dokumente verlangen. Die Verfahrensanweisung nach Satz 1 und die Anforderungen nach Satz 3 sind auf der Internetseite der zuständigen Behörde zu veröffentlichen.	(9) u n v e r ä n d e r t
§ 9	§ 9
Sicherheitsleistung	Sicherheitsleistung
(1) Jede Organisation für Herstellerverantwortung ist verpflichtet, der zuständigen Behörde kalenderjährlich eine angemessene und insolvenz sichere Sicherheit für die Rücknahme und Entsorgung der Alt-	(1) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
batterien zu leisten, die die beteiligten Hersteller im Geltungsbereich dieses Gesetzes erstmals auf dem Markt bereitstellen oder bereitgestellt haben.	
(2) Für die Sicherheit sind folgende Formen möglich:	(2) Für die Sicherheit sind folgende Formen möglich:
1. eine Bürgschaft auf erstes Anfordern eines Kreditinstituts oder Kreditversicherers, die die Kostenerstattungsansprüche der zuständigen Behörde aus behördlichen Ersatzvornahmen zur Durchsetzung der Erreichung des Ziels nach Artikel 59 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder nach Artikel 60 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542, der Einhaltung der Vorgaben nach Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder der §§ 11 und 13 sowie der Einhaltung der Anordnungen nach § 30 Absatz 6 und § 38 Absatz 1 und die Ausgleichsverpflichtungen der Organisationen für Herstellerverantwortung für die jeweilige Batteriekategorie gemäß § 12 Absatz 3 sichert,	1. eine Bürgschaft auf erstes Anfordern eines Kreditinstituts oder Kreditversicherers, die die Kostenerstattungsansprüche der zuständigen Behörde aus behördlichen Ersatzvornahmen zur Durchsetzung der Erreichung des Ziels nach Artikel 59 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder nach Artikel 60 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542, der Einhaltung der Vorgaben nach Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder der §§ 11 und 13 sowie der Einhaltung der Anordnungen nach § 31 Absatz 6 und § 41 Absatz 1 und die Ausgleichsverpflichtungen der Organisationen für Herstellerverantwortung für die jeweilige Batteriekategorie gemäß § 12 Absatz 3 sichert,
2. eine Garantie auf erstes Anfordern eines Kreditinstituts oder Kreditversicherers, die die Kostenerstattungsansprüche der zuständigen Behörde aus behördlichen Ersatzvornahmen zur Durchsetzung der Erreichung des Ziels nach Artikel 59 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder Artikel 60 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542, der Einhaltung der Vorgaben nach Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder der §§ 11 und 13 sowie der Einhaltung der Anordnungen nach § 30 Absatz 6 und § 38 Absatz 1 und die Ausgleichsverpflichtungen der Organisationen für Herstellerverantwortung für die jeweilige Batteriekategorie gemäß § 12 Absatz 3 sichert, oder	2. eine Garantie auf erstes Anfordern eines Kreditinstituts oder Kreditversicherers, die die Kostenerstattungsansprüche der zuständigen Behörde aus behördlichen Ersatzvornahmen zur Durchsetzung der Erreichung des Ziels nach Artikel 59 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder Artikel 60 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542, der Einhaltung der Vorgaben nach Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder der §§ 11 und 13 sowie der Einhaltung der Anordnungen nach § 31 Absatz 6 und § 41 Absatz 1 und die Ausgleichsverpflichtungen der Organisationen für Herstellerverantwortung für die jeweilige Batteriekategorie gemäß § 12 Absatz 3 sichert, oder
3. die Hinterlegung von Geld zur Sicherheitsleistung im Sinne von § 232 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der am 7. April 2025 geltenden Fassung zugunsten der zuständigen Behörde nach näherer Maßgabe der Hinterlegungsgesetze der Länder.	3. u n v e r ä n d e r t
(3) Die Höhe der Sicherheitsleistung ist in der Regel angemessen, wenn die Bürgschaft, die Garantie oder der hinterlegte Geldbetrag	(3) Die Höhe der Sicherheitsleistung ist in der Regel angemessen, wenn die Bürgschaft, die Garantie oder der hinterlegte Geldbetrag
1. für Geräte- und LV-Batterien mindestens das Zweifache des Produkts aus dem jeweils geltenden Ausgleichssatz gemäß § 30 Absatz 7 und der Pflichtenwahrnehmungsgrenze gemäß § 8 Absatz 6 umfasst oder	1. für Geräte- und LV-Batterien mindestens das Zweifache des Produkts aus dem jeweils geltenden Ausgleichssatz gemäß § 31 Absatz 7 und der Pflichtenwahrnehmungsgrenze gemäß § 8 Absatz 6 umfasst oder

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
2. für Industrie-, Starter- und Elektrofahrzeugbatterien die durchschnittlichen Kosten für die Abholung und Behandlung von Altbatterien der jeweiligen Batteriekategorie im Umfang der nach § 7 Absatz 2 Satz 2 bestätigten Beteiligungsmenge für einen Zeitraum von sechs Monaten umfasst.	2. u n v e r ä n d e r t
(4) Die Höhe der erbrachten Sicherheitsleistung ist regelmäßig von der zuständigen Behörde zu überprüfen. Die zuständige Behörde hat anzuordnen, dass die Sicherheitsleistung zu erhöhen ist, wenn die erbrachte Sicherheitsleistung im Hinblick auf die zugelassene Pflichtenwahrnehmungsgrenze gemäß § 8 Absatz 6, die geltenden Ausgleichssätze gemäß § 30 Absatz 7 Satz 1 bis 4 oder die durchschnittlichen Kosten für die Abholung und Behandlung von Altbatterien nach § 30 Absatz 7 Satz 5 nicht mehr angemessen ist. Die zuständige Behörde kann die Zulassung von Organisationen für Herstellerverantwortung widerrufen, wenn die erhöhte Sicherheit nicht innerhalb von einem Monat nach Erlass der Anordnung nach Satz 2 geleistet ist.	(4) Die Höhe der erbrachten Sicherheitsleistung ist regelmäßig von der zuständigen Behörde zu überprüfen. Die zuständige Behörde hat anzuordnen, dass die Sicherheitsleistung zu erhöhen ist, wenn die erbrachte Sicherheitsleistung im Hinblick auf die zugelassene Pflichtenwahrnehmungsgrenze gemäß § 8 Absatz 6, die geltenden Ausgleichssätze gemäß § 31 Absatz 7 Satz 1 bis 4 oder die durchschnittlichen Kosten für die Abholung und Behandlung von Altbatterien nach § 31 Absatz 7 Satz 5 nicht mehr angemessen ist. Die zuständige Behörde kann die Zulassung von Organisationen für Herstellerverantwortung widerrufen, wenn die erhöhte Sicherheit nicht innerhalb von einem Monat nach Erlass der Anordnung nach Satz 2 geleistet ist.
§ 10	§ 10
Berücksichtigung ökologischer Kriterien bei der Beitragsbemessung	Berücksichtigung ökologischer Kriterien bei der Beitragsbemessung
(1) Die Organisationen für Herstellerverantwortung sind verpflichtet, im Rahmen der Bemessung der finanziellen Beiträge der Hersteller oder im Fall der Bevollmächtigung nach § 37 Absatz 2 Satz 1 der Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung Anreize dafür zu schaffen, dass bei der Herstellung von Batterien die Verwendung von gefährlichen Stoffen minimiert oder ganz vermieden wird. Bei der Bemessung der Beiträge sind die Langlebigkeit, die Wiederverwendbarkeit und die Recyclingfähigkeit der Batterie zu berücksichtigen. Bei der Bemessung der Beiträge sollen insbesondere auch folgende Kriterien berücksichtigt werden:	(1) Die Organisationen für Herstellerverantwortung sind verpflichtet, im Rahmen der Bemessung der finanziellen Beiträge der Hersteller oder im Fall der Bevollmächtigung nach § 40 Absatz 2 Satz 1 der Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung Anreize dafür zu schaffen, dass bei der Herstellung von Batterien die Verwendung von gefährlichen Stoffen minimiert oder ganz vermieden wird. Bei der Bemessung der Beiträge sind die Langlebigkeit, die Wiederverwendbarkeit und die Recyclingfähigkeit der Batterie zu berücksichtigen. Bei der Bemessung der Beiträge sollen insbesondere auch folgende Kriterien berücksichtigt werden:
1. die Wiederaufladbarkeit sowie die Reparierbarkeit der Batterie,	1. u n v e r ä n d e r t
2. der CO ₂ -Fußabdruck nach Artikel 7 der Verordnung (EU) 2023/1542,	2. u n v e r ä n d e r t
3. die Verwendung von Rezyklaten nach Artikel 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 sowie	3. u n v e r ä n d e r t
4. ob die Batterie umgenutzt oder wiederaufgearbeitet oder einer Vorbereitung zur Wiederverwendung oder Umnutzung zugeführt wurde.	4. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
Der jeweilige Beitrag hat sich dabei an den einzelnen chemischen Zusammensetzungen der Batterien sowie der Batteriekategorie zu bemessen.	Der jeweilige Beitrag hat sich dabei an den einzelnen chemischen Zusammensetzungen der Batterien sowie der Batteriekategorie zu bemessen.
(2) Jede Organisation für Herstellerverantwortung hat dem Umweltbundesamt alle zwei Jahre bis zum 1. Juni zu berichten, wie es die Vorgaben nach Absatz 1 bei der Bemessung der Beiträge im vorangegangenen Kalenderjahr umgesetzt hat. Der erste Bericht ist für das Kalenderjahr 2026 vorzulegen. Das Umweltbundesamt prüft die Berichte auf Plausibilität. Es kann verbindliche Vorgaben hinsichtlich der Form der Berichte beschließen und auf ihren Internetseiten veröffentlichen.	(2) u n v e r ä n d e r t
§ 11	§ 11
Pflichten der Organisationen für Herstellerverantwortung	Pflichten der Organisationen für Herstellerverantwortung
(1) Die Organisationen für Herstellerverantwortung haben Altbatterien von den folgenden Stellen unentgeltlich zurückzunehmen und nach Artikel 70 und 71 der Verordnung (EU) 2023/1542 in Verbindung mit § 23 zu behandeln:	(1) u n v e r ä n d e r t
1. Gerätealtbatterien von angeschlossenen Sammelstellen nach Artikel 59 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2023/1542,	
2. LV-Altbatterien von angeschlossenen Sammelstellen nach Artikel 60 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2023/1542 und	
3. Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugaltbatterien von Händlern nach § 18, öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern nach § 20, Wirtschaftsakteuren nach Artikel 61 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2023/1542 und Behandlungsanlagen nach § 21.	
(2) Absatz 1 gilt auch für Altbatterien, die bei der Behandlung von Altgeräten nach den Vorschriften des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes und bei der Behandlung von Altfahrzeugen nach den Vorschriften der Altfahrzeug-Verordnung anfallen.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Die Rücknahme durch die Organisationen für Herstellerverantwortung nach Absatz 1 Nummer 1 hat innerhalb von 15 Werktagen zu erfolgen, sobald	(3) u n v e r ä n d e r t
1. Händler oder freiwillige Sammelstellen eine Abholmasse von 90 Kilogramm erreicht und gemeldet haben oder	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
2. öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger oder Behandlungsanlagen nach § 17 eine Abholmasse von 180 Kilogramm erreicht und gemeldet haben.	
Zwischen der Organisation für Herstellerverantwortung und der angeschlossenen Sammelstelle kann eine geringere Abholmasse für die Rücknahme vereinbart werden. Erreicht eine angeschlossene Sammelstelle in einem Kalenderjahr die geforderte Abholmasse nicht, so kann sie von der Organisation für Herstellerverantwortung dennoch die einmalige Abholung der zurückgenommenen Altbatterien fordern.	
(4) Die Rücknahme durch die Organisationen für Herstellerverantwortung nach Absatz 1 Nummer 2 hat innerhalb von 15 Werktagen zu erfolgen, sobald	(4) u n v e r ä n d e r t
1. Händler oder freiwillige Sammelstellen eine Abholmasse von 45 Kilogramm erreicht und gemeldet haben oder	
2. öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger oder Behandlungsanlagen nach § 17 eine Abholmasse von 90 Kilogramm erreicht und gemeldet haben.	
Zwischen der Organisation für Herstellerverantwortung und der angeschlossenen Sammelstelle kann eine abweichende Abholmasse für die Rücknahme vereinbart werden. Erreicht eine angeschlossene Sammelstelle in einem Kalenderjahr die geforderte Abholmasse nicht, so kann sie von der Organisation für Herstellerverantwortung dennoch die einmalige Abholung der zurückgenommenen Altbatterie fordern.	
(5) Die Organisationen für Herstellerverantwortung nach Absatz 1 Nummer 3 haben Altbatterien der jeweiligen Batteriekategorie nach Artikel 61 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 in der Fassung vom 13. Juni 2024 oder gemäß der Zuweisung der zuständigen Behörde nach § 31 Absatz 6 zurückzunehmen. Zwischen der Organisation für Herstellerverantwortung und der Sammelstelle nach Artikel 61 Absatz 1 Unterabsatz 1 Satz 2 kann eine zu erreichende Abholmasse vereinbart werden. Erreicht eine Sammelstelle in einem Kalenderjahr die geforderte Abholmasse nicht, so kann sie von der Organisation für Herstellerverantwortung dennoch die einmalige Abholung der zurückgenommenen Altbatterien fordern.	(5) Die Organisationen für Herstellerverantwortung nach Absatz 1 Nummer 3 haben Altbatterien der jeweiligen Batteriekategorie nach Artikel 61 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 in der Fassung vom 13. Juni 2024 oder, sofern die zuständige Behörde eine Meldung nach § 22 Absatz 1 erhält , gemäß der Zuweisung der zuständigen Behörde nach § 32 Absatz 6 zurückzunehmen. Zwischen der Organisation für Herstellerverantwortung und der Sammelstelle nach Artikel 61 Absatz 1 Unterabsatz 1 Satz 2 kann eine zu erreichende Abholmasse vereinbart werden. Erreicht eine Sammelstelle in einem Kalenderjahr die geforderte Abholmasse nicht, so kann sie von der Organisation für Herstellerverantwortung dennoch die einmalige Abholung der zurückgenommenen Altbatterien fordern.
(6) Die Organisationen für Herstellerverantwortung haben die folgenden Informationen jährlich bis zum Ablauf des 31. Mai auf ihren Internetseiten zu veröffentlichen:	(6) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
1. die Eigentums- und Mitgliederverhältnisse,	
2. die von den Mitgliedern geleisteten finanziellen Beiträge je in Verkehr gebrachte Batterie oder je in Verkehr gebrachte Masse an Batterien,	
3. das Verfahren für die Auswahl von Abfallbewirtschaftern sowie	
4. die erreichten Sammelquoten, Recyclingeffizienzen und Quoten für die stoffliche Verwertung.	
Eine Information nach Satz 1 muss nicht veröffentlicht werden, wenn es sich um ein Geschäftsgeheimnis im Sinne von § 2 Nummer 1 des Gesetzes zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen vom 18. April 2019 (BGBI. I S. 466) handelt.	
(7) Die Organisationen für Herstellerverantwortung stellen den Händlern die zur Erfüllung der Pflicht aus Artikel 74 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2023/1542 erforderlichen Informationen zur Verfügung.	(7) u n v e r ä n d e r t
(8) Die Organisationen für Herstellerverantwortung für Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugbatterien haben der zuständigen Behörde jeden Abfallbewirtschafter anzuzeigen, der im Rahmen eines Auswahlverfahrens nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 ausgewählt wurde. Die Anzeige muss die Anschrift und die Kontaktinformationen des ausgewählten Abfallbewirtschafters enthalten. Ergeben sich nach der Anzeige Änderungen an der Auswahl eines Abfallbewirtschafters, sind diese der zuständigen Behörde unverzüglich mitzuteilen.	(8) u n v e r ä n d e r t
(9) Die Organisationen für Herstellerverantwortung für Gerätebatterien und für LV-Batterien erstatten dem Umweltbundesamt die im Rahmen der Erhebung über die Zusammensetzung der gesammelten gemischten Siedlungsabfälle gemäß Artikel 69 Absatz 5 Satz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 entstandenen Kosten. Sie tragen die Kosten entsprechend dem Marktanteil der in Verkehr gebrachten Masse an Batterien der jeweils bei ihnen selbst beteiligten Hersteller oder über einen Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung beteiligten Hersteller.	(9) u n v e r ä n d e r t
§ 12	§ 12
Wegfall einer Organisation für Herstellerverantwortung	Wegfall einer Organisation für Herstellerverantwortung
(1) Wird die Zulassung einer Organisation für Herstellerverantwortung für eine bestimmte Kategorie	(1) Wird die Zulassung einer Organisation für Herstellerverantwortung für eine bestimmte Kategorie

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
von Batterien nach Artikel 58 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder § 32 Absatz 2 oder 3 widerrufen oder in sonstiger Weise unwirksam, so hat die Organisation für Herstellerverantwortung der zuständigen Behörde unverzüglich die in Artikel 75 Absatz 1 und Absatz 2 auch in Verbindung mit Absatz 4 der Verordnung (EU) 2023/1542 und die in § 26 genannten Informationen für das vorangegangene und laufende Kalenderjahr zu melden.	von Batterien nach Artikel 58 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder § 33 Absatz 2 oder 3 widerrufen oder in sonstiger Weise unwirksam, so hat die Organisation für Herstellerverantwortung der zuständigen Behörde unverzüglich die in Artikel 75 Absatz 1 und Absatz 2 auch in Verbindung mit Absatz 4 der Verordnung (EU) 2023/1542 und die in § 26 genannten Informationen für das vorangegangene und laufende Kalenderjahr zu melden.
(2) Im Fall des Widerrufs oder der sonstigen Unwirksamkeit der Zulassung einer Organisation für Herstellerverantwortung für Geräte- oder LV-Batterien besteht für die anderen weiterhin zugelassenen Organisationen für Herstellerverantwortung für dieselbe Kategorie von Batterien die Auffangsammelpflicht. Nach der Auffangsammelpflicht müssen die weiterhin zugelassenen Organisationen für Herstellerverantwortung im Verhältnis ihrer Pflichtenwahrnehmungsgrenze in der jeweiligen Kategorie zueinander noch nicht erfüllte Verpflichtungen der weggefallenen Organisation für Herstellerverantwortung entsprechend der Zuweisung der zuständigen Behörde nach § 30 Absatz 6 Satz 1 erfüllen.	(2) Im Fall des Widerrufs oder der sonstigen Unwirksamkeit der Zulassung einer Organisation für Herstellerverantwortung für Geräte- oder LV-Batterien besteht für die anderen weiterhin zugelassenen Organisationen für Herstellerverantwortung für dieselbe Kategorie von Batterien die Auffangsammelpflicht. Nach der Auffangsammelpflicht müssen die weiterhin zugelassenen Organisationen für Herstellerverantwortung im Verhältnis ihrer Pflichtenwahrnehmungsgrenze in der jeweiligen Kategorie zueinander noch nicht erfüllte Verpflichtungen der weggefallenen Organisation für Herstellerverantwortung entsprechend der Zuweisung der zuständigen Behörde nach § 31 Absatz 6 Satz 1 erfüllen.
(3) Im Umfang ihrer erfüllten Auffangsammelpflicht nach Absatz 2 steht den Organisationen für Herstellerverantwortung ein Ausgleichsanspruch gegen die Organisation für Herstellerverantwortung zu, deren Zulassung widerrufen worden oder in sonstiger Weise unwirksam geworden ist. Für die Berechnung des Ausgleichsanspruchs wird das zur Erfüllung der Auffangsammelpflicht nachgewiesene Gewicht an gesammelten Altbatterien mit den Ausgleichssätzen nach § 30 Absatz 7 multipliziert. Maßgeblich sind die Ausgleichssätze im Zeitpunkt des Widerrufs oder der sonstigen Unwirksamkeit der Zulassung einer Organisation für Herstellerverantwortung, aufgrund derer die Auffangsammelpflicht zugewiesen wurde.	(3) Im Umfang ihrer erfüllten Auffangsammelpflicht nach Absatz 2 steht den Organisationen für Herstellerverantwortung ein Ausgleichsanspruch gegen die Organisation für Herstellerverantwortung zu, deren Zulassung widerrufen worden oder in sonstiger Weise unwirksam geworden ist. Für die Berechnung des Ausgleichsanspruchs wird das zur Erfüllung der Auffangsammelpflicht nachgewiesene Gewicht an gesammelten Altbatterien mit den Ausgleichssätzen nach § 31 Absatz 7 multipliziert. Maßgeblich sind die Ausgleichssätze im Zeitpunkt des Widerrufs oder der sonstigen Unwirksamkeit der Zulassung einer Organisation für Herstellerverantwortung, aufgrund derer die Auffangsammelpflicht zugewiesen wurde.
Abschnitt 3	Abschnitt 3
Rücknahme von Gerätealtbatterien und LV-Altbatterien	unverändert
§ 13	
Sammelziele	
(1) Abweichend von Artikel 59 Absatz 3 Satz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2023/1542	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
müssen die Organisationen für Herstellerverantwortung, die für die Wahrnehmung der Herstellerverantwortung für Gerätebatterien zugelassen worden sind, jeweils im eigenen Rücknahme- und Sammelsystem nach Artikel 59 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2023/1542 in der Fassung vom 13. Juni 2024 für Gerätealtbatterien eine Sammelquote von mindestens 50 Prozent erreichen und dauerhaft sicherstellen. Die Masse der zurückgenommenen Altbatterien, die in Erfüllung der Auffangsammlungspflicht nach § 12 Absatz 2 gesammelt werden, bleiben bei der Sammelquote nach Satz 1 unberücksichtigt.	
(2) Bei der Berechnung der Sammelquote nach Absatz 1 und Artikel 59 Absatz 3 Satz 2 in Verbindung mit Anhang XI der Verordnung (EU) 2023/1542 darf die Masse der im Berichtsjahr zurückgenommenen Blei-Säure-Gerätealtbatterien nur insoweit herangezogen werden, als sie die Masse der von den jeweils im Berichtsjahr beteiligten Herstellern im Durchschnitt der vorausgegangenen drei Kalenderjahre erstmals auf den Markt bereitgestellten Blei-Säure-Gerätebatterien, die im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine getrennte Erfassung zur Verfügung steht, nicht übersteigt.	
(3) Für die Berechnung der Sammelquote nach den Absätzen 1 und 2 und Artikel 59 Absatz 3 Satz 1 sowie Artikel 60 Absatz 3 Satz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 in Verbindung mit Anhang XI der Verordnung (EU) 2023/1542 bezogen auf das Berichtsjahr ist auf die Massen an Gerätebatterien oder LV-Batterien abzustellen, die insgesamt von den jeweils im Berichtsjahr an der Organisation für Herstellerverantwortung beteiligten Herstellern jeweils durchschnittlich in den dem Berichtsjahr vorangegangenen drei Kalenderjahren erstmals auf dem Markt bereitgestellt wurden.	
(4) Bei einem unterjährigen Wechsel eines Herstellers von einer Organisation für Herstellerverantwortung zu einer anderen Organisation für Herstellerverantwortung wird die erstmals auf dem Markt bereitgestellte Masse an Gerätebatterien oder Batterien für leichte Verkehrsmittel der dem Berichtsjahr vorangegangenen drei Kalenderjahre bei der Berechnung der Sammelquote nach den Absätzen 1 bis 3 und Artikel 59 Absatz 3 und Artikel 60 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 im zeitlichen Verhältnis der jeweiligen Beteiligung im Berichtsjahr der jeweiligen Organisation für Herstellerverantwortung zugerechnet. Hersteller, die die Beauftragung einer Organisation für Herstellerverantwortung beenden, ohne daran anschließend eine andere Organisation für Herstellerverantwortung zu beauftragen, gelten für die Berechnung der Sammelquote bis zum Ablauf des dritten Kalender-	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
jahres nach Beendigung der Beauftragung als bei der bisherigen Organisation für Herstellerverantwortung beteiligt.	
(5) Jeder Hersteller ist verpflichtet, der Organisation für Herstellerverantwortung, an der er beteiligt ist, die zur Erfüllung der Ermittlung der Sammelquote erforderlichen Daten auf Verlangen der Organisation für Herstellerverantwortung bereitzustellen. Absatz 1 gilt für Hersteller, die die erweiterte Herstellerverantwortung individuell wahrnehmen entsprechend.	
§ 14	
Rücknahmepflichten der Händler	
(1) Ergänzend zu der Rücknahmepflicht nach Artikel 62 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 ist jeder Händler verpflichtet, vom Endnutzer Gerätealtbatterien und LV-Altbatterien unabhängig von deren chemischer Zusammensetzung, Marke, Herkunft, Baugröße und Beschaffenheit im Handelsgeschäft oder in unmittelbarer Nähe hierzu unentgeltlich zurückzunehmen. Die Rücknahmeverpflichtung nach Satz 1 beschränkt sich auf Altbatterien der Batteriekategorien nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 9 und 11 der Verordnung (EU) 2023/1542, die der Händler als Neubatterien in seinem Sortiment führt oder geführt hat, sowie auf die Menge an Altbatterien, derer sich private Endnutzer üblicherweise entledigen. Satz 1 erstreckt sich nicht auf Produkte mit eingebauten Altbatterien; das Elektro- und Elektronikgerätegesetz und die Altfahrzeug-Verordnung bleiben unberührt.	
(2) Händler, die Gerätebatterien und LV-Batterien im Wege von Fernabsatzverträgen an Endnutzer abgeben, haben zur Erfüllung ihrer Pflicht aus Absatz 1 geeignete Rückgabemöglichkeiten in zumutbarer Entfernung zum jeweiligen Endnutzer einzurichten.	
(3) Die Händler sind verpflichtet, zurückgenommene Gerätealtbatterien und LV-Altbatterien einer für die jeweilige Batteriekategorie zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung zu überlassen. Die Bindung des Händlers an eine Organisation für Herstellerverantwortung erfolgt für mindestens zwölf Monate. Eine Kündigung ist nur zulässig bis drei Monate vor Ablauf der vereinbarten Laufzeit oder, falls keine Laufzeit vereinbart ist, bis drei Monate vor Ablauf der zwölf Monate. Wird die Kündigungsfrist nicht eingehalten oder keine Kündigung erklärt, verlängert sich die Laufzeit um mindestens zwölf weitere Monate. Die Sätze 2 und 3 gelten nicht, sofern die Zulassung der	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
Organisation für Herstellerverantwortung für die betreffende Batteriekategorie während der Laufzeit widerrufen oder unwirksam wird.	
§ 15	
Annahmepflicht der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger	
(1) Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger sind verpflichtet, Gerätealtbatterien und LV-Alt Batterien aus privaten Haushaltungen unabhängig von deren chemischer Zusammensetzung, Marke, Herkunft, Baugröße und Beschaffenheit unentgeltlich anzunehmen. Die angenommenen Gerätealtbatterien und LV-Alt Batterien sind einer für die jeweilige Batteriekategorie zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung zu überlassen.	
(2) Die Bindung des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers an eine Organisation für Herstellerverantwortung erfolgt für mindestens zwölf Monate. Eine Kündigung ist nur zulässig bis drei Monate vor Ablauf der vereinbarten Laufzeit oder, falls keine Laufzeit vereinbart ist, bis drei Monate vor Ablauf der zwölf Monate. Wird die Kündigungsfrist nicht eingehalten oder keine Kündigung erklärt, verlängert sich die Laufzeit um mindestens zwölf weitere Monate. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht, sofern die Zulassung für die Organisation für Herstellerverantwortung für die betreffende Batteriekategorie während der Laufzeit widerrufen oder unwirksam wird.	
§ 16	
Mitwirkung von freiwilligen Sammelstellen	
(1) Freiwillige Sammelstellen haben die anfallenden und gesammelten Gerätealtbatterien und LV-Alt Batterien einer für die jeweilige Batteriekategorie zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung zu überlassen.	
(2) Die Bindung der freiwilligen Sammelstelle an eine Organisation für Herstellerverantwortung erfolgt für mindestens zwölf Monate. Eine Kündigung ist nur zulässig bis drei Monate vor Ablauf der vereinbarten Laufzeit oder, falls keine Laufzeit vereinbart ist, bis drei Monate vor Ablauf der zwölf Monate. Wird die Kündigungsfrist nicht eingehalten oder keine Kündigung erklärt, verlängert sich die Laufzeit um mindestens zwölf weitere Monate. Die Sätze 1 und 2 gelten	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
nicht, sofern die Zulassung der Organisation für Herstellerverantwortung für die betreffende Batteriekategorie während der Laufzeit widerrufen oder unwirksam wird. In der Vereinbarung mit der jeweiligen Organisation für Herstellerverantwortung sind mindestens Regelungen zur Art und zum Ort der Überlassung an die Organisation für Herstellerverantwortung zu treffen.	
§ 17	
Überlassungspflichten Dritter	
(1) Die Betreiber von Behandlungsanlagen, für die die Richtlinie 2012/19/EU in der Fassung vom 13. März 2024 gilt, haben bei der Behandlung von Altgeräten anfallende Gerätealtbatterien und LV-Altbatterien einer für die jeweilige Batteriekategorie zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung zu überlassen.	
(2) Die Betreiber von Behandlungsanlagen, für die die Richtlinie 2000/53/EG in der Fassung vom 16. Dezember 2022 gilt, haben bei der Behandlung von Altfahrzeugen anfallende Gerätealtbatterien und LV-Altbatterien einer für die jeweilige Batteriekategorie zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung zu überlassen.	
(3) Die Bindung eines Betreibers von Behandlungsanlagen an eine Organisation für Herstellerverantwortung erfolgt für mindestens zwölf Monate. Eine Kündigung ist nur zulässig bis drei Monate vor Ablauf der vereinbarten Laufzeit oder, falls keine Laufzeit vereinbart ist, bis drei Monate vor Ablauf der zwölf Monate. Wird die Kündigungsfrist nicht eingehalten oder keine Kündigung erklärt, verlängert sich die Laufzeit um mindestens zwölf weitere Monate. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht, sofern die Zulassung der Organisation für Herstellerverantwortung für die betreffende Batteriekategorie während der Laufzeit widerrufen oder unwirksam wird.	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
Abschnitt 4	Abschnitt 4
Rücknahme von Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugbatterien	Rücknahme von Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugbatterien
§ 18	§ 18
Rücknahmepflichten der Händler	u n v e r ä n d e r t
(1) Ergänzend zu Artikel 62 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 ist jeder Händler verpflichtet, vom Endnutzer Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugaltbatterien nach Satz 2 unabhängig von deren chemischer Zusammensetzung, Marke, Herkunft, Baugröße und Beschaffenheit im Handelsgeschäft oder in dessen Nähe unentgeltlich zurückzunehmen. Die Rücknahmeverpflichtung nach Satz 1 beschränkt sich auf Altbatterien der Batteriekategorie nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 12 bis 14 der Verordnung (EU) 2023/1542, die der Händler als Neubatterie in seinem Sortiment führt oder geführt hat. Satz 1 erstreckt sich nicht auf Produkte mit eingebauten Altbatterien; das Elektro- und Elektronikgerätegesetz und die Altfahrzeug-Verordnung bleiben unberührt.	
(2) Händler, die Starter-, Industrie- oder Elektrofahrzeugbatterien im Wege von Fernabsatzverträgen an Endnutzer abgeben, haben zur Erfüllung ihrer Pflicht aus Absatz 1 geeignete Rückgabemöglichkeiten in zumutbarer Entfernung zum jeweiligen Endnutzer einzurichten. Artikel 62 Absatz 4 und 5 der Verordnung (EU) 2023/1542 bleibt unberührt.	
(3) Händler haben die zurückgenommenen Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugaltbatterien nach Artikel 62 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 einer für die jeweilige Batteriekategorie zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung oder einem im Rahmen eines Auswahlverfahrens nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 ausgewählten Abfallbewirtschafter zu überlassen. Übergibt der Händler die zurückgenommenen Starter-, Industrie- oder Elektrofahrzeugaltbatterien einem ausgewählten Abfallbewirtschafter, so gelten die Anforderungen der Artikel 70 und 71 der Verordnung (EU) 2023/1542 zugunsten des Händlers als erfüllt.	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
§ 19	§ 19
Pfandpflicht für Starterbatterien	u n v e r ä n d e r t
(1) Händler, die Starterbatterien an Endnutzer abgeben, sind verpflichtet, je Starterbatterie ein Pfand in Höhe von 7,50 Euro einschließlich Umsatzsteuer zu erheben, wenn der Endnutzer zum Zeitpunkt des Kaufs einer neuen Starterbatterie keine Starteraltbatterie zurückgibt. Der Händler, der das Pfand erhoben hat, ist bei Rückgabe einer Starteraltbatterie zur Erstattung des Pfandes verpflichtet. Der Händler kann bei der Pfanderhebung eine Pfandmarke ausgeben und die Pfanderstattung von der Rückgabe der Pfandmarke abhängig machen.	
(2) Wird die Starteraltbatterie nicht dem Pfand erhebenden Händler zurückgegeben, ist derjenige Erfassungsberechtigte nach § 6 Absatz 3, der die Starteraltbatterien zurücknimmt, verpflichtet, auf Verlangen des Endnutzers schriftlich oder elektronisch zu bestätigen, dass eine Rücknahme ohne Pfanderstattung erfolgt ist. Ein Händler, der Starterbatterien unter Verwendung von Fernkommunikationsmitteln anbietet, ist abweichend von Absatz 1 Satz 2 zur Erstattung des Pfandes auch bei Vorlage eines schriftlichen oder elektronischen Rückgabenaachweises nach Satz 1 verpflichtet. Der Rückgabenaachweis darf zum Zeitpunkt der Vorlage nicht älter als zwei Wochen sein.	
(3) Werden in Fahrzeuge eingebaute Starterbatterien an den Endnutzer ab- oder weitergegeben, so entfällt die Pfandpflicht.	
§ 20	§ 20
Mitwirkung von öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern	Mitwirkung von öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern
Öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger können sich an der Rücknahme von Starter- und Industrialtbatterien beteiligen. Sofern eine Beteiligung erfolgt, sind sie verpflichtet, die angenommenen Altbatterien einer für die jeweilige Batteriekategorie zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung oder einem im Rahmen eines Auswahlverfahrens nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 ausgewählten Abfallbewirtschafter zu überlassen. § 18 Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend.	(1) u n v e r ä n d e r t
	(2) Ein nach Landesrecht für die Verwertung und Beseitigung von Altbatterien zuständiger öff-

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
	fentlich-rechtlicher Entsorgungsträger kann sämtliche Starter- oder Industriebatterien für jeweils mindestens zwei Jahre von der Überlassung nach Absatz 1 ausnehmen. Er hat die Starter- oder Industriebatterien gemäß den Artikeln 70 und 71 der Verordnung (EU) 2023/1542 und § 23 dieses Gesetzes zu behandeln.
	(3) Die Absicht, von der Möglichkeit nach Absatz 2 Gebrauch zu machen, hat der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger drei Monate vor Beginn der eigenverantwortlichen Entsorgung der zuständigen Behörde anzuzeigen.
§ 21	§ 21
Überlassungspflichtigen Dritter	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Betreiber von Behandlungsanlagen, für die die Richtlinie 2012/19/EU in der Fassung vom 4. Juli 2012 gilt, haben bei der Behandlung von Altgeräten anfallende Starter-, Industrie- oder Elektrofahrzeugaltbatterien einer für die jeweilige Batteriekategorie zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung nach § 8 Absatz 1 und 3 oder einem im Rahmen eines Auswahlverfahrens nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 ausgewählten Abfallbewirtschafter zu überlassen. § 18 Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend.	
(2) Die Betreiber von Behandlungsanlagen, für die die Richtlinie 2000/53/EG in der Fassung vom 18. September 2020 gilt, haben bei der Behandlung von Altfahrzeugen anfallende Starter-, Industrie- oder Elektrofahrzeugaltbatterien einer für die jeweilige Batteriekategorie zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung oder einem im Rahmen eines Auswahlverfahrens nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 ausgewählten Abfallbewirtschafter zu überlassen. § 18 Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend.	
(3) Wirtschaftsakteure nach Artikel 61 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2023/1542 sind verpflichtet, die bei der Wiederaufarbeitung oder Umnutzung anfallenden Starter-, Industrie- oder Elektrofahrzeugaltbatterien einer für die jeweilige Batteriekategorie zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung oder einem nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 ausgewählten Abfallbewirtschafter zu überlassen. § 18 Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend.	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
§ 22	§ 22
Meldung zur Zuweisung an Organisationen für Herstellerverantwortung	u n v e r ä n d e r t
(1) Händler nach § 18, mitwirkende öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger nach § 20 und überlassungspflichtige Dritte nach § 21 können der zuständigen Behörde angenommene Altbatterien unter Angabe einer Schätzmenge der abzuholenden Masse zur Zuweisung an eine für die jeweilige Batteriekategorie zugelassene Organisation für Herstellerverantwortung melden, sobald	
1. für Industriealtbatterien	
a) Händler eine Abholmasse von 45 Kilogramm erreicht haben oder	
b) öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger und überlassungspflichtige Dritte eine Abholmasse von 90 Kilogramm erreicht haben,	
2. für Starteraltbatterien	
a) Händler eine Abholmasse von 90 Kilogramm erreicht haben oder	
b) öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger eine Abholmasse von 180 Kilogramm erreicht haben, und	
3. für Elektrofahrzeugaltbatterien eine Abholmasse von 200 Kilogramm erreicht wurde.	
Sofern bei der Abholung besondere Sicherheitsanforderungen zu berücksichtigen sind, ist dies bei der Meldung nach Satz 1 anzugeben.	
(2) Die Händler nach § 18, mitwirkende öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger nach § 20 und überlassungspflichtige Dritte nach § 21 sind verpflichtet, zurückgenommene Industrie-, Starter- und Elektrofahrzeugaltbatterien entsprechend der Zuweisung einer für die jeweilige Batteriekategorie zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung zu überlassen.	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
Kapitel 3	Kapitel 3
Behandlungspflichten	u n v e r ä n d e r t
§ 23	
Behandlung und Beseitigung	
(1) Ergänzend zu Artikel 70 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 sind auch Abfälle der Batterieerzeugung gemäß Artikel 70 und 71 der Verordnung (EU) 2023/1542 zu behandeln.	
(2) Ergänzend zu Artikel 70 der Verordnung (EU) 2023/1542 können Rückstände von zuvor ordnungsgemäß behandelten und recycelten Altbatterien nach dem Stand der Technik gemeinwohlverträglich beseitigt werden.	
Kapitel 4	Kapitel 4
Informationspflichten	Informationspflichten
§ 24	§ 24
Informationspflichten der Händler	Informationspflichten der Händler
(1) Ergänzend zu Artikel 74 Absatz 4 und 5 der Verordnung (EU) 2023/1542 haben Händler, die zur Rücknahme von Altbatterien nach Artikel 62 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 in der Fassung vom 13. Juni 2024 verpflichtet sind, ihre Kunden durch gut sicht- und lesbare, im unmittelbaren Sichtbereich des Hauptkundenstroms platzierte Schrift- oder Bildtafeln mindestens in deutscher Sprache darauf hinzuweisen, dass	(1) u n v e r ä n d e r t
1. Altbatterien im Handelsgeschäft unentgeltlich zurückgegeben werden können und	
2. der Endnutzer zur Rückgabe von Altbatterien gesetzlich verpflichtet ist.	
(2) Händler, die zur Rücknahme von Altbatterien nach Artikel 62 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 in der Fassung vom 13. Juni 2024 verpflichtet sind, haben ihre Kunden im Eingangsbereich der Verkaufsstelle durch gut sicht- und lesbare Bildtafeln mindestens im Format DIN A4 im unmittelbaren Sicht-	(2) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
bereich des Hauptkundenstroms mit der Kennzeichnung nach § 25 Absatz 4 Satz 1 darauf hinzuweisen, dass Altbatterien in der jeweiligen Verkaufsstelle zurückgegeben werden können.	
(3) Händler, die Batterien im Wege von Fernabsatzverträgen an Endnutzer abgeben, haben die Informationen nach Artikel 74 Absatz 4 und 5 in Verbindung mit Artikel 74 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 in der Fassung vom 13. Juni 2024 und die Hinweise nach den Absätzen 1 und 2 gut sichtbar durch <i>digitale Bildtafeln</i> in den von ihnen verwendeten Darstellungsmedien sowie leicht auffindbar auf der Internetseite zu geben oder der Warensendung schriftlich beizufügen.	(3) Händler, die Batterien im Wege von Fernabsatzverträgen an Endnutzer abgeben, haben die Informationen nach Artikel 74 Absatz 4 und 5 in Verbindung mit Artikel 74 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 in der Fassung vom 13. Juni 2024 und die Hinweise nach den Absätzen 1 und 2 gut sichtbar durch schriftliche und bildliche Hinweise in den von ihnen verwendeten Darstellungsmedien sowie leicht auffindbar auf der Internetseite zu geben oder der Warensendung schriftlich beizufügen.
§ 25	§ 25
Informationspflichten der Organisationen für Herstellerverantwortung	u n v e r ä n d e r t
(1) Ergänzend zu Artikel 74 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 sind die Organisationen für Herstellerverantwortung ab dem Zeitpunkt der Zulassung verpflichtet, gemeinschaftlich die Endnutzer mindestens in deutscher Sprache zu informieren über	
1. die Verpflichtung der Endnutzer nach § 6 Absatz 1 zur Entsorgung von Altbatterien,	
2. Sinn und Zweck der getrennten Sammlung von Altbatterien,	
3. Abfallvermeidungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Vermeidung von Vermüllung,	
4. die Möglichkeiten der Vorbereitung zur Wiederverwendung von Altbatterien,	
5. die Risiken beim Umgang mit lithiumhaltigen Batterien,	
6. die Rücknahme- und Sammelstellen für Altbatterien sowie	
7. die Bedeutung der Kennzeichnung für Rücknahme- und Sammelstellen nach Absatz 4.	
(2) Die Information nach Absatz 1 hat in regelmäßigen Zeitabständen zu erfolgen und soll sowohl lokale als auch überregionale Maßnahmen beinhalten. Zur Erfüllung ihrer Pflichten aus Satz 1 haben die Organisationen für Herstellerverantwortung gemeinschaftlich einen Dritten zu beauftragen.	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
(3) Der beauftragte Dritte nach Absatz 2 Satz 2 hat einen Beirat einzurichten, dem folgende Vertreter angehören:	
1. Vertreter der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger,	
2. Vertreter der Verbraucherschutzorganisationen,	
3. Vertreter der Hersteller- und Handelsverbände,	
4. Vertreter der Entsorgungswirtschaft sowie	
5. Vertreter der Länder und des Bundes.	
Der Beirat gibt sich eine Geschäftsordnung. Die Organisationen für Herstellerverantwortung tragen die Kosten entsprechend dem Marktanteil der in Verkehr gebrachten Masse an Batterien der jeweils bei ihnen selbst beteiligten Hersteller oder über einen Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung beteiligten Hersteller.	
(4) Die Organisationen für Herstellerverantwortung haben eine gemeinsame einheitliche Kennzeichnung für Rücknahme- und Sammelstellen zu entwerfen, diese den Rücknahme- und Sammelstellen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und bei den Rücknahme- und Sammelstellen dauerhaft für die Nutzung der Kennzeichnung zu werben. Die Organisationen für Herstellerverantwortung können auch gemeinschaftlich einen Dritten mit der Wahrnehmung der Pflicht aus Satz 1 beauftragen. Absatz 3 Satz 3 gilt entsprechend.	
Kapitel 5	Kapitel 5
Mitteilungspflichten	Mitteilungspflichten
§ 26	§ 26
Mitteilungspflichten der Organisationen für Herstellerverantwortung	Mitteilungspflichten der Organisationen für Herstellerverantwortung
(1) Jede Organisation für Herstellerverantwortung hat dem Umweltbundesamt jährlich bis zum Ablauf des 30. Juni eine Dokumentation vorzulegen, die Auskunft gibt über	(1) u n v e r ä n d e r t
1. die Masse an Batterien, die im vorangegangenen Kalenderjahr von den beteiligten Herstellern im Geltungsbereich dieses Gesetzes erstmals auf dem Markt bereitgestellt wurde und im Geltungsbereich dieses Gesetzes verblieben ist,	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
2. die Masse der von ihr im vorangegangenen Kalenderjahr zurückgenommenen Altbatterien, getrennt ausgewiesen nach der Masse, die	
a) selbst zurückgenommen wurde,	
b) an andere Organisationen für Herstellerverantwortung verkauft oder von anderen Organisationen für Herstellerverantwortung abgekauft wurde,	
c) in Erfüllung der Auffangsammelpflicht nach § 12 Absatz 2 zurückgenommen wurde,	
3. die Masse der von ihr im vorangegangenen Kalenderjahr einer Vorbereitung zur Wiederverwendung zugeführten Altbatterien,	
4. die Masse der von ihr im vorangegangenen Kalenderjahr einer Vorbereitung zur Umnutzung zugeführten Altbatterien,	
5. die Masse der von ihr im vorangegangenen Kalenderjahr einer Vorbereitung zum Recycling zugeführten Altbatterien sowie	
6. die Masse der von ihr im vorangegangenen Kalenderjahr einem Recycling zugeführten Altbatterien.	
Die Dokumentation nach Satz 1 ist zu untergliedern nach den Kategorien von Batterien sowie nach chemischen Systemen. Bei der Angabe zu Satz 1 Nummer 1 sind Allzweck-Gerätebatterien und bei den Angaben zu Satz 1 Nummer 3 bis 6 in Staaten außerhalb der Europäischen Union ausgeführte und behandelte Altbatterien jeweils gesondert auszuweisen. Organisationen für Herstellerverantwortung für Gerätebatterien und für LV-Batterien haben in der Dokumentation auch die im eigenen System erreichte Sammelquote und deren Herleitung anzugeben.	
(2) Jeder Hersteller ist verpflichtet, der Organisation für Herstellerverantwortung, an der er beteiligt ist, die zur Erfüllung der Mitteilungspflichten nach Absatz 1 erforderlichen Informationen auf Verlangen der Organisation für Herstellerverantwortung bereitzustellen.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Die Dokumentation nach Absatz 1 ist durch die Organisation für Herstellerverantwortung in einer von einem unabhängigen Sachverständigen geprüften und bestätigten Fassung vorzulegen. Satz 1 gilt für Organisationen für Herstellerverantwortung, die für die Wahrnehmung der Herstellerverantwortung für Starter-, Industrie- oder Elektrofahrzeugbatterien zugelassen wurden, mit der Maßgabe, dass nur die Masse an	(3) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
Batterien nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 durch einen unabhängigen Sachverständigen überprüft und bestätigt werden muss. Die Organisationen für Herstellerverantwortung haben sicherzustellen, dass spätestens nach fünf Jahren durchgängiger Prüfung durch denselben Sachverständigen ein anderer Sachverständiger die Prüfung und Bestätigung der Dokumentation durchführt.	
(4) Jede Organisation für Herstellerverantwortung veröffentlicht die nach Absatz 1 vorzulegende Dokumentation innerhalb eines Monats nach Vorlage beim Umweltbundesamt auf ihrer Internetseite. Im Fall der Beleihung nach § 34 übermittelt das Umweltbundesamt der Beliehenen nach Erhalt die Dokumentationen der Organisationen für Herstellerverantwortung.	(4) Jede Organisation für Herstellerverantwortung veröffentlicht die nach Absatz 1 vorzulegende Dokumentation innerhalb eines Monats nach Vorlage beim Umweltbundesamt auf ihrer Internetseite. Im Fall der Beleihung nach § 37 übermittelt das Umweltbundesamt der Beliehenen nach Erhalt die Dokumentationen der Organisationen für Herstellerverantwortung.
(5) Die Organisationen für Herstellerverantwortung für Industrie-, Starter- und Elektrofahrzeugbatterien können der zuständigen Behörde auch unterjährig die Masse der im laufenden Kalenderjahr selbst oder aufgrund der Zuweisung nach § 31 Absatz 6 zurückgenommenen Altbatterien der jeweiligen Batteriekategorie zur Berücksichtigung bei der Berechnung des Verpflichtungssaldos nach § 31 Absatz 3 mitteilen.	(5) Die Organisationen für Herstellerverantwortung für Industrie-, Starter- und Elektrofahrzeugbatterien können der zuständigen Behörde auch unterjährig die Masse der im laufenden Kalenderjahr selbst oder aufgrund der Zuweisung nach § 32 Absatz 6 zurückgenommenen Altbatterien der jeweiligen Batteriekategorie zur Berücksichtigung bei der Berechnung des Verpflichtungssaldos nach § 32 Absatz 3 mitteilen.
§ 27	§ 27
Mitteilungspflichten ausgewählter Abfallbewirtschafter	Mitteilungspflichten ausgewählter Abfallbewirtschafter
Jeder nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 in der Fassung vom 13. Juni 2024 ausgewählte Abfallbewirtschafter hat dem Umweltbundesamt jährlich bis zum Ablauf des 30. Juni eine Dokumentation vorzulegen, die Auskunft gibt über	Jeder nach Artikel 57 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 in der Fassung vom 13. Juni 2024 ausgewählte Abfallbewirtschafter hat dem Umweltbundesamt jährlich bis zum Ablauf des 30. Juni eine Dokumentation vorzulegen, die Auskunft gibt über
1. die Masse der von ihm im vorangegangenen Kalenderjahr zurückgenommenen Altbatterien,	1. u n v e r ä n d e r t
2. die Masse der von ihm im vorangegangenen Kalenderjahr einer Vorbereitung zur Wiederverwendung zugeführten Altbatterien,	2. u n v e r ä n d e r t
3. die Masse der von ihm im vorangegangenen Kalenderjahr einer Vorbereitung zur Umnutzung zugeführten Altbatterien,	3. u n v e r ä n d e r t
4. die Masse der von ihm im vorangegangenen Kalenderjahr einer Vorbereitung zum Recycling zugeführten Altbatterien sowie	4. u n v e r ä n d e r t
5. die Masse der von ihr im vorangegangenen Kalenderjahr einem Recycling zugeführten Altbatterien.	5. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
Die Dokumentation nach Satz 1 ist zu untergliedern nach Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugbatterien sowie nach chemischen Systemen. Bei den Angaben zu Satz 1 Nummer 2 bis 5 sind in Staaten außerhalb der Europäischen Union ausgeführte und behandelte Altbatterien gesondert auszuweisen. Im Fall der Beleihung nach § 34 übermittelt das Umweltbundesamt der Beliehenen nach Erhalt die Dokumentationen der ausgewählten Abfallbewirtschafter.	Die Dokumentation nach Satz 1 ist zu untergliedern nach Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugbatterien sowie nach chemischen Systemen. Bei den Angaben zu Satz 1 Nummer 2 bis 5 sind in Staaten außerhalb der Europäischen Union ausgeführte und behandelte Altbatterien gesondert auszuweisen. Im Fall der Beleihung nach § 37 übermittelt das Umweltbundesamt der Beliehenen nach Erhalt die Dokumentationen der ausgewählten Abfallbewirtschafter.
	§ 28
	Mitteilungspflichten öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger
	Jeder öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger hat dem Umweltbundesamt im Fall des § 20 Absatz 2 jährlich bis zum 30. Juni eine Dokumentation vorzulegen, die Auskunft gibt über
	1. die Masse der von ihm im vorangegangenen Kalenderjahr zurückgenommenen Altbatterien,
	2. die Masse der von ihm im vorangegangenen Kalenderjahr einer Vorbereitung zur Wiederverwendung zugeführten Altbatterien,
	3. die Masse der von ihm im vorangegangenen Kalenderjahr einer Vorbereitung zur Umnutzung zugeführten Altbatterien,
	4. die Masse der von ihm im vorangegangenen Kalenderjahr einer Vorbereitung zum Recycling zugeführten Altbatterien sowie
	5. die Masse der von ihr im vorangegangenen Kalenderjahr einem Recycling zugeführten Altbatterien.
	Die Dokumentation nach Satz 1 ist zu untergliedern nach Starter- und Industriebatterien sowie nach chemischen Systemen. Bei den Angaben zu Satz 1 Nummer 2 bis 5 sind in Staaten außerhalb der Europäischen Union ausgeführte und behandelte Altbatterien gesondert auszuweisen. Im Fall der Beleihung nach § 37 übermittelt das Umweltbundesamt der Beliehenen nach Erhalt die Dokumentationen der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger.

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
§ 28	§ 29
Mitteilungspflichten von Abfallbewirtschaftern, die Altbatterien behandeln, und Recyclingbetreibern	Mitteilungspflichten von Abfallbewirtschaftern, die Altbatterien behandeln, und Recyclingbetreibern
(1) Jeder Abfallbewirtschafter, der Altbatterien behandelt, hat dem Umweltbundesamt jährlich bis zum Ablauf des 30. Juni eine Dokumentation vorzulegen, die Auskunft gibt über	(1) <i>u n v e r ä n d e r t</i>
1. die Masse an Altbatterien, die von ihm im vorangegangenen Kalenderjahr zwecks Behandlung angenommen wurde,	
2. die Masse an Altbatterien, die von ihm im vorangegangenen Kalenderjahr zur Wiederverwendung vorbereitet wurde,	
3. die Masse an Altbatterien, die von ihm im vorangegangenen Kalenderjahr zur Umnutzung vorbereitet wurde, sowie	
4. die Masse an Altbatterien, die von ihm im vorangegangenen Kalenderjahr einem Recyclingverfahren zugeführt wurde.	
(2) Jeder Recyclingbetreiber hat dem Umweltbundesamt jährlich bis zum Ablauf des 30. Juni eine Dokumentation vorzulegen, die Auskunft gibt über	(2) <i>u n v e r ä n d e r t</i>
1. die Masse an Altbatterien, die von ihm im vorangegangenen Kalenderjahr zum Recycling angenommen wurde,	
2. die erreichten Recyclingeffizienzen nach Artikel 71 in Verbindung mit Anhang XII Teil B der Verordnung (EU) 2023/1542 in der Fassung vom 13. Juni 2024 und	
3. die erreichten Quoten für die stoffliche Verwertung nach Artikel 71 in Verbindung mit Anhang XII Teil C der Verordnung (EU) 2023/1542 in der Fassung vom 13. Juni 2024.	
Werden Recyclingverfahren in mehreren Anlagen durchgeführt, so ist der erste Recyclingbetreiber zur Dokumentation nach Satz 1 verpflichtet. Die Betreiber der weiteren Recyclinganlagen stellen zu diesem Zweck dem ersten Recyclingbetreiber die entsprechenden Daten zur Verfügung.	
(3) Im Fall der Beleihung nach § 34 übermittelt das Umweltbundesamt der Beliehenen nach Erhalt die	(3) Im Fall der Beleihung nach § 37 übermittelt das Umweltbundesamt der Beliehenen nach Erhalt die

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
Dokumentationen der Abfallbewirtschafter, die Altbatterien behandeln, und der Recyclingbetreiber.	Dokumentationen der Abfallbewirtschafter, die Altbatterien behandeln, und der Recyclingbetreiber.
Kapitel 6	Kapitel 6
Aufgaben und Befugnisse der zuständigen Behörden	Aufgaben und Befugnisse der zuständigen Behörden
Abschnitt 1	Abschnitt 1
Zuständige Behörde nach Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542	Zuständige Behörde nach Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542
§ 29	§ 30
Zuständige Behörde nach Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542	u n v e r ä n d e r t
Zuständige Behörde gemäß Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542 und gemäß Teil 2 dieses Gesetzes ist das Umweltbundesamt.	
§ 30	§ 31
Aufgaben der zuständigen Behörde im Zusammenhang mit der Registrierung und Zulassung	Aufgaben der zuständigen Behörde im Zusammenhang mit der Registrierung und Zulassung
(1) Die zuständige Behörde registriert den Hersteller auf dessen Antrag mit der Marke, der Firma, dem Ort der Niederlassung oder dem Sitz, der Anschrift sowie der Batteriekategorie nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 9 sowie 11 bis 14 der Verordnung (EU) 2023/1542 und erteilt dem Hersteller eine Registrierungsnummer. Im Fall des § 37 Absatz 2 registriert die zuständige Behörde den Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung mit den in Satz 1 genannten Angaben sowie mit den Kontaktdaten des vertretenen Herstellers und erteilt je vertretenen Hersteller eine Registrierungsnummer. Einem Hersteller oder dessen Bevollmächtigtem für die erweiterte Herstellerverantwortung darf die Registrierung nur erteilt werden, wenn er oder sein Bevollmächtigter für die erweiterte Herstellerverantwortung eine für die jeweilige Batteriekategorie zugelassene Organisation für Herstellerverantwortung mit der Wahrnehmung der Aufgaben der erweiterten Herstellerverantwortung nach Artikel 56 der Verordnung (EU) 2023/1542 beauftragt hat	(1) Die zuständige Behörde registriert den Hersteller auf dessen Antrag mit der Marke, der Firma, dem Ort der Niederlassung oder dem Sitz, der Anschrift sowie der Batteriekategorie nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 9 sowie 11 bis 14 der Verordnung (EU) 2023/1542 und erteilt dem Hersteller eine Registrierungsnummer. Im Fall des § 40 Absatz 2 registriert die zuständige Behörde den Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung mit den in Satz 1 genannten Angaben sowie mit den Kontaktdaten des vertretenen Herstellers und erteilt je vertretenen Hersteller eine Registrierungsnummer. Einem Hersteller oder dessen Bevollmächtigtem für die erweiterte Herstellerverantwortung darf die Registrierung nur erteilt werden, wenn er oder sein Bevollmächtigter für die erweiterte Herstellerverantwortung eine für die jeweilige Batteriekategorie zugelassene Organisation für Herstellerverantwortung mit der Wahrnehmung der Aufgaben der erweiterten Herstellerverantwortung nach Artikel 56 der Verordnung (EU) 2023/1542 beauftragt hat

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
oder selbst für die individuelle Wahrnehmung der erweiterten Herstellerverantwortung zugelassen wurde.	oder selbst für die individuelle Wahrnehmung der erweiterten Herstellerverantwortung zugelassen wurde.
(2) Die zuständige Behörde lässt die Organisationen für Herstellerverantwortung auf deren Antrag nach Maßgabe des § 8 zu. Die zuständige Behörde überprüft regelmäßig, spätestens alle drei Jahre, ob die Voraussetzungen für die Zulassung erfüllt werden. Dabei berücksichtigt sie die Eigenkontrollberichte und erforderlichenfalls die Korrekturmaßnahmenpläne der Organisationen für Herstellerverantwortung und deren Umsetzungsstand nach Artikel 58 Absatz 5 Satz 2 und 4 der Verordnung (EU) 2023/1542.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Die zuständige Behörde veröffentlicht die folgenden Angaben zu den registrierten Herstellern und den registrierten Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung auf ihrer Internetseite:	(3) u n v e r ä n d e r t
1. Name, Anschrift und Internetadresse des Herstellers oder von dessen Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung,	
2. im Fall der Bevollmächtigung: Name und Anschrift des vertretenen Herstellers,	
3. die Batteriekategorie nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 9 sowie 11 bis 14 der Verordnung (EU) 2023/1542, die der Hersteller in Verkehr bringt,	
4. die Marke, unter der der Hersteller die Batterien in Verkehr bringt, und	
5. Name und Rechtsform der Organisation für Herstellerverantwortung, die der Hersteller oder dessen Bevollmächtigter beauftragt hat.	
Die Veröffentlichung ist zu untergliedern nach Herstellern von Gerätebatterien, LV-Batterien sowie Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugbatterien und muss für jeden Hersteller die Angaben nach Satz 1 sowie das Datum der Registrierung enthalten. Für Hersteller, die aus dem Markt ausgetreten sind, ist zusätzlich das Datum des Marktaustritts anzugeben. Die Angaben nach Satz 1 sind mit Ablauf des dritten Kalenderjahres nach dem Datum des angezeigten Marktaustritts des Herstellers im Internet zu löschen. Die Sätze 2 bis 4 gelten im Fall der Bevollmächtigung mit der Maßgabe, dass die Daten zum Bevollmächtigten je vertretenen Hersteller zu veröffentlichen sind.	
(4) Die zuständige Behörde veröffentlicht auf ihrer Internetseite den Namen und die Anschrift der zugelassenen Organisationen für Herstellerverantwortung.	(4) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
(5) Die zuständige Behörde stellt auf der Grundlage der gemäß § 12 Absatz 1 gemeldeten Informationen und der gemäß Artikel 75 Absatz 1 und Absatz 2 auch in Verbindung mit Absatz 4 der Verordnung (EU) 2023/1542 und § 26 übermittelten Dokumentationen fest, in welchem Umfang Verpflichtungen einer Organisation für Herstellerverantwortung, deren Zulassung nach Artikel 58 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder § 32 Absatz 2 oder 3 widerrufen worden oder in sonstiger Weise unwirksam geworden ist, noch nicht erfüllt sind. Die Feststellung kann öffentlich bekannt gegeben werden. Informationen, die nicht innerhalb eines Monats nach dem Zeitpunkt des Widerrufs oder der sonstigen Unwirksamkeit von der betroffenen Organisation für Herstellerverantwortung der zuständigen Behörde gemeldet werden, bleiben für die Feststellung nach Satz 1 außer Betracht.	(5) Die zuständige Behörde stellt auf der Grundlage der gemäß § 12 Absatz 1 gemeldeten Informationen und der gemäß Artikel 75 Absatz 1 und Absatz 2 auch in Verbindung mit Absatz 4 der Verordnung (EU) 2023/1542 und § 26 übermittelten Dokumentationen fest, in welchem Umfang Verpflichtungen einer Organisation für Herstellerverantwortung, deren Zulassung nach Artikel 58 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder § 33 Absatz 2 oder 3 widerrufen worden oder in sonstiger Weise unwirksam geworden ist, noch nicht erfüllt sind. Die Feststellung kann öffentlich bekannt gegeben werden. Informationen, die nicht innerhalb eines Monats nach dem Zeitpunkt des Widerrufs oder der sonstigen Unwirksamkeit von der betroffenen Organisation für Herstellerverantwortung der zuständigen Behörde gemeldet werden, bleiben für die Feststellung nach Satz 1 außer Betracht.
(6) Stellt die zuständige Behörde fest, dass Verpflichtungen einer Organisation für Herstellerverantwortung, deren Zulassung nach Artikel 58 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 in der Fassung vom 13. Juni 2024 oder § 32 Absatz 2 oder 3 widerrufen worden oder in sonstiger Weise unwirksam geworden ist, noch nicht erfüllt sind, trifft sie gegenüber den zugelassenen Organisationen für Herstellerverantwortung für die jeweilige Kategorie die im Einzelfall erforderlichen Anordnungen zur Sicherstellung der Auffangsammlungspflicht nach § 12 Absatz 2. Die Zulassung nach Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 und § 8 Absatz 2 und 3 kann auch nachträglich mit Auflagen verbunden werden, die erforderlich sind, um die Erfüllung der Auffangsammlungspflicht sicherzustellen.	(6) Stellt die zuständige Behörde fest, dass Verpflichtungen einer Organisation für Herstellerverantwortung, deren Zulassung nach Artikel 58 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 in der Fassung vom 13. Juni 2024 oder § 33 Absatz 2 oder 3 widerrufen worden oder in sonstiger Weise unwirksam geworden ist, noch nicht erfüllt sind, trifft sie gegenüber den zugelassenen Organisationen für Herstellerverantwortung für die jeweilige Kategorie die im Einzelfall erforderlichen Anordnungen zur Sicherstellung der Auffangsammlungspflicht nach § 12 Absatz 2. Die Zulassung nach Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 und § 8 Absatz 2 und 3 kann auch nachträglich mit Auflagen verbunden werden, die erforderlich sind, um die Erfüllung der Auffangsammlungspflicht sicherzustellen.
(7) Die zuständige Behörde legt je Kategorie von Batterien Ausgleichssätze für die Berechnung des Ausgleichsanspruchs nach § 12 Absatz 3 durch Allgemeinverfügung fest. Die Festlegung ist öffentlich bekannt zu geben. Die Ausgleichssätze sollen die Kosten decken, die der Organisation für Herstellerverantwortung für die Erfüllung der Verpflichtungen in Wahrnehmung der Herstellerverantwortung je Gewichtseinheit in Verbindung mit Abfallbewirtschaftstätigkeiten entstehen, und einen angemessenen Risikoaufschlag enthalten. Die Ausgleichssätze sind regelmäßig, mindestens alle fünf Jahre, zu aktualisieren; dabei sind die Organisationen für Herstellerverantwortung anzuhören. Die Sätze 1 und 2 gelten für die Festlegung der durchschnittlichen Kosten für die Abholung und Behandlung von Altbatterien nach § 9 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 entsprechend.	(7) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
(8) Die zuständige Behörde stellt auf Antrag der Organisationen für Herstellerverantwortung, denen eine Auffangsammlungspflicht zugewiesen wurde, den jeweiligen Anteil ihrer erfüllten Auffangsammlungspflicht an der gesamten Auffangsammlungspflicht und die Höhe ihres jeweiligen Ausgleichsanspruchs nach § 12 Absatz 3 gegen die Organisation für Herstellerverantwortung fest, deren Zulassung nach Artikel 58 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder § 32 Absatz 2 oder 3 widerrufen worden oder in sonstiger Weise unwirksam geworden ist.	(8) Die zuständige Behörde stellt auf Antrag der Organisationen für Herstellerverantwortung, denen eine Auffangsammlungspflicht zugewiesen wurde, den jeweiligen Anteil ihrer erfüllten Auffangsammlungspflicht an der gesamten Auffangsammlungspflicht und die Höhe ihres jeweiligen Ausgleichsanspruchs nach § 12 Absatz 3 gegen die Organisation für Herstellerverantwortung fest, deren Zulassung nach Artikel 58 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 oder § 33 Absatz 2 oder 3 widerrufen worden oder in sonstiger Weise unwirksam geworden ist.
§ 31	§ 32
Weitere Aufgaben der zuständigen Behörde	Weitere Aufgaben der zuständigen Behörde
(1) Die zuständige Behörde nimmt folgende Anzeigen, Meldungen und Mitteilungen entgegen:	(1) Die zuständige Behörde nimmt folgende Anzeigen, Meldungen und Mitteilungen entgegen:
1. die Anzeigen nach § 7 Absatz 2 Satz 3 und § 11 Absatz 8,	1. die Anzeigen nach § 7 Absatz 2 Satz 3, § 11 Absatz 8 und § 20 Absatz 3 ,
2. die Meldungen nach § 12 Absatz 1 und § 22 Absatz 1 und	2. u n v e r ä n d e r t
3. die Mitteilungen nach § 8 Absatz 8 und § 26 Absatz 5.	3. u n v e r ä n d e r t
Die zuständige Behörde kann zur Prüfung der Anzeigen nach § 7 Absatz 2 Satz 3, der Meldungen nach § 12 Absatz 1 und der Mitteilungen nach § 26 Absatz 5 die im Einzelfall erforderlichen Unterlagen anfordern. Bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der übermittelten Angaben ist die zuständige Behörde befugt, die Mengenangaben auf der Grundlage der ihr vorliegenden Informationen zu schätzen. Sie kann verlangen, dass die Anzeigen nach § 7 Absatz 2 Satz 3 und die Mitteilungen nach § 26 Absatz 5 durch einen unabhängigen Sachverständigen innerhalb angemessener Frist bestätigt werden. Sie ist berechtigt, für die Bestätigung die Prüfkriterien festzulegen.	Die zuständige Behörde kann zur Prüfung der Anzeigen nach § 7 Absatz 2 Satz 3, der Meldungen nach § 12 Absatz 1 und der Mitteilungen nach § 26 Absatz 5 die im Einzelfall erforderlichen Unterlagen anfordern. Bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der übermittelten Angaben ist die zuständige Behörde befugt, die Mengenangaben auf der Grundlage der ihr vorliegenden Informationen zu schätzen. Sie kann verlangen, dass die Anzeigen nach § 7 Absatz 2 Satz 3 und die Mitteilungen nach § 26 Absatz 5 durch einen unabhängigen Sachverständigen innerhalb angemessener Frist bestätigt werden. Sie ist berechtigt, für die Bestätigung die Prüfkriterien festzulegen.
(2) Die zuständige Behörde veröffentlicht auf ihrer Internetseite die nach § 11 Absatz 8 von den Organisationen für Herstellerverantwortung angezeigten ausgewählten Abfallbewirtschafter sowie das Bundesland und die Postleitzahl des Sitzes des Abfallbewirtschafters. Wird die Auswahl eines Abfallbewirtschafters aufgehoben, löscht die zuständige Behörde auf ihrer Internetseite den Eintrag des betreffenden Abfallbewirtschafters.	(2) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
(3) Nach einer Meldung nach § 22 Absatz 1 berechnet die zuständige Behörde den Verpflichtungssaldo der für die jeweilige Batteriekategorie zugelassenen Organisationen für Herstellerverantwortung. Der Verpflichtungssaldo ergibt sich aus der Differenz zwischen der Gesamtbeteiligungsmenge der jeweiligen Organisation für Herstellerverantwortung für das laufende Kalenderjahr und der von der jeweiligen Organisation für Herstellerverantwortung nach § 26 Absatz 5 mitgeteilten Masse für das laufende Kalenderjahr. Bei der Berechnung des Verpflichtungssaldos soll die zuständige Behörde die Masse der infolge vorgehender Zuweisungen voraussichtlich abgeholten oder abzuholenden Altbatterien der jeweiligen Batteriekategorie und das Ergebnis ihrer Prüfung nach Absatz 1 Satz 2, die Schätzungen nach Absatz 1 Satz 3 sowie die Bestätigungen nach Absatz 1 Satz 4 berücksichtigen.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Die Ermittlung der Gesamtbeteiligungsmenge der Organisation für Herstellerverantwortung für das laufende Kalenderjahr erfolgt entsprechend § 13 Absatz 3 und 4 auf der Grundlage der von der jeweiligen Organisation für Herstellerverantwortung nach § 7 Absatz 2 Satz 3 angezeigten oder der nach Absatz 1 Satz 3 geschätzten Beteiligungsmengen je Batteriekategorie.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Die zuständige Behörde veröffentlicht die aktuellen Verpflichtungssalden der Organisationen für Herstellerverantwortung nach Absatz 3 je Batteriekategorie auf ihrer Internetseite.	(5) u n v e r ä n d e r t
(6) Erhält die zuständige Behörde eine Meldung gemäß § 22 Absatz 1, weist sie die Abholung der Organisation für Herstellerverantwortung mit dem höchsten Verpflichtungssaldo der betroffenen Batteriekategorie nach Absatz 3 zu, teilt dem Meldenden die zugewiesene Organisation für Herstellerverantwortung mit und trifft die im Einzelfall erforderlichen Anordnungen zur Sicherstellung der Erfüllung der Pflichten nach § 11 Absatz 1 Nummer 3. Erfolgt die Abholung nicht bis zur von der zuständigen Behörde festgesetzten Frist, gilt eine Nachfrist bis zum Ablauf des folgenden Werktages. Bei der Zuweisung informiert die zuständige Behörde die Organisation für Herstellerverantwortung über Meldungen nach § 22 Absatz 1 Satz 2.	(6) u n v e r ä n d e r t
(7) Anzeigen, Meldungen und Mitteilungen nach Absatz 1 erfolgen über das auf der Internetseite der zuständigen Behörde zur Verfügung gestellte elektronische Datenverarbeitungssystem nach Maßgabe der jeweils geltenden Verfahrensanweisung für das elektronische Datenverarbeitungssystem. Die zuständige Behörde kann Ausnahmen von Satz 1 zulassen. Sie	(7) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
kann für die sonstige Kommunikation mit den Herstellern oder mit deren Bevollmächtigten die elektronische Übermittlung, eine bestimmte Verschlüsselung sowie die Eröffnung eines Zugangs für die Übermittlung elektronischer Dokumente verlangen. Die Verfahrensanweisung nach Satz 1 und die Anforderungen nach Satz 3 sind auf der Internetseite der zuständigen Behörde zu veröffentlichen.	
§ 32	§ 33
Befugnisse der zuständigen Behörde	Befugnisse der zuständigen Behörde
(1) Ergänzend zu Artikel 55 Absatz 11 der Verordnung (EU) 2023/1542 kann die zuständige Behörde unbeschadet des § 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes die Registrierung einschließlich der Registrierungsnummer eines Herstellers oder dessen Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung widerrufen, wenn	(1) u n v e r ä n d e r t
1. der Hersteller oder dessen Bevollmächtigter für die erweiterte Herstellerverantwortung entgegen § 7 Absatz 1 Satz 1 sich nicht mehr an einer Organisation für Herstellerverantwortung beteiligt oder die Zulassung für die individuelle Wahrnehmung der Herstellerverantwortung widerrufen wurde oder unwirksam geworden ist,	
2. über das Vermögen des Herstellers oder von dessen Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung ein Insolvenzverfahren eröffnet wird oder der Eröffnungsantrag mangels Masse abgewiesen wird.	
In den Fällen des Satzes 1 Nummer 2 ist bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Herstellers die Registrierung einschließlich der Registrierungsnummer zu widerrufen, sofern der Insolvenzverwalter oder bei Anordnung der Eigenverwaltung der Hersteller nicht unverzüglich gegenüber der zuständigen Behörde verbindlich erklärt, den Herstellerpflichten nach diesem Gesetz nachzukommen. Satz 2 gilt entsprechend, sofern im Fall der Bevollmächtigung das Insolvenzverfahren über das Vermögen des Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung eröffnet wird.	
(2) Ergänzend zu Artikel 58 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 kann die zuständige Behörde unbeschadet des § 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes die Zulassung einer Organisation für Herstellerverantwortung widerrufen, wenn die Organisation für Herstellerverantwortung nicht nur unwesentlich gegen eine	(2) Ergänzend zu Artikel 58 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 kann die zuständige Behörde unbeschadet des § 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes die Zulassung einer Organisation für Herstellerverantwortung widerrufen, wenn die Organisation für Herstellerverantwortung nicht nur unwesentlich gegen eine

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
Auflage nach § 8 Absatz 7 oder § 30 Absatz 6 Satz 2 oder eine Anordnung nach § 30 Absatz 6 Satz 1 oder § 38 Absatz 1 verstößt oder das in § 13 und Artikel 59 Absatz 3 und Artikel 60 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 bestimmte Sammelziel verfehlt.	Auflage nach § 8 Absatz 7 oder § 31 Absatz 6 Satz 2 oder eine Anordnung nach § 31 Absatz 6 Satz 1 oder § 41 Absatz 1 verstößt oder das in § 13 und Artikel 59 Absatz 3 und Artikel 60 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 bestimmte Sammelziel verfehlt.
(3) Die zuständige Behörde soll die Zulassung einer Organisation für Herstellerverantwortung widerrufen, wenn über das Vermögen der Organisation für Herstellerverantwortung das Insolvenzverfahren eröffnet wird oder der Eröffnungsantrag mangels Masse abgewiesen wird. Die Zulassung der Organisation für Herstellerverantwortung ist zu widerrufen, wenn die zuständige Behörde feststellt, dass der Betrieb der Organisation für Herstellerverantwortung eingestellt wurde.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Die zuständige Behörde ist im Fall der Hinterlegung von Geld als Sicherheitsleistung nach § 9 befugt, die Hinterlegungsstelle um Herausgabe des hinterlegten Geldes in Höhe nicht erfüllter Kostenerstattungsansprüche aus behördlichen Ersatzvornahmen an sich selbst und im Übrigen in Höhe des festgestellten Ausgleichsanspruchs nach § 30 Absatz 8 an die ausgleichsberechtigten Organisationen für Herstellerverantwortung zu ersuchen.	(4) Die zuständige Behörde ist im Fall der Hinterlegung von Geld als Sicherheitsleistung nach § 9 befugt, die Hinterlegungsstelle um Herausgabe des hinterlegten Geldes in Höhe nicht erfüllter Kostenerstattungsansprüche aus behördlichen Ersatzvornahmen an sich selbst und im Übrigen in Höhe des festgestellten Ausgleichsanspruchs nach § 31 Absatz 8 an die ausgleichsberechtigten Organisationen für Herstellerverantwortung zu ersuchen.
§ 33	§ 34
Vollständig automatisierter Erlass von Verwaltungsakten	Vollständig automatisierter Erlass von Verwaltungsakten
Verwaltungsakte der zuständigen Behörde nach den §§ 30 bis 32 und 38 Absatz 1 können unbeschadet des § 24 Absatz 1 Satz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes vollständig durch automatische Einrichtungen erlassen werden, sofern kein Anlass besteht, den Einzelfall durch Amtsträger zu bearbeiten.	Verwaltungsakte der zuständigen Behörde nach den §§ 31 bis 33 und 41 Absatz 1 können unbeschadet des § 24 Absatz 1 Satz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes vollständig durch automatische Einrichtungen erlassen werden, sofern kein Anlass besteht, den Einzelfall durch Amtsträger zu bearbeiten.

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
	A b s c h n i t t 2
	A l t b a t t e r i e k o m m i s s i o n
	§ 35
	Einrichtung, Aufgaben und Verfahren
	(1) Es wird eine Altbatteriekommission eingerichtet. Sie berät die zuständige Behörde bei
	1. Fragen zu technischen Standards der Verwertung von Batterien, die in andere Produkte eingebaut sind, zur Ermittlung der Beteiligungsmenge nach § 7 Absatz 2,
	2. Maßnahmen zur Verbesserung der flächendeckenden Sammlung von Altbatterien nach § 8 Absatz 2 Nummer 1 und Absatz 3 Nummer 1,
	3. Fragen der technischen Einordnung von Batterien in die jeweilige Batteriekategorie nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 9 und 11 bis 14 der Verordnung (EU) 2023/1542,
	4. der Ermittlung der Ausgleichssätze nach § 31 Absatz 7 Satz 1 und
	5. der Ermittlung der durchschnittlichen Kosten nach § 31 Absatz 7 Satz 5.
	Die zuständige Behörde unterstützt die Altbatteriekommission bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben durch eine Geschäftsstelle. Die Geschäftsstelle ist für die Einberufung und Organisation der Sitzungen verantwortlich.
	(2) Die Beratung durch die Altbatteriekommission erfolgt in Form von Empfehlungen. Die Empfehlungen werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen beschlossen. Einzelheiten hierzu werden in der Geschäftsordnung nach Absatz 4 geregelt. Entscheidungen in den Verfahren nach Absatz 1 Satz 2, die von Empfehlungen der Altbatteriekommission abweichen, sind zu begründen.

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
	(3) Die zuständige Behörde kann die Altbatteriekommission auffordern, innerhalb einer angemessenen Frist eine Empfehlung abzugeben. Wird innerhalb dieser Frist keine Empfehlung abgegeben, werden die Verfahren nach Absatz 1 Satz 2 ohne Mitwirkung der Altbatteriekommission fortgesetzt.
	(4) Die Altbatteriekommission gibt sich eine Geschäftsordnung und nimmt diese mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen an. Die Geschäftsordnung bedarf der Zustimmung der zuständigen Behörde. Mit der Zustimmung der zuständigen Behörde ist die Altbatteriekommission eingerichtet. Die zuständige Behörde kann die Altbatteriekommission auffordern, innerhalb einer angemessenen Frist eine Geschäftsordnung zur Zustimmung vorzulegen. Wird innerhalb dieser Frist keine Geschäftsordnung vorgelegt, werden die Verfahren nach Absatz 1 Satz 2 ohne Mitwirkung der Altbatteriekommission fortgesetzt.
	§ 36
	Besetzung und Benennung
	(1) Die Altbatteriekommission besteht aus zwölf Mitgliedern. Die Mitglieder verteilen sich wie folgt:
	1. drei Vertreter der Hersteller und Händler,
	2. drei Vertreter der Organisationen für Herstellerverantwortung,
	3. ein Vertreter der kommunalen Entsorgungswirtschaft,
	4. ein Vertreter der kommunalen Spitzenverbände,
	5. ein Vertreter der privaten Entsorgungswirtschaft,
	6. zwei Vertreter der überlassungspflichtigen Dritten und
	7. ein Vertreter der Umwelt- oder Verbraucherschutzverbände.
	Die Tätigkeit der Mitglieder ist ehrenamtlich. Eine Vergütung oder Erstattung von Auslagen wird nicht gewährt.

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
	(2) Die jeweiligen Verbände und sonstigen Interessenvertreter benennen der zuständigen Behörde die Mitglieder und Stellvertretungen. Dazu fordert die zuständige Behörde die Verbände und sonstigen Interessenvertreter auf, innerhalb einer Frist eine einvernehmliche Benennung der Mitglieder und Stellvertretungen vorzunehmen. Wird innerhalb dieser Frist keine einvernehmliche Benennung vorgenommen, werden die jeweiligen Mitglieder und Stellvertretungen durch die zuständige Behörde benannt. Einzelheiten werden in der Geschäftsordnung nach § 35 Absatz 4 Satz 1 geregelt.
<i>A b s c h n i t t 2</i>	<i>A b s c h n i t t 3</i>
B e l e i h u n g	B e l e i h u n g
§ 34	§ 37
Ermächtigung zur Beleihung	Ermächtigung zur Beleihung
(1) Die zuständige Behörde wird ermächtigt, die Gemeinsame Stelle nach § 5 des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes mit den Aufgaben und Befugnissen nach § 5 Absatz 1 Satz 6 und Absatz 2 Satz 2 bis 4, § 8 Absatz 1 Satz 3 und 6, Absatz 4 Satz 4 und 6 und Absatz 7 und 9, § 9 Absatz 4, den §§ 30 bis 33 und § 38 Absatz 1, auch in Verbindung mit § 38 Absatz 2 und dem Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542 zu beleihen. Die Aufgaben schließen die Vollstreckung, die Rücknahme und den Widerruf der hierzu ergehenden Verwaltungsakte ein. Die zu beleihende Gemeinsame Stelle hat die notwendige Gewähr für die ordnungsgemäße Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben zu bieten. Sie bietet die notwendige Gewähr, wenn	(1) Die zuständige Behörde wird ermächtigt, die Gemeinsame Stelle nach § 5 des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes mit den Aufgaben und Befugnissen nach § 5 Absatz 1 Satz 6 und Absatz 2 Satz 2 bis 4, § 8 Absatz 1 Satz 3 und 6, Absatz 4 Satz 4 und 6 und Absatz 7 und 9, § 9 Absatz 4, den §§ 31 bis 35 Absatz 1 Satz 3, Absatz 3 und 4, § 36 Absatz 2 und § 41 Absatz 1, auch in Verbindung mit § 41 Absatz 2 und dem Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542 zu beleihen. Die Aufgaben schließen die Vollstreckung, die Rücknahme und den Widerruf der hierzu ergehenden Verwaltungsakte ein. Die zu beleihende Gemeinsame Stelle hat die notwendige Gewähr für die ordnungsgemäße Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben zu bieten. Sie bietet die notwendige Gewähr, wenn
1. die Personen, die nach Gesetz, nach dem Gesellschaftsvertrag oder nach der Satzung die Geschäftsführung und Vertretung ausüben, zuverlässig und fachlich geeignet sind,	1. u n v e r ä n d e r t
2. die zu beleihende Gemeinsame Stelle die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendige Ausstattung und Organisation hat und	2. u n v e r ä n d e r t
3. sichergestellt ist, dass die Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten sowie zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen eingehalten werden.	3. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
(2) Die zuständige Behörde kann der beliebigen Gemeinsamen Stelle die Befugnis übertragen, für die Erfüllung der in Absatz 1 genannten Aufgaben Gebühren und Auslagen nach dem Bundesgebührengesetz vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 21. November 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 315) geändert worden ist, zu erheben und festzulegen, wie die Gebühren und Auslagen vom Gebührenschuldner zu zahlen sind. Soweit bei der Beliebigen im Rahmen der Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 Aufwand für nicht individuelle zurechenbare öffentliche Leistungen oder sonstiger Aufwand entsteht, der nicht durch die Gebühren- und Auslagenerhebung der Beliebigen gedeckt ist, oder soweit die Befugnis nach Satz 1 nicht übertragen wird, ersetzt die zuständige Behörde der Beliebigen die für die Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 entstehenden Kosten und Auslagen.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Die Beleihung ist durch die zuständige Behörde im Bundesanzeiger bekannt zu machen.	(3) u n v e r ä n d e r t
§ 35	§ 38
Aufsicht über die Beliebige	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Beliebige untersteht der Rechts- und Fachaufsicht der zuständigen Behörde.	
(2) Erfüllt die Beliebige die ihr übertragenen Aufgaben nicht oder nicht ausreichend, ist die zuständige Behörde befugt, die Aufgaben selbst durchzuführen oder im Einzelfall durch einen Beauftragten durchführen zu lassen.	
(3) Die zuständige Behörde kann von der Beliebigen Ersatz für die Kosten verlangen, die ihr für die Rechts- und Fachaufsicht nach Absatz 1 entstehen. Der Anspruch darf der Höhe nach die im Haushaltsplan des Bundes für die Durchführung der Rechts- und Fachaufsicht veranschlagten Einnahmen nicht übersteigen.	
§ 36	§ 39
Beendigung der Beleihung	Beendigung der Beleihung
(1) Die Beleihung endet, wenn die Beliebige aufgelöst ist.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Die zuständige Behörde kann unbeschadet des § 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes die Beleihung widerrufen, wenn die Beliebige die übertragenen Aufgaben nicht sachgerecht wahrnimmt.	(2) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
(3) Die Beliehene kann die Beendigung der Beleihung jederzeit schriftlich von der zuständigen Behörde verlangen. Dem Begehren der Beliehenen ist innerhalb einer Frist, die zur Übernahme und Fortführung der Aufgabenerfüllung nach § 5 Absatz 1 Satz 6 und Absatz 2 Satz 2 bis 4, § 8 Absatz 1 Satz 3 und 6, Absatz 4 Satz 4 und 6 und Absatz 7 und 9, § 9 Absatz 4, den §§ 30 bis 33 und § 38 Absatz 1 durch die zuständige Behörde erforderlich ist, zu entsprechen.	(3) Die Beliehene kann die Beendigung der Beleihung jederzeit schriftlich von der zuständigen Behörde verlangen. Dem Begehren der Beliehenen ist innerhalb einer Frist, die zur Übernahme und Fortführung der Aufgabenerfüllung nach § 5 Absatz 1 Satz 6 und Absatz 2 Satz 2 bis 4, § 8 Absatz 1 Satz 3 und 6, Absatz 4 Satz 4 und 6 und Absatz 7 und 9, § 9 Absatz 4, den §§ 31 bis 35 Absatz 1 Satz 3, Absatz 3 und 4, § 36 Absatz 2 und § 41 Absatz 1 durch die zuständige Behörde erforderlich ist, zu entsprechen.
Kapitel 7	Kapitel 7
Beauftragung Dritter, Vollzug	Beauftragung Dritter, Vollzug
§ 37	§ 40
Beauftragung Dritter und Bevollmächtigung	u n v e r ä n d e r t
(1) Die nach der Verordnung (EU) 2023/1542 und nach diesem Gesetz Verpflichteten können Dritte mit der Erfüllung ihrer Pflichten beauftragen. Ihre Verantwortlichkeit für die Erfüllung der Pflichten bleibt hiervon unberührt und so lange bestehen, bis die Entsorgung endgültig und ordnungsgemäß abgeschlossen ist. Die beauftragten Dritten müssen über die erforderliche Zuverlässigkeit verfügen.	
(2) Hersteller, die keine Niederlassung im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben, haben einen Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung mit der Wahrnehmung ihrer Verpflichtungen nach Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542 und Teil 2 dieses Gesetzes zu beauftragen. Die Aufgabenerfüllung durch den Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung erfolgt im eigenen Namen. Jeder Hersteller darf nur einen Bevollmächtigten für die erweiterte Herstellerverantwortung beauftragen. Die Beauftragung nach Satz 1 hat schriftlich und in deutscher Sprache zu erfolgen.	
§ 38	§ 41
Vollzug	u n v e r ä n d e r t
(1) Die zuständige Behörde soll gegenüber den Organisationen für Herstellerverantwortung die Anordnungen treffen, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Vorgaben nach Artikel 58 Absatz 2 der Ver-	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
ordnung (EU) 2023/1542 in Verbindung mit § 8 Absatz 1 bis 3 und § 13 sowie die Einhaltung der Verwertungsanforderungen nach Artikel 70 bis 72 der Verordnung (EU) 2023/1542 und § 23 dauerhaft sicherzustellen.	
(2) Für den Vollzug dieses Gesetzes sind die § 47 Absatz 1 bis 6 und § 62 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes entsprechend anzuwenden. Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Absatz 1 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.	
Teil 3	Teil 3
Beteiligung von Bundesbehörden an Verfahren zur Änderung von Beschränkungen für Stoffe	Beteiligung von Bundesbehörden an Verfahren zur Änderung von Beschränkungen für Stoffe
§ 39	§ 42
Beteiligung der Bundesbehörden an Beschränkungsverfahren für Stoffe	u n v e r ä n d e r t
(1) Bei der Durchführung von Beschränkungsverfahren für Stoffe nach Artikel 86 der Verordnung (EU) 2023/1542 wirken mit:	
1. die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, die insoweit der Fachaufsicht des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit unterliegt, als Bundesstelle für Chemikalien,	
2. das Umweltbundesamt als Bewertungsstelle Umwelt,	
3. das Bundesinstitut für Risikobewertung, das insoweit der Fachaufsicht des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit unterliegt, als Bewertungsstelle Gesundheit und Verbraucherschutz,	
4. die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, die insoweit der Fachaufsicht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales unterliegt, als Bewertungsstelle für Sicherheit und Gesundheitsschutz der Beschäftigten und	
5. die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung, die insoweit der Fachaufsicht des Bundes-	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
ministeriums für Wirtschaft und Energie unterliegt, als Bewertungsstelle für Materialsicherheit.	
(2) Die Bundesstelle für Chemikalien ist für die Vorbereitung von Dossiers zur Einleitung von Beschränkungsverfahren nach Artikel 86 Absatz 3 und 4 der Verordnung (EU) 2023/1542 zuständig. Die Bundesstelle für Chemikalien übermittelt das Beschränkungsossier dem Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit informiert die betroffenen Bundesministerien und gibt ihnen die Gelegenheit zur Stellungnahme binnen einer Frist von vier Wochen. Anschließend informiert das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit die betroffenen Bundesministerien über etwaige Rückmeldungen der betroffenen Bundesministerien und das vorgesehene weitere Vorgehen.	
(3) Die Bewertungsstellen unterstützen die Bundesstelle für Chemikalien bei deren Aufgabe nach Absatz 2 durch die eigenverantwortliche und abschließende Durchführung der ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich betreffenden Bewertungsaufgaben. Die Bewertungsstellen unterstützen sich gegenseitig durch fachliche Stellungnahmen, sofern dies für die Wahrnehmung ihrer Aufgabe erforderlich ist.	
(4) Fachlicher Zuständigkeitsbereich der Bewertungsstelle Umwelt ist die umweltbezogene Risikobewertung einschließlich der Bewertung von Risikominderungsmaßnahmen.	
(5) Fachlicher Zuständigkeitsbereich der Bewertungsstelle Gesundheit und Verbraucherschutz ist die gesundheitsbezogene Risikobewertung einschließlich der Bewertung von Risikominderungsmaßnahmen.	
(6) Fachlicher Zuständigkeitsbereich der Bewertungsstelle für Sicherheit und Gesundheitsschutz der Beschäftigten ist die arbeitsschutzbezogene Risikobewertung einschließlich der Bewertung von Risikominderungsmaßnahmen.	
(7) Fachlicher Zuständigkeitsbereich der Bewertungsstelle für Materialsicherheit ist die materialtechnische Risikobewertung einschließlich der Bewertung von Risikominderungsmaßnahmen.	
(8) Die Bundesstelle für Chemikalien koordiniert das Zusammenwirken der unter Absatz 1 genannten Bewertungsstellen und wirkt auf die Schlüssigkeit und Widerspruchsfreiheit der Gesamtposition hin. Sie	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
entscheidet über die Gesamtposition, sofern im Einzelfall deren Schlüssigkeit und Widerspruchsfreiheit anders nicht erreicht werden kann und die Abgabe einer Stellungnahme keinen Aufschub duldet. Entscheidungen nach Satz 2, in denen die Bundesstelle für Chemikalien von der Bewertung einer Bewertungsstelle abweicht, bedürfen einer eingehenden Begründung, die aktenkundig zu machen und den Bewertungsstellen zuzuleiten ist. Die Bundesstelle für Chemikalien vertritt die Gesamtposition nach außen. Sie zieht dabei Vertreter der anderen beteiligten Bundesoberbehörden zur Unterstützung hinzu, sofern sie es für erforderlich hält oder diese es verlangen.	
(9) Die Bundesstelle für Chemikalien beteiligt im Einzelfall weitere Bundesoberbehörden, sofern bei diesen besondere Fachkenntnisse zu Einzelaspekten der Bewertung von Stoffen zu Zwecken der Verordnung (EU) 2023/1542 vorhanden sind und die betreffende Fragestellung von den in Absatz 1 genannten Behörden nicht abschließend beurteilt werden kann.	
T e i l 4	T e i l 4
K o n f o r m i t ä t s b e w e r t u n g	K o n f o r m i t ä t s b e w e r t u n g
Kapitel 1	Kapitel 1
Bestimmungen über die notifizierende Behörde	Bestimmungen über die notifizierende Behörde
§ 40	§ 43
Notifizierende Behörde	u n v e r ä n d e r t
Die Länder haben in ihrer Zuständigkeit eine Behörde einzurichten, die die Aufgaben der notifizierenden Behörde nach Artikel 22 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 wahrnimmt und den Anforderungen des Artikels 23 der Verordnung (EU) 2023/1542 entspricht.	
§ 41	§ 44
Aufgaben der notifizierenden Behörde	Aufgaben der notifizierenden Behörde
(1) Die notifizierende Behörde führt die Notifizierung von Konformitätsbewertungsstellen durch. Sie	(1) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
hat hierfür die erforderlichen Verfahren einzurichten und durchzuführen.	
(2) Die notifizierende Behörde übermittelt der Akkreditierungsstelle nach § 42 Absatz 1 Satz 1 und den zuständigen Marktüberwachungsbehörden auf Anforderung die Informationen, die für deren Aufgabenerfüllung erforderlich sind. Dazu gehören insbesondere die Notifizierungsbescheide und sonstige Informationen, die Einfluss auf die Durchführung der Tätigkeiten als notifizierte Stelle haben.	(2) Die notifizierende Behörde übermittelt der Akkreditierungsstelle nach § 45 Absatz 1 Satz 1 und den zuständigen Marktüberwachungsbehörden auf Anforderung die Informationen, die für deren Aufgabenerfüllung erforderlich sind. Dazu gehören insbesondere die Notifizierungsbescheide und sonstige Informationen, die Einfluss auf die Durchführung der Tätigkeiten als notifizierte Stelle haben.
§ 42	§ 45
Aufgaben und Befugnisse der Akkreditierungsstelle	u n v e r ä n d e r t
(1) Bewertung von Konformitätsbewertungsstellen und Überwachung von notifizierten Stellen erfolgen durch die Stelle, die auch für die Akkreditierung nach dem Akkreditierungsstellengesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2625), das zuletzt durch Artikel 47 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist, zuständig ist (Akkreditierungsstelle). Bewertung und Überwachung erfolgen im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 und dem Akkreditierungsstellengesetz.	
(2) Der Geltungsbereich der Akkreditierung und deren technischer Umfang für notifizierte Stellen umfasst, dass	
1. Konformitätsbewertungsstellen für die Bewertung der Konformität nach Artikel 17 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 von Batterien, die serienmäßig hergestellt werden, für Modul D1 die Anforderungen der DIN EN ISO/IEC 17065 ² erfüllen und die Evaluierungskompetenzen gemäß DIN EN ISO/IEC 17020 ³ , EN ISO/IEC 17029 ⁴ und DIN EN ISO/IEC 17021-1 ⁵ einschließen und bei nicht serienmäßig hergestellten Batterien für Modul G die Anforderungen der DIN EN ISO/IEC 17065 erfüllen und die Evaluierungskompetenzen gemäß DIN EN ISO/IEC	

² Konformitätsbewertung – Anforderungen an Stellen, die Produkte, Prozesse und Dienstleistungen zertifizieren, Ausgabe Januar 2013, zu beziehen über DIN Media GmbH, Berlin

³ Konformitätsbewertung – Anforderungen an den Betrieb verschiedener Typen von Stellen, die Inspektionen durchführen, Ausgabe Juli 2012, zu beziehen über DIN Media GmbH, Berlin

⁴ Konformitätsbewertung – Allgemeine Grundsätze und Anforderungen an Validierungs- und Verifizierungsstellen, Ausgabe Februar 2020, zu beziehen über DIN Media GmbH, Berlin

⁵ Konformitätsbewertung – Anforderungen an Stellen, die Managementsysteme auditieren und zertifizieren – Teil 1: Anforderungen, Ausgabe November 2015, zu beziehen über DIN Media GmbH, Berlin

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
17020, DIN EN ISO/IEC 17029 und DIN EN ISO/IEC 17025 ⁶ einschließen müssen;	
2. Konformitätsbewertungsstellen für die Bewertung der Konformität nach Artikel 17 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 von Batterien für Modul D1 die Anforderungen der DIN EN ISO/IEC 17065 erfüllen und die Evaluierungskompetenzen gemäß DIN EN ISO/IEC 17020, DIN EN ISO/IEC 17029 und DIN EN ISO/IEC 17021-1 einschließen und für Modul G die Anforderungen der DIN EN ISO/IEC 17065 erfüllen und die Evaluierungskompetenzen gemäß DIN EN ISO/IEC 17020, DIN EN ISO/IEC 17029 und DIN EN ISO/IEC 17025 einschließen müssen;	
3. Konformitätsbewertungsstellen, die eine unabhängige Überprüfung der Sorgfaltspflichten nach Artikel 51 der Verordnung (EU) 2023/1542 durchführen, die Anforderungen der EN ISO/IEC 17065 erfüllen und die Evaluierungskompetenzen gemäß EN ISO/IEC 17020, EN ISO/IEC 17029 und EN ISO/IEC 17021-1 einschließen müssen.	
(3) Die Akkreditierung im Rahmen der Bewertung nach Absatz 1 kann unter Auflagen oder mit Widerrufsvorbehalt erteilt werden und ist auf fünf Jahre zu befristen.	
(4) Die Akkreditierungsstelle trifft die Anordnungen, die zur Beseitigung festgestellter Mängel oder zur Verhinderung künftiger Verstöße notwendig sind.	
Kapitel 2	Kapitel 2
Notifizierungsverfahren	Notifizierungsverfahren
§ 43	§ 46
Anträge auf Notifizierung, Erteilung der Befugnis	Anträge auf Notifizierung, Erteilung der Befugnis
(1) Eine Konformitätsbewertungsstelle kann bei der notifizierenden Behörde die Befugnis beantragen, als notifizierte Stelle tätig werden zu dürfen. Dem Antrag sind die Unterlagen nach Artikel 28 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 beizufügen. Artikel 28 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 gilt mit der Maßgabe, dass zwingend eine Akkreditierungsurkunde vorzulegen ist.	(1) u n v e r ä n d e r t

⁶ Allgemeine Anforderungen an die Kompetenz von Prüf- und Kalibrierlaboratorien, Ausgabe März 2018, zu beziehen über DIN Media GmbH, Berlin

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
(2) Die notifizierende Behörde erteilt die Befugnis, als notifizierte Stelle tätig werden zu dürfen, wenn die Konformitätsbewertungsstelle für die jeweiligen Tätigkeiten nach § 42 Absatz 2 akkreditiert ist. Anschließend notifiziert die notifizierende Behörde die Konformitätsbewertungsstelle mit Hilfe des elektronischen Notifizierungsinstruments, das von der Europäischen Kommission entwickelt und verwaltet wird.	(2) Die notifizierende Behörde erteilt die Befugnis, als notifizierte Stelle tätig werden zu dürfen, wenn die Konformitätsbewertungsstelle für die jeweiligen Tätigkeiten nach § 45 Absatz 2 akkreditiert ist. Anschließend notifiziert die notifizierende Behörde die Konformitätsbewertungsstelle mit Hilfe des elektronischen Notifizierungsinstruments, das von der Europäischen Kommission entwickelt und verwaltet wird.
(3) Die Befugnis nach Absatz 2 ist unter der aufschiebenden Bedingung zu erteilen, dass weder die Europäische Kommission noch die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union innerhalb von zwei Wochen nach der Notifizierung Einwände erheben. Die Befugnis kann unter weiteren Bedingungen und unter Auflagen oder Widerrufsvorbehalt erteilt werden. Sie kann befristet und mit dem Vorbehalt des Widerrufs sowie dem Vorbehalt nachträglicher Auflagen erteilt werden.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Stellen, die der Europäischen Kommission und den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union aufgrund von Artikel 29 Absatz 2 und 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 mitgeteilt worden sind, stehen in dem mitgeteilten Umfang einer notifizierten Stelle gleich.	(4) u n v e r ä n d e r t
§ 44	§ 47
Einspruch gegen Entscheidungen notifizierter Stellen	u n v e r ä n d e r t
Die notifizierten Stellen haben sicherzustellen, dass Wirtschaftsakteuren ein transparentes und zugängliches Einspruchsverfahren nach Artikel 34 der Verordnung (EU) 2023/1542 gegen ihre Entscheidungen zur Verfügung steht. Die Funktionsweise des Einspruchsverfahrens wird durch die Akkreditierungsstelle überwacht. Die notifizierten Stellen informieren die notifizierende Behörde und die Akkreditierungsstelle über das vorgesehene Verfahren bei der Antragsstellung auf Notifizierung sowie auf Nachfrage über jeden Einspruch und die Entscheidung hierüber.	
§ 45	§ 48
Sprache der Anleitungen, der Informationen und der EU-Konformitätserklärungen	u n v e r ä n d e r t
(1) Folgende Unterlagen sind durch die Wirtschaftsakteure in deutscher Sprache abzufassen:	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
1. die Betriebsanleitung und Sicherheitsinformationen nach Artikel 38 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2023/1542 sowie	
2. die Kontaktangaben nach Artikel 38 Absatz 7 sowie nach Artikel 41 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542, sofern diese nicht in lateinischer Schrift abgefasst sind.	
(2) Eine unterzeichnete Version der EU-Konformitätserklärung nach Artikel 18 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 muss nach Wahl des Herstellers entweder in deutscher oder englischer Sprache vorgehalten werden. Sie ist auf Verlangen der zuständigen Behörde in die deutsche Sprache zu übersetzen.	
(3) Die Händler müssen nach Artikel 42 Absatz 2 Buchstabe c der Verordnung (EU) 2023/1542 überprüfen, ob die Anleitung und die Informationen, die der Batterie beigelegt sind, in deutscher Sprache abgefasst sind.	
Kapitel 3	Kapitel 3
Überwachung	Überwachung
§ 46	§ 49
Unterrichtung bei Nichtkonformität einer Batterie	u n v e r ä n d e r t
Die Unterrichtung bei Nichtkonformität einer Batterie nach Artikel 79 Absatz 2 und 4 Unterabsatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 hat die Marktüberwachungsbehörde unverzüglich über die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin vorzunehmen.	
§ 47	§ 50
Maßnahmen bei Nichtkonformität einer Batterie in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union	u n v e r ä n d e r t
(1) Erhält die Marktüberwachungsbehörde nach Artikel 79 Absatz 4 Unterabsatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 Informationen darüber, dass in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union eine vorläufige Maßnahme nach Artikel 79 Absatz 4 Unterabsatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 getroffen worden ist, und hält die Marktüberwachungsbehörde diese Maßnahme für gerechtfertigt, so hat die Marktüberwachungsbehörde alle geeigneten vorläufigen	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
Maßnahmen zu treffen. Sie hat die Europäische Kommission und die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin unverzüglich zu unterrichten über	
1. die geeigneten vorläufigen Maßnahmen, die sie getroffen hat, sowie	
2. alle weiteren ihr vorliegenden Informationen hinsichtlich der Nichtkonformität der Batterie.	
(2) Sofern die Marktüberwachungsbehörde die von dem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union getroffene vorläufige Maßnahme nicht für gerechtfertigt hält, hat sie die Europäische Kommission und die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin darüber innerhalb der in Artikel 79 Absatz 7 der Verordnung (EU) 2023/1542 genannten Frist von drei Monaten zu unterrichten und ihre Einwände anzugeben.	
(3) Hält die Europäische Kommission die Einwände der Marktüberwachungsbehörde nach Absatz 2 für nicht gerechtfertigt, so hat die Marktüberwachungsbehörde die erforderlichen Maßnahmen zu treffen und über die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin die Europäische Kommission über die getroffenen Maßnahmen zu unterrichten.	
§ 48	§ 51
Unterrichtung bei Risiken trotz Konformität einer Batterie	u n v e r ä n d e r t
Die Unterrichtung bei Risiken trotz Konformität einer Batterie nach Artikel 81 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 hat die Marktüberwachungsbehörde unverzüglich über die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin an die Europäische Kommission und an die übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union vorzunehmen.	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
Teil 5	Teil 5
Sorgfaltspflichten in der Lieferkette	Sorgfaltspflichten in der Lieferkette
§ 49	§ 52
Zuständige Behörde für die Durchführung von Kapitel VII der Verordnung (EU) 2023/1542	u n v e r ä n d e r t
(1) Zuständige Behörde zur Durchführung von Kapitel VII der Verordnung (EU) 2023/1542 ist das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle.	
(2) Für die Aufgaben nach diesem Gesetz obliegt die Rechts- und Fachaufsicht über das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle dem Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit.	
§ 50	§ 53
Aufgaben der zuständigen Behörde und Eingriffsbefugnisse	Aufgaben der zuständigen Behörde und Eingriffsbefugnisse
(1) Dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle obliegt die Durchführung von Kapitel VII der Verordnung (EU) 2023/1542 und der auf Grundlage von Artikel 48 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 erlassenen delegierten Rechtsakte sowie die Durchführung von Teil 5 dieses Gesetzes und der aufgrund von § 56 Absatz 2 erlassenen Rechtsverordnungen.	(1) Dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle obliegt die Durchführung von Kapitel VII der Verordnung (EU) 2023/1542 und der auf Grundlage von Artikel 48 Absatz 8 der Verordnung (EU) 2023/1542 erlassenen delegierten Rechtsakte sowie die Durchführung von Teil 5 dieses Gesetzes und der aufgrund von § 59 Absatz 2 erlassenen Rechtsverordnungen.
(2) Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle trifft die geeigneten und erforderlichen Anordnungen und Maßnahmen zur	(2) u n v e r ä n d e r t
1. Feststellung von Verstößen gegen die in Absatz 1 genannten Rechtsakte,	
2. Beseitigung festgestellter Verstöße und	
3. Verhinderung zukünftiger Verstöße.	
(3) Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle kann insbesondere	(3) Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle kann insbesondere
1. den Wirtschaftsakteuren, den Inhabern der Unternehmen der Wirtschaftsakteure und ihrer Vertretung und bei juristischen Personen, Gesellschaften und nicht rechtsfähigen Vereinen den nach Gesetz	1. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
oder Satzung zur Vertretung berufenen Personen aufgeben, die zur Kontrolle notwendigen Unterlagen, die zum Nachweis der Einhaltung der Pflichten im Sinne der Artikel 48 bis 50 sowie des Artikels 52 der Verordnung (EU) 2023/1542 in der Fassung vom 13. Juni 2024 geeignet sind, vorzulegen,	
2. Personen laden und von ihnen nach Maßgabe des § 53 Auskünfte verlangen,	2. Personen laden und von ihnen nach Maßgabe des § 56 Auskünfte verlangen,
3. die Offenlegung oder Veröffentlichung von Informationen entsprechend Artikel 49 Absatz 1 Buchstabe a, Artikel 50 Absatz 2 und Artikel 52 der Verordnung (EU) 2023/1542 in der Fassung vom 13. Juni 2024 anordnen,	3. u n v e r ä n d e r t
4. dem betroffenen Wirtschaftsakteur konkrete Handlungen und Maßnahmen zur Erfüllung seiner Pflichten aufgeben,	4. u n v e r ä n d e r t
5. dem betroffenen Wirtschaftsakteur aufgeben, innerhalb eines von dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle bestimmten Zeitraums ab Bekanntgabe der Anordnung einer Maßnahme einen Plan, einschließlich eines Zeitplans zur Umsetzung der Maßnahme, vorzulegen,	5. u n v e r ä n d e r t
6. die erforderlichen Anordnungen und Maßnahmen treffen, um festzustellen, ob der betroffene Wirtschaftsakteur eine ihm aufgegebene Maßnahme angemessen und innerhalb des ihm vorgegebenen Zeitraums umgesetzt hat,	6. u n v e r ä n d e r t
7. dem betroffenen Wirtschaftsakteur nach Feststellung eines Verstoßes und Anordnung einer Maßnahme zusätzlich aufgeben,	7. u n v e r ä n d e r t
a) auf seine Kosten innerhalb eines bestimmten Zeitraums erneut eine Prüfung durch eine notifizierte Stelle nach Artikel 51 der Verordnung (EU) 2023/1542 in der Fassung vom 13. Juni 2024 vornehmen zu lassen, bei der insbesondere die Umsetzung der Maßnahme zu berücksichtigen ist, und	
b) dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle den Prüfbericht der notifizierten Stelle zur erneuten Kontrolle zukommen zu lassen,	
8. bei Fortbestehen eines Verstoßes und wenn es keine wirksame Möglichkeit zur Abstellung des Verstoßes gibt, die Menge der vom Wirtschaftsakteur auf dem Markt bereitgestellten Batterien	8. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
beschränken oder die Bereitstellung ganz untersagen oder	
9. bei einem schweren Verstoß die Rücknahme oder den Rückruf der vom Wirtschaftsakteur auf dem Markt bereitgestellten Batterien anordnen.	9. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
(4) Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle kann die Zollbehörden um Informationen einschließlich personenbezogener Daten, die die Zollbehörden bei der Überlassung von Batterien zum zollrechtlich freien Verkehr erlangt haben, ersuchen und diese Daten verarbeiten, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgabe nach Teil 5 dieses Gesetzes erforderlich ist.	(4) <i>u n v e r ä n d e r t</i>
<i>§ 51</i>	<i>§ 54</i>
Tätigwerden der zuständigen Behörde	<i>u n v e r ä n d e r t</i>
(1) Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle wird von Amts wegen nach pflichtgemäßem Ermessen tätig, um	
1. die Einhaltung der Pflichten nach Artikel 48 bis 52 der Verordnung (EU) 2023/1542 zu kontrollieren und	
2. Verstöße gegen Pflichten nach Nummer 1 festzustellen, zu beseitigen und zu verhindern.	
(2) Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle hat einmal jährlich über die Umsetzung der Vorgaben aus Kapitel VII der Verordnung (EU) 2023/1542 im jeweils vorausgegangenen Kalenderjahr zu berichten. Der Bericht soll auf festgestellte Verstöße und angeordnete Abhilfemaßnahmen hinweisen und diese erläutern, ohne die von den konkret genannten Abhilfemaßnahmen betroffenen Wirtschaftsakteure zu benennen. Der Bericht nach Satz 1 ist erstmals in dem Jahr vorzulegen, das auf das in Artikel 48 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 genannte Datum folgt, und auf der Webseite des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle zu veröffentlichen.	
<i>§ 52</i>	<i>§ 55</i>
Datenübermittlung an das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle	<i>u n v e r ä n d e r t</i>
(1) Die Zollbehörden übermitteln dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle auf deren Ersuchen die für die Erfüllung ihrer Aufgaben nach Teil 5 dieses Gesetzes erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten, die sie bei der	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
Überlassung von Batterien zum zollrechtlich freien Verkehr erlangt haben. Das Steuergeheimnis nach § 30 der Abgabenordnung steht einer Weitergabe der Daten nicht entgegen.	
(2) Für den Datenaustausch und die Datenerfassung, die zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1542 notwendig sind, kann das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle elektronische Systeme einsetzen.	
§ 53	§ 56
Auskunftspflichten	Auskunftspflichten
(1) Wirtschaftsakteure und nach § 50 Absatz 3 Nummer 2 geladene Personen sind verpflichtet, dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle auf Verlangen die Auskünfte zu erteilen und die Unterlagen herauszugeben, die das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle zur Durchführung der ihr durch Teil 5 dieses Gesetzes übertragenen Aufgaben benötigt.	(1) Wirtschaftsakteure und nach § 53 Absatz 3 Nummer 2 geladene Personen sind verpflichtet, dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle auf Verlangen die Auskünfte zu erteilen und die Unterlagen herauszugeben, die das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle zur Durchführung der ihr durch Teil 5 dieses Gesetzes übertragenen Aufgaben benötigt.
(2) Die zu erteilenden Auskünfte und herauszugebenden Unterlagen nach Absatz 1 umfassen insbesondere	(2) u n v e r ä n d e r t
1. die Angaben und Nachweise zur Feststellung, ob ein Wirtschaftsakteur in den Anwendungsbereich von Kapitel VII der Verordnung (EU) 2023/1542 fällt,	
2. die Angaben über die Erstellung einer Unternehmensstrategie zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten, die den Anforderungen nach Artikel 49 Absatz 1 Buchstabe a und b der Verordnung (EU) 2023/1542 entspricht,	
3. die Namen der Personen, die nach Artikel 49 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) 2023/1542 benannt wurden, um die internen Prozesse zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten in der Lieferkette zu überwachen,	
4. die Art und Weise der Risikoermittlung,	
5. vorhandene Beschwerdemechanismen und Frühwarnsysteme zur Risikoerkennung,	
6. die konkrete Risikobewertung einschließlich der Grundlagen dieser Risikobewertung,	
7. die Strategien nach Artikel 50 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2023/1542 zur Ver-	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
hinderung, Minimierung und Beseitigung negativer Auswirkungen aus ermittelten Risiken,	
8. die Systeme zur Rückverfolgbarkeit der Lieferkette,	
9. die Art und Weise, in der die Prüfungen der Einhaltung der Sorgfaltspflichten durch eine notifizierte Stelle nach Artikel 51 der Verordnung (EU) 2023/1542 durchgeführt werden sowie deren Inhalt und Ergebnis,	
10. die Erfüllung der von Artikel 49 Absatz 1 Buchstabe a, Artikel 50 Absatz 2 und Artikel 52 der Verordnung (EU) 2023/1542 vorgegebenen Informations- und Offenlegungspflichten und	
11. den Plan zur Umsetzung einer eigenen oder angeordneten Abhilfemaßnahme sowie Informationen zu dessen Umsetzung und den daraus resultierenden Ergebnissen.	
(3) Wer zur Auskunft nach Absatz 1 verpflichtet ist, kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 383 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde. Die auskunftspflichtige Person ist über ihr Recht zur Verweigerung der Auskunft zu belehren. Sonstige gesetzliche Auskunfts- oder Aussageverweigerungsrechte sowie gesetzliche Verschwiegenheitspflichten bleiben unberührt.	(3) u n v e r ä n d e r t
§ 54	§ 57
Betretensrechte, Mitwirkungs- und Duldungspflichten	Betretensrechte, Mitwirkungs- und Duldungspflichten
(1) Zur Erfüllung der ihr nach § 50 übertragenen Aufgaben dürfen die mit der Überwachung beauftragten Personen des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle sowie Personen und Einrichtungen, derer sich das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle zur Durchführung ihrer Aufgaben bedient, während der Geschäfts- oder Betriebszeiten	(1) Zur Erfüllung der ihr nach § 53 übertragenen Aufgaben dürfen die mit der Überwachung beauftragten Personen des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle sowie Personen und Einrichtungen, derer sich das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle zur Durchführung ihrer Aufgaben bedient, während der Geschäfts- oder Betriebszeiten
1. Betriebsgrundstücke, Geschäftsräume, Wirtschaftsgebäude und Transportmittel der Wirtschaftsakteure betreten und besichtigen sowie	1. u n v e r ä n d e r t
2. geschäftliche Unterlagen und Aufzeichnungen der Wirtschaftsakteure einsehen, aus denen sich die Einhaltung der Sorgfaltspflichten nach den	2. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
Artikeln 48 bis 50 sowie 52 der Verordnung (EU) 2023/1542 ergibt oder ableiten lässt.	
(2) Die Wirtschaftsakteure haben die Maßnahmen zu dulden und die nach Absatz 1 bei der Durchführung der Maßnahmen zu unterstützen. Satz 1 gilt auch für die Inhaber der Unternehmen und ihre Vertretung, bei juristischen Personen für die nach Gesetz oder Satzung zur Vertretung berufenen Personen.	(2) u n v e r ä n d e r t
§ 55	§ 58
Zwangsgeld	u n v e r ä n d e r t
Die Höhe des Zwangsgelds im Verwaltungs-zwangsverfahren des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle beträgt abweichend von § 11 Absatz 3 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes bis zu 50 000 Euro.	
T e i l 6	T e i l 6
Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen	Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen
§ 56	§ 59
Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen	Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen
(1) Das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit wird ermächtigt, zum Schutz der Umwelt vor den negativen Auswirkungen der Erzeugung von Batterien und der Bewirtschaftung von Altbatterien, insbesondere um die von der Europäischen Union erlassenen Rechtsvorschriften umzusetzen oder durchzuführen, Rechtsverordnungen mit Zustimmung des Bundesrates zu erlassen zu Anforderungen an und Vorgaben für	(1) u n v e r ä n d e r t
1. den CO ₂ -Fußabdruck von Batterien,	
2. den Rezyklatgehalt von Batterien,	
3. die Leistung und Haltbarkeit von Batterien,	
4. die Kennzeichnung von Batterien,	
5. die Bestimmung des Alterungszustandes und der voraussichtlichen Lebensdauer von Batterien,	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
6. die Gleichwertigkeit der Behandlung von Altbatterien außerhalb der Europäischen Union und	
7. Altbatterien, die diese erfüllen müssen, um nicht länger Abfall zu sein, und	
8. den Zugang zu Informationen aus dem Batteriepass.	
(2) Das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates das Verfahren der Kontrolle nach § 51 Absatz 1 näher zu regeln.	(2) Das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates das Verfahren der Kontrolle nach § 54 Absatz 1 näher zu regeln.
Teil 7	Teil 7
Bußgeldvorschriften, Schlussbestimmungen	Bußgeldvorschriften, Schlussbestimmungen
§ 57	§ 60
Bußgeldvorschriften	Bußgeldvorschriften
(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig	(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
1. entgegen	1. unverändert
a) § 4 Absatz 1 oder 3 Nummer 1 oder	
b) § 4 Absatz 2	
eine Batterie bereitstellt,	
2. entgegen § 4 Absatz 3 Nummer 2 das Anbieten oder Bereitstellen einer Batterie ermöglicht,	2. entfällt
3. entgegen § 4 Absatz 3 Nummer 3 die Lagerhaltung, Verpackung, Adressierung oder den Versand einer Batterie vornimmt,	2. unverändert
4. entgegen § 10 Absatz 2 Satz 1 einen Bericht nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet,	3. unverändert
5. entgegen § 11 Absatz 5 Satz 1 eine Batterie nicht zurücknimmt,	4. unverändert
6. entgegen § 13 Absatz 1 Satz 1 eine dort genannte Sammelquote nicht sicherstellt,	5. unverändert
7. entgegen § 14 Absatz 3 Satz 1, § 16 Absatz 1, § 17 Absatz 1 oder 2 oder § 22 Absatz 2 eine Alt-	6. unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
batterie einer Organisation für Herstellerverantwortung nicht überlässt,	
8. entgegen § 19 Absatz 1 Satz 1 ein Pfand nicht oder nicht rechtzeitig erhebt,	7. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
9. entgegen § 19 Absatz 1 Satz 2 oder Absatz 2 Satz 2 ein Pfand nicht oder nicht rechtzeitig erstattet,	8. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
10. entgegen § 24 Absatz 1 oder 2 einen Hinweis nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise gibt,	9. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
11. entgegen § 24 Absatz 3 eine Information nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise gibt und einer Warensendung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise beifügt,	10. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
12. entgegen § 26 Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 3 Satz 1, § 27 Satz 1 oder § 28 Absatz 1 oder 2 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2, eine Dokumentation nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegt oder	11. entgegen § 26 Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 3 Satz 1, § 27 Satz 1, § 28 Satz 1 oder § 29 Absatz 1 oder 2 Satz 1 , auch in Verbindung mit Satz 2, eine Dokumentation nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegt oder
13. einer vollziehbaren Anordnung nach	12. einer vollziehbaren Anordnung nach
a) § 30 Absatz 6 Satz 1,	a) § 31 Absatz 6 Satz 1,
b) § 50 Absatz 3 Nummer 1 bis 3, 5 oder 7 oder	b) § 53 Absatz 3 Nummer 1 bis 3, 5 oder 7 oder
c) § 50 Absatz 3 Nummer 8 oder 9	c) § 53 Absatz 3 Nummer 8 oder 9
zuwiderhandelt.	zuwiderhandelt.
(2) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EU) 2023/1542 in der Fassung vom 13. Juni 2024 verstößt, indem er vorsätzlich oder fahrlässig	(2) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EU) 2023/1542 in der Fassung vom 13. Juni 2024 verstößt, indem er vorsätzlich oder fahrlässig
1. entgegen Artikel 11 Absatz 1 Unterabsatz 1 Satz 1 oder Absatz 5 nicht dafür sorgt, dass eine Batterie oder eine Batteriezelle leicht entfernt oder ausgetauscht werden kann,	1. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
2. entgegen Artikel 19 in Verbindung mit Artikel 30 Absatz 5 Satz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 in der Fassung vom 20. Juni 2019 eine Kennzeichnung, ein Zeichen oder eine Aufschrift auf einer Batterie anbringt,	2. <i>u n v e r ä n d e r t</i>
3. entgegen Artikel 20 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2, jeweils in Verbindung mit Artikel 38 Absatz 3, die CE-Kennzeichnung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig anbringt,	3. <i>u n v e r ä n d e r t</i>

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
4. entgegen Artikel 38 Absatz 1 Buchstabe a nicht gewährleistet, dass eine Batterie nach einer Anforderung nach Artikel 6 Absatz 1, Artikel 7 Absatz 1 Unterabsatz 1, Artikel 8 Absatz 1 Unterabsatz 1, Absatz 2 oder 3, Artikel 9 Absatz 1 oder Artikel 12 Absatz 1 gestaltet oder erzeugt ist,	4. u n v e r ä n d e r t
5. entgegen Artikel 38 Absatz 1 Buchstabe a in Verbindung mit § 44 Absatz 1 Nummer 1 nicht gewährleistet, dass einer Batterie die Betriebsanleitung und Sicherheitsinformationen in deutscher Sprache beigelegt sind,	5. entgegen Artikel 38 Absatz 1 Buchstabe a in Verbindung mit § 48 Absatz 1 Nummer 1 nicht gewährleistet, dass einer Batterie die Betriebsanleitung und Sicherheitsinformationen in deutscher Sprache beigelegt sind,
6. entgegen Artikel 38 Absatz 1 Buchstabe b nicht gewährleistet, dass die Batterie nach Artikel 13 Absatz 4 bis 6 oder 7 gekennzeichnet ist,	6. u n v e r ä n d e r t
7. entgegen Artikel 38 Absatz 4, auch in Verbindung mit Artikel 40 Absatz 3 Satz 4 Buchstabe a, oder entgegen Artikel 41 Absatz 7 ein dort genanntes Dokument nicht oder nicht mindestens zehn Jahre bereithält,	7. u n v e r ä n d e r t
8. entgegen Artikel 38 Absatz 6 Satz 1 nicht gewährleistet, dass eine Batterie eine dort genannte Nummer oder ein anderes Kennzeichen trägt,	8. u n v e r ä n d e r t
9. entgegen Artikel 38 Absatz 7 Satz 1 oder 2 oder Artikel 41 Absatz 3 Satz 1 oder 2 eine dort genannte Angabe nicht, nicht richtig oder nicht vollständig macht,	9. u n v e r ä n d e r t
10. entgegen Artikel 38 Absatz 9 Satz 2, Artikel 41 Absatz 6 Satz 2 oder Artikel 42 Absatz 5 Satz 2 eine dort genannte Behörde nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig unterrichtet,	10. u n v e r ä n d e r t
11. entgegen Artikel 41 Absatz 2 Buchstabe b oder Artikel 42 Absatz 2 Buchstabe b sich nicht vergewissert, dass die Batterie nach Artikel 13 Absatz 4 bis 6 oder 7 gekennzeichnet ist,	11. u n v e r ä n d e r t
12. entgegen Artikel 46 Absatz 1 eine dort genannte Information nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,	12. u n v e r ä n d e r t
13. entgegen Artikel 46 Absatz 2 nicht sicherstellt, dass eine Information mindestens zehn Jahre vorgelegt werden kann,	13. u n v e r ä n d e r t
14. entgegen Artikel 48 Absatz 2 Satz 1 oder Artikel 50 Absatz 3 Satz 3 eine dort genannte Überprüfung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht innerhalb von drei Monaten nach dem Erreichen der in Artikel 47 Absatz 1 Unterabsatz 1 genannten Umsatzschwelle durchführen lässt,	14. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
15. entgegen Artikel 48 Absatz 2 Satz 1 eine dort genannte Strategie nicht oder nicht mindestens alle drei Jahre prüfen lässt,	15. u n v e r ä n d e r t
16. entgegen Artikel 49 Absatz 1 Buchstabe a eine dort genannte Unternehmensstrategie nicht, nicht richtig oder nicht innerhalb von drei Monaten nach dem Erreichen der in Artikel 47 Absatz 1 Unterabsatz 1 genannten Umsatzschwelle verabschiedet,	16. u n v e r ä n d e r t
17. entgegen Artikel 49 Absatz 1 Buchstabe e eine dort genannte Strategie in einen Vertrag oder eine Vereinbarung nicht oder nicht richtig aufnimmt,	17. u n v e r ä n d e r t
18. entgegen Artikel 49 Absatz 1 Buchstabe f erster Halbsatz einen dort genannten Mechanismus nicht oder nicht innerhalb von drei Monaten nach dem Erreichen der in Artikel 47 Absatz 1 Unterabsatz 1 genannten Umsatzschwelle einführt und nicht oder nicht innerhalb von drei Monaten nach dem Erreichen dieser Umsatzschwelle bereitstellt,	18. u n v e r ä n d e r t
19. entgegen Artikel 50 Absatz 1 Buchstabe a oder Absatz 3 Satz 1 oder 2 ein dort genanntes Risiko oder eine dort genannte Wahrscheinlichkeit nicht oder nicht innerhalb von drei Monaten nach dem Erreichen der in Artikel 47 Absatz 1 Unterabsatz 1 genannten Umsatzschwelle ermittelt oder nicht oder nicht innerhalb von drei Monaten nach dem Erreichen dieser Umsatzschwelle bewertet,	19. u n v e r ä n d e r t
20. entgegen Artikel 50 Absatz 1 Buchstabe b Nummer i, iii oder iv eine Strategie nicht oder nicht innerhalb von drei Monaten nach dem Erreichen der in Artikel 47 Absatz 1 Unterabsatz 1 genannten Umsatzschwelle konzipiert oder nicht oder nicht innerhalb von drei Monaten nach dem Erreichen dieser Umsatzschwelle umsetzt,	20. u n v e r ä n d e r t
21. entgegen Artikel 52 Absatz 1 ein dort genanntes Dokument nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,	21. u n v e r ä n d e r t
22. entgegen Artikel 52 Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit Satz 2 eine Überprüfung nicht oder rechtzeitig vornimmt oder einen Bericht nicht oder nicht bis zum 1. April des Folgejahres veröffentlicht,	22. u n v e r ä n d e r t
23. entgegen Artikel 55 Absatz 2 Unterabsatz 1 Satz 1 in Verbindung mit § 5 Absatz 1 Satz 1 oder 2 sich nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig registriert,	23. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
24. entgegen Artikel 55 Absatz 12 eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht,	24. u n v e r ä n d e r t
25. entgegen Artikel 59 Absatz 3 Satz 1 Buchstabe b oder c oder Artikel 60 Absatz 3 Satz 1 eine dort genannte Zielvorgabe nicht oder nicht rechtzeitig erreicht,	25. u n v e r ä n d e r t
26. entgegen Artikel 62 Absatz 1 eine Altbatterie nicht, nicht richtig oder nicht vollständig zurücknimmt,	26. u n v e r ä n d e r t
27. entgegen Artikel 70 Absatz 1 eine Altbatterie beseitigt,	27. u n v e r ä n d e r t
28. entgegen Artikel 74 Absatz 4 eine dort genannte Information nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise zur Verfügung stellt,	28. u n v e r ä n d e r t
29. entgegen Artikel 77 Absatz 4 Satz 1 nicht sicherstellt, dass eine dort genannte Information korrekt, vollständig oder auf dem neuesten Stand ist,	29. u n v e r ä n d e r t
30. einer vollziehbaren Anordnung nach Artikel 79 Absatz 4 Unterabsatz 1 oder Artikel 83 Absatz 2 zuwiderhandelt oder	30. u n v e r ä n d e r t
31. entgegen Artikel 81 Absatz 2 nicht gewährleistet, dass eine Korrekturmaßnahme ergriffen wird.	31. u n v e r ä n d e r t
(3) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 13 Buchstabe c und des Absatzes 2 Nummer 14 bis 18, 20 und 22 mit einer Geldbuße bis zu fünfhunderttausend Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 1 bis 3, 5 bis 7, 12 und 13 Buchstabe a sowie in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 10, 21, 23 bis 25, 30 und 31 mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Euro und in den übrigen Fällen mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.	(3) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 12 Buchstabe c und des Absatzes 2 Nummer 14 bis 18, 20 und 22 mit einer Geldbuße bis zu fünfhunderttausend Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 1 und 2, 4 bis 6, 11 und 12 Buchstabe a sowie in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 10, 21, 23 bis 25, 30 und 31 mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Euro und in den übrigen Fällen mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.
§ 58	§ 61
Zuständige Verwaltungsbehörde	Zuständige Verwaltungsbehörde
(1) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist	(1) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist
1. in den Fällen des § 57 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a, Nummer 2 bis 7, 12 und 13 Buchstabe a sowie des § 57 Absatz 2 Nummer 23 bis 25 das Umweltbundesamt und	1. in den Fällen des § 60 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a, Nummer 2 bis 5, 11 und 12 Buchstabe a sowie des § 60 Absatz 2 Nummer 23 bis 25 das Umweltbundesamt und

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
2. in den Fällen des § 57 Absatz 1 Nummer 13 Buchstabe b und c sowie des § 57 Absatz 2 Nummer 14 bis 22 das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle.	2. in den Fällen des § 60 Absatz 1 Nummer 12 Buchstabe b und c sowie des § 60 Absatz 2 Nummer 14 bis 22 das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle.
(2) In den Fällen des Absatzes 1 fließen auch die im gerichtlichen Verfahren angeordneten Geldbußen und die Geldbeträge, deren Einziehung nach § 29a des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten gerichtlich angeordnet wurde, der Bundeskasse zu, die auch die der Staatskasse auferlegten Kosten trägt.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) <i>§ 19 Absatz 4 des Digitale-Dienste-Gesetzes vom 6. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 149) gilt in den Fällen des § 57 Absatz 1 Nummer 2 auch für das Umweltbundesamt.</i>	(3) entfällt
§ 59	§ 62
Einziehung	Einziehung
Ist eine Ordnungswidrigkeit nach § 57 Absatz 1 oder 2 begangen worden, so können Gegenstände eingezogen werden,	Ist eine Ordnungswidrigkeit nach § 60 Absatz 1 oder 2 begangen worden, so können Gegenstände eingezogen werden,
1. auf die sich die Ordnungswidrigkeit bezieht oder	1. u n v e r ä n d e r t
2. die zu ihrer Begehung oder Vorbereitung gebraucht worden oder bestimmt gewesen sind.	2. u n v e r ä n d e r t
§ 23 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist anzuwenden.	§ 23 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist anzuwenden.
§ 60	§ 63
Geändertes Unionsrecht	u n v e r ä n d e r t
Durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates kann das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit in einer Vorschrift dieses Gesetzes oder in einer aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung den Verweis auf eine Vorschrift in einem Rechtsakt	
1. der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union ändern, soweit dies zur Anpassung an eine Änderung der Vorschrift in diesem Rechtsakt erforderlich ist,	
2. der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union, die durch eine inhaltsgleiche Vorschrift der Europäischen Union ersetzt worden ist, durch den Verweis auf die ersetzende Vorschrift anpassen.	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
Von der Ermächtigung nach Satz 1 darf nur zur Anpassung an redaktionelle Änderungen, einschließlich der Änderung der Nummern oder der Bezeichnungen von Rechtsakten oder von Einzelnormen, sowie zur Anpassung von Änderungshinweisen Gebrauch gemacht werden.	
§ 61	§ 64
Übergangsvorschriften	Übergangsvorschriften
(1) Registrierungen mit der Batterieart Fahrzeugbatterie gemäß § 2 Absatz 4 des Batteriegesetzes vom 25. Juni 2009 (BGBl. I S. 1582), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. November 2020 (BGBl. I S. 2280) geändert worden ist, die vor dem 18. August 2025 erteilt wurden, gelten längstens bis zum Ablauf des 15. Januar 2026 als Registrierungen mit der Batteriekategorie Starterbatterie gemäß Artikel 3 Absatz 1 Nummer 12 der Verordnung (EU) 2023/1542.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Registrierungen mit der Batterieart Industriebatterie gemäß § 2 Absatz 5 des Batteriegesetzes, die vor dem 18. August 2025 erteilt wurden, gelten längstens bis zum Ablauf des 15. Januar 2026 als Registrierungen jeweils mit den Batteriekategorien LV-Batterie gemäß Artikel 3 Absatz 1 Nummer 11 der Verordnung (EU) 2023/1542, Industriebatterie gemäß Artikel 3 Absatz 1 Nummer 13 der Verordnung (EU) 2023/1542 und Elektrofahrzeugbatterien gemäß Artikel 3 Absatz 1 Nummer 14 der Verordnung (EU) 2023/1542.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Registrierungen mit der Batterieart Gerätebatterie gemäß § 2 Absatz 6 des Batteriegesetzes, die vor dem 18. August 2025 erteilt wurden, gelten längstens bis zum Ablauf des 15. Januar 2026 als Registrierungen mit der Batteriekategorie Gerätebatterie gemäß Artikel 3 Absatz 1 Nummer 9 der Verordnung (EU) 2023/1542.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Registrierungen von natürlichen oder juristischen Personen oder Personengesellschaften, die nicht im Geltungsbereich dieses Gesetzes niedergelassen sind, sind von der Fortgeltung nach den Absätzen 1 bis 3 ausgeschlossen.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Für gemäß den Absätzen 1 bis 3 fortgeltende Registrierungen gelten bis zum Ablauf des 15. Januar 2026 die Aufgaben, Befugnisse und Zuständigkeiten nach dem Batteriegesetz in der bis zum Ablauf des ... [einsetzen: Datum der Verkündung dieses Gesetzes] geltenden Fassung fort.	(5) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
(6) Genehmigungen von Rücknahmesystemen nach § 7 des Batteriegesetzes in der bis zum Ablauf des ... [einsetzen: Datum der Verkündung dieses Gesetzes] geltenden Fassung gelten längstens bis zum Ablauf des 31. Dezember 2025 als Zulassung von Organisationen für Herstellerverantwortung nach § 8. Für gemäß Satz 1 fortgeltende Genehmigungen gelten für das Berichtsjahr 2025 die Bestimmungen, Aufgaben, Befugnisse und Zuständigkeiten nach dem Batteriegesetz in der bis zum Ablauf des ... [einsetzen: Datum der Verkündung dieses Gesetzes] geltenden Fassung fort.	(6) u n v e r ä n d e r t
(7) Gemäß den Absätzen 1 bis 3 fortgeltende Registrierungen von Herstellern oder im Fall der Bevollmächtigung nach § 26 des Batteriegesetzes ihrer Bevollmächtigten, die den Nachweis der Beteiligung an einer Organisation für Herstellerverantwortung nach § 7 für die betreffende Batteriekategorie nicht bis zum Ablauf des 15. Januar 2026 gegenüber der zuständigen Behörde erbracht haben, gelten rückwirkend ab dem 1. Januar 2026 als aufgehoben. Die Sätze 1 und 2 gelten für das Berichtsjahr 2025 auch für Anträge auf Änderungen fortgeltender Genehmigungen sowie für Anträge auf Neuerteilung von Genehmigungen nach § 7 des Batteriegesetzes in der bis zum ... [einsetzen: Datum der Verkündung dieses Gesetzes] geltenden Fassung entsprechend.	(7) u n v e r ä n d e r t
(8) Gemäß der Absätze 1 bis 3 fortgeltende Registrierungen von Bevollmächtigten nach § 26 Absatz 2 des Batteriegesetzes, die bis zum Ablauf des 15. Januar 2026 gegenüber der zuständigen Behörde keinen Nachweis ihrer schriftlichen Beauftragung im Sinne des Artikels 56 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 erbracht haben, gelten rückwirkend ab dem 1. Januar 2026 als aufgehoben.	(8) u n v e r ä n d e r t
(9) Organisationen für Herstellerverantwortung werden nach § 8 frühestens mit Wirkung zum 1. Januar 2026 zugelassen.	(9) u n v e r ä n d e r t
(10) Hersteller von Gerätebatterien oder im Fall der Bevollmächtigung nach § 37 Absatz 2 deren Bevollmächtigte für die erweiterte Herstellerverantwortung, die nach dem 17. August 2025 einen Antrag auf Registrierung stellen, müssen den Nachweis der Beauftragung einer nach Artikel 58 der Verordnung (EU) 2023/1542 zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung nach § 7 Absatz 1 erst mit Wirkung zum 1. Januar 2026 erbringen. Für Hersteller von Gerätebatterien oder im Fall der Bevollmächtigung nach § 37 Absatz 2 deren Bevollmächtigte für die erweiterte Herstellerverantwortung, die nach dem 17. August 2025 einen Antrag auf Registrierung stellen, gelten die	(10) Hersteller von Gerätebatterien oder im Fall der Bevollmächtigung nach § 40 Absatz 2 deren Bevollmächtigte für die erweiterte Herstellerverantwortung, die nach dem 17. August 2025 einen Antrag auf Registrierung stellen, müssen den Nachweis der Beauftragung einer nach Artikel 58 der Verordnung (EU) 2023/1542 zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung nach § 7 Absatz 1 erst mit Wirkung zum 1. Januar 2026 erbringen. Für Hersteller von Gerätebatterien oder im Fall der Bevollmächtigung nach § 40 Absatz 2 deren Bevollmächtigte für die erweiterte Herstellerverantwortung, die nach dem 17. August 2025 einen Antrag auf Registrierung stellen, gelten die

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
Anforderungen nach § 4 Absatz 2 Nummer 7 des Batteriegesetzes in der bis zum ... [einsetzen: Datum der Verkündung dieses Gesetzes] geltenden Fassung bis zum Ablauf des 31. Dezember 2025 fort. Die Absätze 5, 7 und 8 gelten für diese Registrierungen entsprechend.	Anforderungen nach § 4 Absatz 2 Nummer 7 des Batteriegesetzes in der bis zum ... [einsetzen: Datum der Verkündung dieses Gesetzes] geltenden Fassung bis zum Ablauf des 31. Dezember 2025 fort. Die Absätze 5, 7 und 8 gelten für diese Registrierungen entsprechend.
(11) Hersteller von LV-, Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugbatterien oder im Fall der Bevollmächtigung nach § 37 Absatz 2 deren Bevollmächtigte für die erweiterte Herstellerverantwortung, die nach dem 17. August 2025 einen Antrag auf Registrierung stellen, müssen den Nachweis der Beauftragung einer nach Artikel 58 der Verordnung (EU) 2023/1542 zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung nach § 7 Absatz 1 erst mit Wirkung zum 1. Januar 2026 erbringen. Für Hersteller von LV-, Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugbatterien oder im Fall der Bevollmächtigung nach § 37 Absatz 2 deren Bevollmächtigte für die erweiterte Herstellerverantwortung, die nach dem 17. August 2025 einen Antrag auf Registrierung stellen, gelten die Anforderungen nach § 4 Absatz 2 Nummer 8 des Batteriegesetzes in der bis ... [einsetzen: Datum der Verkündung dieses Gesetzes] geltenden Fassung bis zum Ablauf des 31. Dezember 2025 fort. Die Absätze 5, 7 und 8 gelten für diese Registrierungen entsprechend.	(11) Hersteller von LV-, Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugbatterien oder im Fall der Bevollmächtigung nach § 40 Absatz 2 deren Bevollmächtigte für die erweiterte Herstellerverantwortung, die nach dem 17. August 2025 einen Antrag auf Registrierung stellen, müssen den Nachweis der Beauftragung einer nach Artikel 58 der Verordnung (EU) 2023/1542 zugelassenen Organisation für Herstellerverantwortung nach § 7 Absatz 1 erst mit Wirkung zum 1. Januar 2026 erbringen. Für Hersteller von LV-, Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugbatterien oder im Fall der Bevollmächtigung nach § 40 Absatz 2 deren Bevollmächtigte für die erweiterte Herstellerverantwortung, die nach dem 17. August 2025 einen Antrag auf Registrierung stellen, gelten die Anforderungen nach § 4 Absatz 2 Nummer 8 des Batteriegesetzes in der bis ... [einsetzen: Datum der Verkündung dieses Gesetzes] geltenden Fassung bis zum Ablauf des 31. Dezember 2025 fort. Die Absätze 5, 7 und 8 gelten für diese Registrierungen entsprechend.
	(12) § 11 Absatz 7, § 18 Absatz 3, § 20 Absatz 1 Satz 2, die §§ 21 und 22 gelten erst ab dem 1. Januar 2026.
	(13) § 15 Absatz 1 gilt hinsichtlich LV-Alt-batterien erst ab dem 1. Januar 2026.
Artikel 2	Artikel 2
Erste Änderung des Batterierecht-Durchführungsgesetzes	Erste Änderung des Batterierecht-Durchführungsgesetzes
Das Batterierecht-Durchführungsgesetz vom ... [einsetzen: Datum der Ausfertigung und Fundstelle des Gesetzes nach Artikel 1] wird wie folgt geändert:	Das Batterierecht-Durchführungsgesetz vom ... [einsetzen: Datum der Ausfertigung und Fundstelle des Gesetzes nach Artikel 1] wird wie folgt geändert:
1. § 13 wird durch den folgenden § 13 ersetzt:	1. u n v e r ä n d e r t
„§ 13	
Sammelziele	
(1) Bei der Berechnung der Sammelquote nach Artikel 59 Absatz 3 Satz 2 in Verbindung	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
mit Anhang XI der Verordnung (EU) 2023/1542 darf die Masse der im Berichtsjahr zurückgenommenen Blei-Säure-Gerätealtbatterien nur soweit herangezogen werden, als sie die Masse der von den jeweils im Berichtsjahr beteiligten Herstellern im Durchschnitt der vorausgegangenen drei Kalenderjahre erstmals auf dem Markt bereitgestellten Blei-Säure-Gerätebatterien, die im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine getrennte Erfassung zur Verfügung steht, nicht übersteigt.	
(2) Für die Berechnung der Sammelquote nach Absatz 1 und Artikel 59 Absatz 3 Satz 1 sowie Artikel 60 Absatz 3 Satz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 in Verbindung mit Anhang XI der Verordnung (EU) 2023/1542 bezogen auf das Berichtsjahr ist auf die Massen an Gerätebatterien oder LV-Batterien abzustellen, die insgesamt von den jeweils im Berichtsjahr an der Organisation für Herstellerverantwortung beteiligten Herstellern jeweils durchschnittlich in den dem Berichtsjahr vorangegangenen drei Kalenderjahren erstmals auf dem Markt bereitgestellt wurden.	
(3) Bei einem unterjährigen Wechsel eines Herstellers von einer Organisation für Herstellerverantwortung zu einer anderen Organisation für Herstellerverantwortung wird die erstmals auf dem Markt bereitgestellte Masse an Gerätebatterien oder Batterien für leichte Verkehrsmittel der dem Berichtsjahr vorangegangenen drei Kalenderjahre bei der Berechnung der Sammelquote nach den Absätzen 2 bis 3 und Artikel 59 Absatz 3 und Artikel 60 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2023/1542 im zeitlichen Verhältnis der jeweiligen Beteiligung im Berichtsjahr der jeweiligen Organisation für Herstellerverantwortung zugerechnet. Hersteller, die die Beauftragung einer Organisation für Herstellerverantwortung beenden, ohne daran anschließend eine andere Organisation für Herstellerverantwortung zu beauftragen, gelten für die Berechnung der Sammelquote bis zum Ablauf des dritten Kalenderjahres nach Beendigung der Beauftragung als bei der bisherigen Organisation für Herstellerverantwortung beteiligt.	
(4) Jeder Hersteller ist verpflichtet, der Organisation für Herstellerverantwortung, an der er beteiligt ist, die zur Erfüllung der Ermittlung der Sammelquote erforderlichen Daten auf Verlangen der Organisation für Herstellerverantwortung bereitzustellen. Absatz 1 gilt für Hersteller, die die	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
erweiterte Herstellerverantwortung individuell wahrnehmen entsprechend.“	
2. § 57 wird wie folgt geändert:	2. § 60 wird wie folgt geändert:
a) Absatz 1 Nummer 6 wird gestrichen.	a) u n v e r ä n d e r t
b) In Absatz 3 wird die Angabe „5 bis 7“ durch die Angabe „5, 7“ ersetzt.	b) u n v e r ä n d e r t
	Artikel 3
	Änderung des Gesetzes über die Errichtung des Bundesamtes für Justiz
	Das Gesetz über die Errichtung des Bundesamts für Justiz vom 17. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3171), das zuletzt durch Artikel 16 des Gesetzes vom 24. Juni 2022 (BGBl. I S. 959) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
	1. In § 1 Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „Bundesministerium der Justiz“ durch die Angabe „Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz“ ersetzt.
	2. § 2 wird wie folgt geändert:
	a) Absatz 1 wird durch den folgenden Absatz 1 ersetzt:
	„(1) Das Bundesamt nimmt Aufgaben des Bundes auf den Gebieten des Registerwesens, des internationalen Rechtsverkehrs, der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten, der allgemeinen Justizverwaltung und des Verbraucherschutzes wahr, die ihm durch dieses Gesetz oder andere Bundesgesetze oder auf Grund dieser Gesetze zugewiesen werden.“
	b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
	aa) In der Angabe vor Nummer 1 wird die Angabe „Bundesministerium der Justiz“ durch die Angabe „Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz“ ersetzt.
	bb) In Nummer 4 wird die Angabe „Kriminalprävention.“ durch die Angabe „Kriminalprävention,“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
	cc) Nach Nummer 4 wird die folgende Nummer 5 eingefügt:
	„5. Wahrnehmung der Aufgaben des Verbraucherschutzes, insbesondere bei der Verbraucherrechtsdurchsetzung.“
	c) In Absatz 3 wird die Angabe „Bundesministerium der Justiz“ durch die Angabe „Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz“ ersetzt.
	3. In den §§ 3 und 7 Absatz 1 in der Angabe vor Nummer 1 und in Absatz 2 wird die Angabe „Bundesministerium der Justiz“ durch die Angabe „Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz“ ersetzt.
	Artikel 4
	Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Umweltbundesamtes
	Das Gesetz über die Errichtung eines Umweltbundesamtes vom 22. Juli 1974 (BGBl. I S. 1505), das zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 24. Juni 2022 (BGBl. I S. 959) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
	1. In § 1 Absatz 1 wird die Angabe „Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz“ durch die Angabe „Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit“ ersetzt.
	2. § 2 wird wie folgt geändert:
	a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
	aa) In Satz 1 wird die Angabe „auf dem Gebiet der Umwelt, der gesundheitlichen Belange des Umweltschutzes sowie des Verbraucherschutzes und der Verbraucherrechtsdurchsetzung“ durch die Angabe „auf dem Gebiet der Umwelt und der gesundheitlichen Belange des Umweltschutzes“ ersetzt.
	bb) In Satz 2 Nummer 1 wird die Angabe „Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicher-

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
	heit und Verbraucherschutz“ durch die Angabe „Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit“ ersetzt.
	b) In Absatz 3 wird die Angabe „Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz“ durch die Angabe „Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit“ ersetzt.
	c) In Absatz 4 wird die Angabe „Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz“ durch die Angabe „Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit“ ersetzt.
	3. In § 3 wird die Angabe „Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz“ durch die Angabe „Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit“ ersetzt.
	Artikel 5
	Änderung des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche
	Das Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2494; 1997 I S. 1061), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
	In Artikel 246e § 2 Absatz 4 wird die Angabe „Umweltbundesamt“ durch die Angabe „Bundesamt für Justiz“ ersetzt.
	Artikel 6
	Änderung des EU-Verbraucherschutzdurchführungsgesetzes
	Das EU-Verbraucherschutzdurchführungsgesetz vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3367), das

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
	zuletzt durch Artikel 18 des Gesetzes vom 15. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 236) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
	1. § 1 Absatz 1 wird durch den folgenden Absatz 1 ersetzt:
	„(1) Dieses Gesetz dient der Durchführung der Verordnung (EU) 2017/2394.“
	2. In § 2 Nummer 1 in der Angabe vor Buchstabe a und in Buchstabe b wird jeweils die Angabe „Umweltbundesamt“ durch die Angabe „Bundesamt für Justiz“ ersetzt.
	3. In § 3 Absatz 1 wird die Angabe „Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz“ durch die Angabe „Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz“ ersetzt.
	4. In § 11 Absatz 3 wird die Angabe „Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, das Bundesministerium der Finanzen, das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und das Bundesministerium für Digitales und Verkehr“ durch die Angabe „Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, das Bundesministerium der Finanzen, das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und das Bundesministerium für Verkehr“ ersetzt.
	5. § 12 wird wie folgt geändert:
	a) Absatz 1 Satz 1 wird durch den folgenden Satz ersetzt:
	„Soweit weitere Rechtsakte der Europäischen Union in den Anwendungsbereich der Verordnung (EU) 2017/2394 einbezogen worden sind, wird das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz ermächtigt, die Zuständigkeit für die Durchführung der Verordnung (EU) 2017/2394 im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates auf das Bundesamt für Justiz zu übertragen.“
	b) In Absatz 2 in der Angabe vor Nummer 1 wird die Angabe „Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz“ durch die An-

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
	gabe „Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz“ ersetzt.
	6. § 29 wird gestrichen.
	Artikel 7
	Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb
	Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 2010 (BGBl. I S. 254), das zuletzt durch Artikel 21 des Gesetzes vom 6. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 149) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
	In § 19 Absatz 4 Nummer 1 wird die Angabe „Umweltbundesamt“ durch die Angabe „Bundesamt für Justiz“ ersetzt.
	Artikel 8
	Änderung des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes
	Das Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz vom 22. April 2002 (BGBl. I S. 1310), das zuletzt durch Artikel 19 des Gesetzes vom 27. Dezember 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 438) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
	1. In § 4 Absatz 1 Satz 4 wird die Angabe „Bundesministerium des Innern und für Heimat“ durch die Angabe „Bundesministerium des Innern“ ersetzt.
	2. § 7 wird wie folgt geändert:
	a) Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 wird wie folgt geändert:
	aa) In Buchstabe a wird die Angabe „Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz“ durch die Angabe „Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
	bb) Die Buchstaben b und c werden durch den folgenden Buchstaben b ersetzt:
	„b) zwei Vertretern des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz,“
	cc) Die Buchstaben d und e werden zu den Buchstaben c und d.
	b) Absatz 5 wird wie folgt geändert:
	aa) In Satz 3 wird die Angabe „Buchstabe a bis d“ durch die Angabe „Buchstabe a bis c“ ersetzt.
	bb) In den Sätzen 5 und 6 wird jeweils die Angabe „Buchstabe e“ durch die Angabe „Buchstabe d“ ersetzt.
	3. In § 8a Absatz 2 Satz 2 und 3 wird jeweils die Angabe „Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz“ durch die Angabe „Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz“ ersetzt.
	4. In § 10a Absatz 2 wird die Angabe „Bundesministeriums des Innern und für Heimat“ durch die Angabe „Bundesministeriums des Innern“ ersetzt.
	5. § 17d Absatz 3 wird wie folgt geändert:
	a) In Satz 1 wird die Angabe „Bundesministerium der Justiz“ durch die Angabe „Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz“ ersetzt.
	b) In Satz 3 wird die Angabe „Bundesministeriums der Justiz“ durch die Angabe „Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz“ ersetzt.
	6. In § 18a Absatz 5 Nummer 4 Satz 2 und § 18b Absatz 4 Nummer 4 Satz 2 wird jeweils die Angabe „Bundesministeriums des Innern und für Heimat“ durch die Angabe „Bundesministeriums des Innern“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
<i>Artikel 3</i>	<i>Artikel 9</i>
Folgeänderungen	Folgeänderungen
(1) Die Entsorgungsfachbetriebeverordnung vom 2. Dezember 2016 (BGBl. I S. 2770), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240) geändert worden ist, wird wie folgt geändert: Anlage 1 Nummer 3 Buchstabe b wird durch den folgenden Buchstaben b ersetzt:	(1) u n v e r ä n d e r t
„b) Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542 in der Fassung vom 12. Juli 2023 sowie das Batterierecht-Durchführungsgesetz vom [einfügen: Datum der Ausfertigung und Fundstelle des Gesetzes nach Artikel 1] und“.	
(2) Die Abfallbeauftragtenverordnung vom 2. Dezember 2016 (BGBl. I S. 2789), die zuletzt durch Artikel 4 der Verordnung vom 28. April 2022 (BGBl. I S. 700) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(2) u n v e r ä n d e r t
1. § 2 wird wie folgt geändert:	
a) Nummer 2 wird wie folgt geändert:	
aa) In Buchstabe g wird die Angabe „zurücknehmen,“ durch die Angabe „zurücknehmen, sowie“ ersetzt.	
bb) Die Buchstaben h und i werden gestrichen.	
cc) Der bisherige Buchstabe j wird zu Buchstabe h.	
b) Nummer 3 wird durch die folgende Nummer 3 ersetzt:	
„3. Betreiber folgender Rücknahmesysteme:	
a) Systeme, die Verpackungen gemäß § 14 Absatz 1 des Verpackungsgesetzes zurücknehmen, sowie	
b) herstellereigene Rücknahmesysteme, die Elektro- und Elektronik-Altgeräte gemäß § 16 Absatz 5 des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes zurücknehmen.“	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
c) Nach Nummer 3 wird die folgende Nummer 4 eingefügt:	
„4. Betreiber von Organisationen für Herstellerverantwortung gemäß § 8 des Batterierecht-Durchführungsgesetzes vom ... [einsetzen: Datum der Ausfertigung und Fundstelle des Gesetzes nach Artikel 1].“	
2. Anlage 1 Teil 1 Nummer 3 Buchstabe b wird durch den folgenden Buchstaben b ersetzt:	
„b) Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542 und das Batterierecht-Durchführungsgesetz vom [einsetzen: Datum der Ausfertigung und Fundstelle des Gesetzes nach Artikel 1].“	
(3) Die Gewerbeabfallverordnung vom 18. April 2017 (BGBl. I S. 896), die zuletzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 28. April 2022 (BGBl. I S. 700) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(3) u n v e r ä n d e r t
§ 1 Absatz 4 Nummer 2 wird durch die folgende Nummer 2 ersetzt:	
„2. der Verordnung (EU) 2023/1542 und dem Batterierecht-Durchführungsgesetz vom ... [einsetzen: Datum der Ausfertigung und Fundstelle des Gesetzes nach Artikel 1] unterliegen oder“.	
(4) Das Elektro- und Elektronikgerätegesetz vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1739), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	(4) Das Elektro- und Elektronikgerätegesetz vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1739), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. § 4 wird durch den folgenden § 4 ersetzt:	1. u n v e r ä n d e r t
„§ 4	
Produktkonzeption	
(1) Hersteller haben ihre Elektro- und Elektronikgeräte möglichst so zu gestalten, dass insbesondere die Wiederverwendung, die Demontage und die Verwertung von Altgeräten, ihren Bauteilen und Werkstoffen berücksichtigt und erleichtert werden.	
(2) Hersteller sollen die Wiederverwendung nicht durch besondere Konstruktionsmerkmale oder Herstellungsprozesse verhindern, es sei denn, dass die Konstruktionsmerkmale rechtlich vorgeschrieben sind oder die Vorteile dieser be-	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
sonderen Konstruktionsmerkmale oder Herstellungsprozesse überwiegen, beispielsweise im Hinblick auf den Gesundheitsschutz, den Umweltschutz oder auf Sicherheitsvorschriften.“	
2. § 40 Absatz 1 Satz 7 wird durch den folgenden Satz ersetzt:	2. § 40 Absatz 1 Satz 7 wird durch den folgenden Satz ersetzt:
„Sofern die Voraussetzungen für eine Beleihung nach § 34 <i>Batterierecht-Durchführungsgesetz</i> vom [einsetzen: Datum der Ausfertigung und Fundstelle des Gesetzes nach Artikel 1] in der jeweils geltenden Fassung vorliegen, darf die nach Satz 1 Beliehene auch die im Batterierecht-Durchführungsgesetz genannten und durch die Beleihung nach dem Batterierecht-Durchführungsgesetz übertragenen Aufgaben wahrnehmen.“	„Sofern die Voraussetzungen für eine Beleihung nach § 37 des Batterierecht-Durchführungsgesetzes vom ... [einsetzen: Datum der Ausfertigung und Fundstelle des Gesetzes nach Artikel 1] in der jeweils geltenden Fassung vorliegen, darf die nach Satz 1 Beliehene auch die im Batterierecht-Durchführungsgesetz genannten und durch die Beleihung nach dem Batterierecht-Durchführungsgesetz übertragenen Aufgaben wahrnehmen.“
	(5) Die Gebührenverordnung zum Elektro- und Elektronikgerätegesetz und zum Batteriegesetz vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1776), die zuletzt durch Artikel der Verordnung vom 4. August 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 187) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
	1. Die Überschrift wird durch die folgende Überschrift ersetzt:
	„Gebührenverordnung zum Elektro- und Elektronikgerätegesetz und zum Batterierecht-Durchführungsgesetz (Elektro- und Elektronikgerätegesetz-Batterierecht-Durchführungsgesetz-Gebührenverordnung – ElektroGBattDGGebV)“.
	2. In § 3 Absatz 1 wird die Angabe „18. August 2025“ durch die Angabe „... [einsetzen: Datum des Tages nach der Verkündung dieses Gesetzes]“ ersetzt.
	3. Die Abschnitte 2 und 3 der Anlage werden durch die aus dem Anhang zu diesem Gesetz ersichtlichen Abschnitte 2 und 3 der Anlage ersetzt.
(5) Die Elektro- und Elektronik-Altgeräte-Behandlungsverordnung vom 21. Juni 2021 (BGBl. I S. 1841) wird wie folgt geändert:	(6) u n v e r ä n d e r t
§ 4 Absatz 2 wird durch den folgenden Absatz 2 ersetzt:	
„(2) Wenn eine Behandlung nach Absatz 1 nicht möglich oder zulässig ist, sind die entfernten Bauteile,	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
Gemische oder Stoffe in sonstiger Weise zu verwerten oder zu beseitigen, sofern diese Verordnung, Kapitel VIII der Verordnung (EU) 2023/1542 in der Fassung vom 12. Juli 2023, das Batterierecht-Durchführungsgesetz vom ... [einsetzen: Datum der Ausfertigung und Fundstelle des Gesetzes nach Artikel 1] in der jeweils geltenden Fassung oder andere Rechtsvorschriften keine anderslautenden Anforderungen an die selektive Behandlung von diesen Bauteilen, Gemischen oder Stoffen stellen.“	
	(7) Die Verordnung über die Satzung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vom 29. April 2002 (BGBl. I S. 1499), die zuletzt durch Artikel 22 des Gesetzes vom 27. Dezember 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 438) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
	In § 8a Absatz 1 Satz 1 der Anlage wird die Angabe „Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz“ durch die Angabe „Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz“ ersetzt.
<i>Artikel 4</i>	Artikel 10
Außerkräfttreten	u n v e r ä n d e r t
Das Batteriegesetz vom 25. Juni 2009 (BGBl. I S. 1582), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. November 2020 (BGBl. I S. 2280) geändert worden ist, tritt vorbehaltlich des Satzes 2 mit Ablauf des ... [einsetzen: Datum der Verkündung dieses Gesetzes] außer Kraft. § 17 Absatz 6 des Batteriegesetzes tritt am 18. August 2026 außer Kraft.	
<i>Artikel 5</i>	Artikel 11
Inkrafttreten	Inkrafttreten
(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 am Tag nach der Verkündung in Kraft.	(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 bis 4 am Tag nach der Verkündung in Kraft.
	(2) Die Artikel 4 bis 7 treten am 1. Januar 2026 in Kraft.
(2) Artikel 2 tritt am 1. Januar 2027 in Kraft.	(3) u n v e r ä n d e r t
(3) Artikel 3 Absatz 4 Nummer 1 tritt am 18. Februar 2027 in Kraft.	(4) Artikel 9 Absatz 4 Nummer 1 tritt am 18. Februar 2027 in Kraft.

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
EU-Rechtsakte:	EU-Rechtsakte:
1. Richtlinie 2000/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. September 2000 über Altfahrzeuge (ABl. L 269 vom 21.10.2000, S. 34), die zuletzt durch die delegierte Richtlinie (EU) 2023/544 der Kommission vom 16. Dezember 2022 zur Änderung der Richtlinie 2000/53/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich einer Ausnahme für die Verwendung von Blei in Aluminiumlegierungen für Bearbeitungszwecke, in Kupferlegierungen und in bestimmten Batterien (ABl. L 73 vom 10.3.2023, S. 5) geändert worden ist	1. un verändert
2. Verordnung (EG) 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik (ABl. L 393 vom 30.12.2006, S. 1), die zuletzt durch die delegierte Verordnung (EU) 2023/137 der Kommission vom 10. Oktober 2022 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 (ABl. L 19 vom 20.1.2023, S. 5; L, 2024/90539, 6.9.2024) geändert worden ist	2. un verändert
3. Verordnung (EG) Nr. 765/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über die Vorschriften für die Akkreditierung und Marktüberwachung im Zusammenhang mit der Vermarktung von Produkten und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 339/93 des Rates (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 30), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2019/1020 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über Marktüberwachung und die Konformität von Produkten sowie zur Änderung der Richtlinie 2004/42/EG und der Verordnungen (EG) Nr. 765/2008 und (EU) Nr. 305/2011 (ABl. L 169 vom 25.6.2019, S. 1) geändert worden ist	3. un verändert
	4. Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Abfälle und zur Aufhebung bestimmter Richtlinien (ABl. L 312 vom 22.11.2008, S. 3), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2023/1542 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2023 über Batterien und Altbatterien, zur Änderung der Richtlinie 2008/98/EG und der Verordnung (EU) 2019/1020 und zur Aufhebung der Richtlinie 2006/66/EG (ABl. L 191 vom 28.7.2023, S. 1) geändert worden ist
4. Richtlinie 2012/19/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (ABl. L 197 vom 24.7.2012, S. 38), die zuletzt durch Richtlinie (EU) 2024/884 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. März 2024 zur Änderung der Richtlinie 2012/19/EU über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (ABl. L, 2024/884, 19.3.2024) geändert worden ist	5. un verändert

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses
	6. Verordnung (EU) 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 (ABl. L 345 vom 27.12.2017, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2024/3228 vom 19. Dezember 2024 (ABl. L, 2024/3228, 30.12.2024) geändert worden ist
5. Verordnung (EU) 2023/1542 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2023 über Batterien und Altbatterien, zur Änderung der Richtlinie 2008/98/EG und der Verordnung (EU) 2019/1020 und zur Aufhebung der Richtlinie 2006/66/EG (ABl. L 191 vom 28.7.2023, S. 1), die zuletzt durch Verordnung (EU) 2024/1781 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Ökodesign-Anforderungen für nachhaltige Produkte, zur Änderung der Richtlinie (EU) 2020/1828 und der Verordnung (EU) 2023/1542 und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/125/EG (ABl. L, 2024/1781, 28.6.2024) geändert worden ist	7. unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses		
	Anhang zu Artikel 9 Absatz 5 Nummer 3		
	Anlage		
	(zu § 1 Absatz 1)		
	Gebührenverzeichnis		
		Nr.	Gebührentatbestand
		Gebühr in Euro	
		Abschnitt 1	
		Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG)	
		Registrierung	
		(§ 37 Absatz 1 ElektroG)	
	1.1	Erteilung einer Registrierung nach § 37 Absatz 1 Satz 1 oder Satz 2 ElektroG	9,50
		je Hersteller, Marke und Geräteart oder	
		je Bevollmächtigten, vertretenen Hersteller, Marke und Geräteart	

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses		
	1.2	Quartalsgebühr für ElektroG-Registrierungskontoinhaber je Registrierungsnummer und je angefangenes Kalenderquartal	32,80
	1.3	Bescheinigung über die Registrierungspflicht nach den §§ 6 und 37 Absatz 1 ElektroG je Hersteller und Gerät oder je Bevollmächtigten, vertretenen Hersteller und Gerät jeweils nach Aufwand der Prüfung	38,50 bis 1 118,00
	1.4	Prüfung einer herstellerindividuellen Garantie nach § 37 Absatz 1 Satz 3 ElektroG in Verbindung mit § 7 Absatz 1 und 2 Satz 1 Nummer 1 bis 3 ElektroG dem Grunde nach (ohne Garantiebetragsprüfung) je vorgelegte Garantie	156,90
	1.5	Prüfung einer Garantie nach § 37 Absatz 1 Satz 3 ElektroG in Verbindung mit § 7 Absatz 1 und 2 ElektroG hinsichtlich des Garantiebetrages je Hersteller oder je Bevollmächtigten und vertretenen Hersteller und je Geräteart und angefangenes Kalenderjahr jeweils je Prüfung	3,80
	1.6	Prüfung der Glaubhaftmachung nach § 37 Absatz 1 Satz 4 ElektroG auch in Verbindung mit § 7 Absatz 3 Satz 1 ElektroG und Prüfung des Vorliegens eines Rücknahmekonzepts nach § 37 Absatz 1 Satz 4 ElektroG je Registrierung nach Nummer 1.1	18,90
	Benennung und Zulassung eines Bevollmächtigten, Änderung und Ende der Beauftragung (§ 37 Absatz 2 und 7 ElektroG)		
	1.7	Bestätigung der Benennung eines Bevollmächtigten oder der Änderung einer Beauftragung eines Bevollmäch-	50,60

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses		
		tigten nach § 37 Absatz 2 Satz 2 ElektroG je Benennung oder je Änderung	
	1.8	Bestätigung der Beendigung einer Beauftragung eines Bevollmächtigten nach § 37 Absatz 2 Satz 2 ElektroG je Beendigungsbestätigung	12,60
	1.9	Zulassung oder die Änderung der Zulassung eines Bevollmächtigten für mehr als 20 zeitgleich wirksame Registrierungen nach § 37 Absatz 7 ElektroG je Zulassung oder je Änderung der Zulassung	4 355,00
	Weitere Leistungen im Zusammenhang mit der Registrierung (§ 37 Absatz 5 ElektroG)		
	1.10	Änderung der Registrierung im Hinblick auf die registrierte Geräteart nach § 37 Absatz 5 Satz 4 ElektroG je Änderung der Registrierung nach Nummer 1.1	20,50
	Garantiesysteme (§ 37 Absatz 6 ElektroG)		
	1.11	kalenderjährliche Feststellung oder Ablehnung der Feststellung der Geeignetheit eines Systems für die Finanzierung der Entsorgung von Altgeräten nach § 37 Absatz 6 ElektroG in Verbindung mit § 7 Absatz 1 und 2 Satz 1 Nummer 4 ElektroG je System und Kalenderjahr jeweils nach Aufwand der Prüfung	1 803,30 bis 10 098,50
	1.12	nachträgliche Änderung einer Feststellung nach Nummer 1.11 nach Änderung eines als für die Finanzierung der Entsorgung von Altgeräten nach § 37 Absatz 6 Satz 1 und 3 ElektroG in Verbindung mit § 7 Absatz 1 und 2	816,50

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses		
		Satz 1 Nummer 4 ElektroG geeignet festgestellten Systems je System und Änderung	
		Entgegennahme und Prüfung von Anzeigen öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger und der Betreiber von Erstbehandlungsanlagen (§ 38 Absatz 2 ElektroG)	
	1.13	Entgegennahme und Prüfung der Optimierungsanzeige des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers nach § 38 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 und Satz 5 ElektroG in Verbindung mit § 25 Absatz 1 Satz 3 ElektroG je Sammelgruppe und Anzeige	22,00
	1.14	Entgegennahme und Prüfung der Anzeige der Betreiber einer Erstbehandlungsanlage nach § 38 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 und Satz 6 ElektroG in Verbindung mit § 25 Absatz 2 ElektroG je Zertifikat und Anzeige	100,20
		Anordnungen (§ 15 Absatz 4 Satz 1, § 38 Absatz 3 ElektroG)	
	1.15	Aufstellungsanordnung nach § 15 Absatz 4 Satz 1 ElektroG	6,70
	1.16	Abholanordnung nach § 38 Absatz 3 ElektroG	6,80
		Berücksichtigungs- und Anrechnungsentscheidung (§ 38 Absatz 4 ElektroG)	
	1.17	Entscheidung nach § 38 Absatz 4 ElektroG über die Berücksichtigung oder Anrechnung mitgeteilter Mengen je Mengenmitteilung	60,60

		Abschnitt 2	
		Batterierecht-Durchführungsgesetz (BattDG)	
		Registrierung (§ 31 Absatz 1 BattDG)	
	2.1	Registrierung nach § 31 Absatz 1 Satz 1 oder Satz 2 BattDG je Hersteller, Marke und Batteriekategorie oder je Bevollmächtigten, vertretenen Hersteller, Marke und Batteriekategorie	16,40
	2.2	Quartalsgebühr für BattDG-Registrierungskontoinhaber je Registrierungsnummer und je angefangenes Kalenderquartal	3,80
	2.3	Bescheinigung über die Registrierungspflicht nach §§ 5 und 31 Absatz 1 BattDG je Hersteller und Batterie oder je Bevollmächtigten, vertretenen Hersteller und Batterie jeweils nach Aufwand der Prüfung	103,70 bis 3 008,90
		Organisationen für Herstellerverantwortung (§ 31 Absatz 2 BattDG)	
	2.4	Zulassung einer Organisation für Herstellerverantwortung nach § 31 Absatz 2 BattDG je Zulassung und Batteriekategorie jeweils nach Aufwand der Prüfung	412,50 bis 7 838,90
	2.5	Änderung der Zulassung einer Organisation für Herstellerverantwortung nach § 31 Absatz 2 Satz 1 BattDG oder nachträgliche Auflage zur Zulassung einer Organisation für Herstellerverantwortung nach § 8 Absatz 7 BattDG oder Anordnung einer Angebotsabgabe nach § 41 Absatz 1 BattDG in Verbindung mit Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 sowie Artikel 59 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe b oder Artikel 60 Ab-	77,90 bis 1 596,90

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses		
		satz 1 Satz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2023/1542 oder sonstige Anordnung gegenüber einer Organisation für Herstellerverantwortung nach § 41 Absatz 1 BattDG je Änderung, Auflage oder Anordnung jeweils nach Aufwand der Prüfung der Änderung, Auflage oder Anordnung	
	2.6	Überprüfung der Zulassungsvoraussetzungen nach § 31 Absatz 2 Satz 2 BattDG je Zulassung und Überprüfung jeweils nach Aufwand der Überprüfung	190,30 bis 3 615,70
	Abschnitt 3 Übergreifende Leistungen auf Grund des ElektroG oder des BattDG		
	3.1	Zustimmung zum Übergang der Registrierungen bei nur teilweiser Gesamtrechtsnachfolge nach § 37 Absatz 4 Satz 2 ElektroG oder bei gesellschaftsrechtlicher Änderung (Änderung von Firma, Ort der Niederlassung oder Sitz, Anschrift, Name des Vertretungsberechtigten sowie Änderung von Namen und Kontaktdaten des vertretenen Herstellers) Prüfung der Änderung der Registrierungen – nach § 37 Absatz 1 Satz 1 oder Satz 2 ElektroG in Verbindung mit § 6 Absatz 1 Satz 4 ElektroG oder – nach § 31 Absatz 1 Satz 1 oder Satz 2 BattDG in Verbindung mit Artikel 55 Absatz 12 der Verordnung (EU) 2023/1542 je Hersteller oder je Bevollmächtigter	157,20
	3.2	Erhöhung der Gebühr nach den Nummern 1.1 bis 1.8, 1.13 und 1.14 bei Antragstellung, Übermittlung der Nachweise oder Anzeigen außerhalb	35,50 bis 320,20

Entwurf	Beschlüsse des 16. Ausschusses		
		des zur Verfügung gestellten elektronischen Datenverarbeitungssystems nach § 37 Absatz 3 ElektroG, auch in Verbindung mit § 38 Absatz 2 Satz 2 ElektroG oder nach den Nummern 2.1 bis 2.6 bei Antragstellung oder Übermittlung der Nachweise außerhalb des von der zuständigen Behörde zur Verfügung gestellten elektronischen Datenverarbeitungssystems nach § 5 Absatz 2, § 8 Absatz 9 oder § 32 Absatz 7 BattDG oder nach Nummer 3.1 bei Antragstellung oder Übermittlung der Nachweise außerhalb des von der zuständigen Behörde zur Verfügung gestellten elektronischen Datenverarbeitungssystems nach § 37 Absatz 3 ElektroG oder nach § 5 Absatz 2 BattDG	

**Bericht der Abgeordneten Florian Bilic, Martina Uhr, Michael Thews,
Dr. Jan-Niclas Gesenhues und Mareike Hermeier**

A. Allgemeiner Teil

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf **Drucksache 21/570** wurde in der 14. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. Juni 2025 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Verkehrsausschuss sowie den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung auf **Drucksache 21/1150** wurde in der 20. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. September 2025 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Verkehrsausschuss sowie den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu den Buchstaben a und b

Der wesentliche Inhalt der beiden Gesetzentwürfe liegt in der Anpassung des deutschen Batterierechts an die unmittelbar geltende Verordnung (EU) 2023/1542 über Batterien und Altbatterien. Diese EU-Verordnung, die am 17. August 2023 in Kraft getreten ist, etabliert einen einheitlichen Rechtsrahmen für die Anforderungen an die Batterieproduktion sowie die Entsorgung von Altbatterien.

Die Kernlösung des Gesetzentwurfs ist die Ablösung des bisherigen Batteriegesetzes (BattG) durch ein neues Batterierecht-Durchführungsgesetz (BattDG). Dies ist notwendig, da die EU-Verordnung Öffnungsklauseln für nationale Gesetzgeber und konkrete Regelungsaufträge an die Mitgliedstaaten enthält, was einen zwingenden Anpassungsbedarf im nationalen Recht erzeugt.

Die Regelungsbereiche des neuen BattDG umfassen:

- Allgemeine Vorschriften (Teil 1)
- Anforderungen an die Bewirtschaftung von Altbatterien (Teil 2)
- Festlegung der am Beschränkungsverfahren für gefährliche Stoffe beteiligten Behörden (Teil 3)
- Regelungen zur Konformität von Batterien (Teil 4)
- Anforderungen hinsichtlich der Sorgfaltspflichten in der Lieferkette (Teil 5)
- Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen (Teil 6)
- Bußgeldvorschriften und Schlussbestimmungen (Teil 7)

Der Gesetzentwurf verfolgt zudem die Ziele der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, insbesondere die Sicherstellung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster (Nachhaltigkeitsziel 12), sowie Beiträge zum Klimaschutz (Ziel 13) und zu transparenten Institutionen (Ziel 16).

III. Öffentliche Anhörung

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit hat in seiner 9. Sitzung am 1. September 2025 eine öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf auf Drucksache 21/570 durchgeführt.

Hierzu hat der Ausschuss folgende Sachverständige eingeladen:

Tim Bagner

Deutscher Städtetag

Georgios Chryssos

Vorstand der Stiftung Gemeinsames Rücknahmesystem Batterien (GRS)

Antje Gerstein

Handelsverband Deutschland (HDE)

Gunther Kellermann

Verband der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI)

Prof. Dr. Ing. Reinhard Müller-Syhre

Gesellschaft für FORTSCHRITT in FREIHEIT e. V.

Dr. Holger Thärichen

Geschäftsführer der Abteilung Abfallwirtschaft und Stadtsauberkeit VKS im Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU)

Anja Siegesmund

Geschäftsführende Präsidentin des Bundesverbands der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft e. V. (BDE)

Dr. Marieke Hoffmann

Kreislaufwirtschaft Deutsche Umwelthilfe e. V.

Uwe Feige

Einzel­sachverständiger (Werkleiter, Kommunalservice Jena)

Die Ergebnisse sind in die Beratungen des Ausschusses eingeflossen. Die schriftlichen Stellungnahmen der geladenen Sachverständigen (Ausschussdrucksachen 21(16)27-A bis 21(16)27-G) sowie das Wortprotokoll der Anhörung werden der Öffentlichkeit über das Internet zugänglich gemacht.

IV. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 6. Sitzung am 10. September 2025 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke empfohlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 21/570 in geänderter Fassung anzunehmen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 6. Sitzung am 10. September 2025 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke empfohlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 21/570 in geänderter Fassung anzunehmen.

Der **Verkehrsausschuss** hat in seiner 6. Sitzung am 10. September 2025 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke empfohlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 21/570 in geänderter Fassung anzunehmen.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat in seiner 6. Sitzung am 10. September 2025 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen

AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke empfahlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 21/570 in geänderter Fassung anzunehmen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 6. Sitzung am 10. September 2025 empfohlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 21/1150 für erledigt zu erklären.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 6. Sitzung am 10. September 2025 empfohlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 21/1150 für erledigt zu erklären.

Der **Verkehrsausschuss** hat in seiner 6. Sitzung am 10. September 2025 empfohlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 21/1150 für erledigt zu erklären.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat in seiner 6. Sitzung am 10. September 2025 empfohlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 21/1150 für erledigt zu erklären.

V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 21/570 sowie den Gesetzentwurf auf Drucksache 21/1150 in seiner 10. Sitzung am 10. September 2025 abschließend behandelt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, dass mit dem Gesetzentwurf und dem Entschließungsantrag ein wichtiger Schritt zur Anpassung der EU-Batterieverordnung und zur Rechtssicherheit gemacht worden sei. Dies sei auch aus zeitlicher Sicht notwendig gewesen. Die Anhörung habe den bereits bestehenden Eindruck bestätigt, dass es Änderungsbedarf gebe, weshalb der Gesetzentwurf mit dem eingebrachten Änderungsantrag noch einmal konkretisiert werde. Mit dem Entschließungsantrag würden im Übrigen wichtige Themen adressiert. Es sei beispielsweise wichtig gewesen, das Thema Herstellerverantwortung durch die Einführung einer Altbatteriekommission stärker zu verankern, um für ein Mitspracherecht der Praxis zu sorgen. Darüber hinaus werde konkretisiert, dass die Abholkoordination nur eine Rückfalloption und keine grundsätzliche Regelung sei. Die Prüfpflicht sei entfernt worden, weil eine Übererfüllung von EU-Vorgaben verhindert werden sollte. Außerdem sei es bei der Informationspflicht gelungen, einige Konkretisierungen vorzunehmen. Schließlich sei mit dem Entschließungsantrag das aus Sicht der Fraktion der CDU/CSU sehr wichtige Thema der Brände auf Recyclinghöfen, die tagtäglich vorkämen, aufgegriffen worden. Hierzu würden die Erfahrungen der Praxis herangezogen, um praxisnahe Lösungen finden zu können. Auch die Diskussion über ein Batteriepfand und die Frage des Mitspracherechts der Hersteller seien wichtig und würden entsprechend im Entschließungsantrag erörtert. Die Fraktion der CDU/CSU brachte schließlich ihren Dank für die gute Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) und dem Koalitionspartner sowie ihre Zufriedenheit über das Ergebnis der Beratungen zum Ausdruck.

Die **Fraktion der AfD** befürchtete eine fehlende Wirtschaftlichkeit des Rezyklats und hinterfragte, ob zumindest aus heutiger Sicht europäische Batterien mit Rezyklateinsatz wettbewerbsfähig seien gegenüber Neubatterien. Durch das Batterierecycling dürften nicht wie bereits beim Kunststoffrecycling Exportchancen geschmälert werden. Zu diesem Gesichtspunkt aber auch zur erweiterten Herstellerverantwortung hätten die Hersteller intensiv involviert werden müssen. Es sei falsch, die Verantwortung der Hersteller zu erhöhen, ihnen aber kein Mitspracherecht einzuräumen. Momentan seien 97 Prozent der deutschen Batteriefabrikanten Zweigwerke chinesischer und südkoreanischer Hersteller seien. Diese hätten laut § 5 der Verordnung das Recht auf den Aufbau eines eigenen Rücknahmesystems, sofern es mit den gesetzlichen Anforderungen zusammenpasse. Es bestehe die Gefahr, dass asiatische Hersteller eigene Systeme aufbauen würden, was die europäische Industrie zwingen könnte, Rezyklat beim Wettbewerber zu kaufen, sofern es überhaupt angeboten werde. Dieses Szenario könnte nach Ansicht der Fraktion das Ende der europäischen Batterieindustrie herbeiführen. Zudem wies die Fraktion der AfD darauf hin, dass die Batterieverordnung (EU) 2023/1542 als unmittelbar geltendes EU-Recht der Vollharmonisierung nationale Anforderungen wie Markenregistrierung oder CO₂-Fußabdruck im Batterierecht-Durchführungsgesetz überflüssig mache und diese daher zu streichen seien. Abschließend bemängelte sie das Fehlen einer eindeutigen Aussage, dass die begleitende Bürokratie ausschließlich durch bereits vorhandenes internes Personal besetzt werden solle. Dies spare Kosten und beschränke die Umsetzung auf das Notwendige.

Die **Fraktion der SPD** erinnerte daran, dass es um die Anpassung des Batterierechts an die EU-Batterieverordnung gehe. Die Anzahl der Batterien, die meistens in Geräten verbaut seien, steige ständig. Dies sei mit gewissen Herausforderungen verbunden. Zum einen müssten Kreisläufe geschlossen und Rohstoffe zurückgewonnen werden. Dies sei gerade in einem so rohstoffarmen Land wie Deutschland dringend erforderlich. Zum anderen sei es wichtig, sicherzustellen, dass keine gefährlichen Stoffe enthalten seien, die eine Gefahr für Verbraucherinnen und Verbraucher darstellen würden. Der Gesetzentwurf stamme aus der letzten Legislaturperiode. Damals sei es bereits dringend erforderlich gewesen, sich mit der Anpassung auseinanderzusetzen. Die Fraktion der SPD zeigte sich erfreut, dass es gelungen sei, wichtige nationale Ziele wie die Sammelquoten für Gerätealtbatterien und die Pfandpflicht für Starterbatterien beizubehalten. Für die Kommunen sei es wichtig gewesen, das Verfahren für die Starterbatterien beizubehalten. Dies sei eine Auswirkung der Anhörung und der intensiven Diskussion gewesen und sei auch sinnvoll, damit die Kommunen Einkünfte generieren könnten. Bezüglich der Annahmeverpflichtung für LV-Batterien sei es im Übrigen wichtig gewesen, dass die Wertstoffhöfe auch in die Lage versetzt würden, die Aufgabe überhaupt zu erfüllen. Deswegen werde die Pflicht erst zum 1. Januar 2026 in Kraft treten. Darüber hinaus habe die Diskussion ergeben, dass auch die Miteinbeziehung der Online-Plattform in die Verantwortung wichtig sei. Es sei anzumerken, dass die Kontrolle bei Importen aus Asien schwierig und aufwendig, aber weiterhin wichtig sei und zusammen mit der Beteiligung von Online-Plattformen in den Fokus gestellt werden müsse. Schließlich seien die im Entschließungsantrag erwähnten, durch lithiumhaltige Batterien verursachten Brände in Recyclingbetrieben ein großes Problem, das einer Lösung bedürfe, um die hiesige Kreislaufwirtschaft zu erhalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN** würdigte den Beschluss der europäischen Batterieverordnung als großen umweltpolitischen Erfolg, für den sie noch einmal der damaligen Bundesumweltministerin Steffi Lemke sowie dem Bundesumweltministerium dankte. Die Verordnung sei zum einen wichtig für die Rohstoffsicherheit. Man tue gut daran, dafür zu sorgen, wertvollen Rohstoffe, die in den Batterien gespeichert seien, in den Kreislauf zurückzuführen. Damit mache man sich auch unabhängiger von Rohstoffimporten. Auch aus ökologischer Sicht sei es das Recycling wichtig, vor allem vor der steigenden Bedeutung von Batterien beispielsweise im Mobilitäts- und im Energiespeicherungsbereich. Aber auch Sicherheitsaspekte verdeutlichten den großen Handlungsbedarf, dies zeigten regelmäßige Brände in Recycling-Betrieben aufgrund von falsch entsorgten Batterien, die Millionen-schäden verursachten. Trotz dieses Erfolges zeige der vorliegende Gesetzentwurf aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jedoch Lücken auf, weshalb sie für die abschließende Debatte im Plenum einen eigenen Entschließungsantrag vorgelegt habe. Erforderlich seien wirksame Anreize zur Erhöhung der Sammelquoten; ein Pfandsystem für bestimmte Batterien sei unerlässlich, hierzu habe das Umweltbundesamt ein Konzept vorgelegt. Der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen sei unterambitioniert. Ein zentraler Kritikpunkt betreffe die erweiterte Herstellerverantwortung, die gegenüber dem Gesetzentwurf der Vorgängerregierung abgeschwächt werde. Die Fraktion forderte, dass die Hersteller sich einer gemeinsamen Organisation für die Herstellerverantwortung anschließen oder eine solche errichten müssten. Nur dies gewährleiste eine lückenlose Erfüllung der Verantwortlichkeiten für Rücknahme, Entsorgung, Information und Berichterstattung und mache einen Entzug aus der Verantwortung unmöglich. Andernfalls würden möglicherweise ökologisch investierende Hersteller bestraft. Die Fraktion warb daher für die Zustimmung zu ihrem eigenen Entschließungsantrag, um hier noch einmal nachzubessern. Dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen in der vorliegenden Form könne dementsprechend nicht zugestimmt werden.

Die **Fraktion Die Linke** kritisierte, dass die Sammelquote für Altbatterien im Jahr 2024 mit etwas über 53,8 Prozent unzureichend sei. Es sei zwar positiv, dass Unternehmen wie Remondis nun aktiv würden – leider erst aus wirtschaftlichen Gründen nach Brandereignissen –, jedoch gehe der Gesetzentwurf in vielen Teilen nicht weit genug. Sie unterstrich die Forderung nach einer generellen Pfandpflicht, da Studien die Wirksamkeit solcher Modelle belegten und dies die Sammelquote drastisch steigern könnte. Sie sah die weitere Erhöhung der Herstellerverpflichten teilweise kritisch, da dies eine Oligopolbildung durch privatwirtschaftliche Rücknahmeorganisationen oder Firmen begünstigen werde. Zudem bestehe die Gefahr, dass Unternehmen, die kein besonderes Interesse an Entsorgung oder Umwelt hätten, für die Entsorgung auf Drittstaaten außerhalb der EU auswichen, wodurch der Verbleib der Batterien ungeklärt bliebe. Sie forderte daher eine echte Herstellerverantwortung. Des Weiteren bemängelte sie, dass gesetzliche Termini im Importgeschäft unklar beschrieben seien und aus dem Gesetzentwurf nicht klar hervorgehe, wer genau gemeint sei. Auch die Rücknahmepflicht für Online-Händler sei wegen vager Begriffe nicht umsetzbar. Das Kernproblem der Fehlwürfe – falsch entsorgte Batterien im Restmüll – und die damit verbundenen Brandgefahren blieben somit ungelöst.

Zu Buchstabe a

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke, den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Ausschussdrucksache 21(16)65 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke zu empfehlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 21/570 in geänderter Fassung anzunehmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke zu empfehlen, den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Ausschussdrucksache 21(16)66 anzunehmen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke zu empfehlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 21/1150 für erledigt zu erklären.

VI. Begründung zu den Änderungen

Die nachfolgende Begründung enthält lediglich Erläuterungen für die vom Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit empfohlenen Änderungen gegenüber der ursprünglichen Fassung des Gesetzentwurfs. Soweit der Ausschuss die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs empfiehlt, wird auf die Begründung auf Drucksache 21/570 verwiesen.

Zu Artikel 1 (Batterierecht-Durchführungsgesetz)

Zur Inhaltsübersicht

Die Inhaltsübersicht wird aufgrund der Einfügung eines neuen § 28 und der neuen §§ 35 und 36 angepasst.

Zu § 3

Die Änderungen in § 3 stellen eine Folgeänderung zur Streichung von § 4 Absatz 3 Nummer 2 dar.

Zu § 4

Die Änderungen in § 4 Absatz 1 und 3 stellen zum einen Folgeänderungen aufgrund der Einfügung der neuen §§ 28, 35 und 36 dar. Zum anderen wurde § 4 Absatz 3 Nummer 2 gestrichen. Die Regelung beinhaltete ein Verbot für Online-Plattformen, das Anbieten von Batterien zu ermöglichen, sofern der Hersteller nicht oder nicht ordnungsgemäß registriert ist. Artikel 62 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2023/1542 in Verbindung mit Artikel 30 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2022/2065 legt bereits fest, dass den Anbietern von Online-Plattformen durch die Hersteller von Batterien das Herstellerregister sowie die Registernummer als Information übermittelt wird. Nach Artikel 30 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/2065 muss die Online-Plattform die übermittelten Informationen überprüfen. Eine weitere nationale Regelung soll nicht erfolgen. Eine solche sollte zunächst auf europarechtlicher Ebene getroffen werden.

Zu § 5

Die Änderungen in § 5 Absatz 1 stellen Folgeänderungen aufgrund der Einfügung der neuen §§ 28, 35 und 36 dar.

Zu § 7

Die Änderung in § 7 Absatz 3 stellt eine Folgeänderung aufgrund der Einfügung des neuen § 28 dar.

Zu § 8

In § 8 Absatz 2 und 3 wird ein expliziter Bezug zu Artikel 8a Absatz 3 Buchstabe d der Richtlinie 2008/98/EG vorgenommen. Die Richtlinie schreibt vor, dass Hersteller bzw. Organisationen für Herstellerverantwortung einen Eigenkontrollmechanismus einzurichten haben, der die Finanzverwaltung und die Qualität der Datenberichterstattung bewertet. Auch Artikel 58 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2023/1542 fordert einen solchen Eigenkontrollmechanismus und nimmt dabei Bezug auf die Vorgaben der Richtlinie 2008/98/EG. Um eine ordnungsgemäße Umsetzung dieser Richtlinie sicherzustellen, wird auch im BattDG ein expliziter Bezug aufgenommen.

Die Änderungen in § 8 Absatz 5 stellen eine Folgeänderung aufgrund der Einfügung des neuen § 28 dar.

Zu § 9

Die Änderungen in § 9 Absatz 2 bis 4 stellen Folgeänderungen aufgrund der Einfügung der neuen §§ 28, 35 und 36 dar.

Zu § 10

Die Änderung in § 10 Absatz 1 stellt eine Folgeänderung aufgrund der Einfügung der neuen §§ 28, 35 und 36 dar.

Zu § 11

Die Änderungen in § 11 Absatz 5 sollen klarstellen, dass grundsätzlich die Rücknahme von Starter-, Industrie- und Elektrofahrzeugbatterien durch die Organisationen für Herstellerverantwortung bzw. Hersteller, die ihre erweiterte Herstellerverantwortung individuell wahrnehmen, nach Artikel 61 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2023/1542 zu erfolgen hat. Nur, wenn eine Sammel- oder Rücknahmestelle keiner Organisation für Herstellerverantwortung bzw. keinem Hersteller angeschlossen ist oder aber die Abholung durch die entsprechende Organisation für Herstellerverantwortung bzw. durch den entsprechenden Hersteller nicht erfolgt, soll auf die Möglichkeit der behördlichen Zuweisung zurückgegriffen werden können. In diesem Fall erfolgt eine Meldung an die zuständige Behörde nach § 22 Absatz 1 durch den jeweils sammelnden Akteur, der keinen Abnehmer für die gesammelten Altbatterien findet. Hierdurch wird eine Zuweisung durch die zuständige Behörde überhaupt erst auslöst. Auf diese Weise wird sicherstellt, dass die sammelnden Akteure nicht selbst für die ordnungsgemäße Entsorgung der jeweiligen Altbatterien sorgen und hierfür die Kosten tragen müssen.

Zu § 12

Die Änderungen in § 12 stellen Folgeänderungen aufgrund der Einfügung des neuen § 28 dar.

Zu § 20

Der bisherige § 20 wird § 20 Absatz 1. Zudem werden zwei neue Absätze eingefügt.

Mit dem neuen Absatz 2 wird den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern das Recht eingeräumt, selbst für die Entsorgung der freiwillig gesammelten Starter- und Industriealtbatterien zu sorgen. Durch die Entsorgungserlöse wird den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern die Möglichkeit eingeräumt, etwaige Kosten, die durch die Sammlung der Altbatterien entstehen, gegenzufinanzieren.

Der neue Absatz 3 verpflichtet die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, die von der Möglichkeit nach Absatz 2 Gebrauch machen, die Eigenverwertung gegenüber der zuständigen Behörde anzuzeigen. Die Anzeige hat drei Monate vor der Übernahme der eigenverantwortlichen Entsorgung zu erfolgen.

Zu § 24

§ 24 Absatz 3 überträgt die Regelungen der Absätze 1 und 2 auf Händler, die Batterien im Wege von Fernabsatzverträgen an Endnutzer abgeben. Sowohl die Informationspflichten nach Absatz 1 als auch die Hinweispflichten nach Absatz 2 sind beim Verkauf im Wege von Fernabsatzverträgen von Bedeutung. Nur so kann eine Gleichstellung des stationären Handels mit dem Online- und Katalog-Handel erreicht werden. Mit der vorgenommenen Änderung soll deutlich gemacht werden, dass die Informations- und Hinweispflichten sowohl in schriftlicher als auch in bildlicher Form zu erfolgen haben. Insbesondere die Kennzeichnung nach § 25 Absatz 4 Satz 1 ist durch einen bildlichen Hinweis darzustellen.

Zu § 26

Die Änderungen in § 26 Absatz 4 und 5 stellen eine Folgeänderung aufgrund der Einfügung der neuen §§ 28, 35 und 36 dar.

Zu § 27

Die Änderung in § 27 Satz 4 stellt eine Folgeänderung aufgrund der Einfügung der neuen §§ 28, 35 und 36 dar.

Zu § 28

Der neue § 28 ist eine Folgeänderung zum neuen § 20 Absatz 2. Da die Mitgliedstaaten nach Artikel 76 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1542 verpflichtet ist, der Europäischen Kommission umfassende Daten zu den auf den Markt bereitgestellten Batterien sowie den gesammelten und einer Verwertung zugeführten Altbatterien zu übermitteln, muss im Fall der Eigenverwertung durch die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger sichergestellt werden, dass auch die Daten zu den in diesem Fall gesammelten und einer Verwertung zugeführten Altbatterien getrennt nach Batteriekategorien dem Umweltbundesamt zur Verfügung gestellt werden. Dies wird durch den neuen § 28 sichergestellt.

Durch die Einfügung verschieben sich die nachfolgenden Paragraphen.

Zu § 29

Der bisherige § 28 wird zu § 29. Die Änderung in § 29 Absatz 3 stellt eine Folgeänderung aufgrund der Einfügung der neuen §§ 28, 35 und 36 dar.

Zu § 30

Der bisherige § 29 wird § 30.

Zu § 31

Der bisherige § 30 wird § 31. Die Änderungen in § 31 Absatz 1, 5, 6 und 8 stellen eine Folgeänderung aufgrund der Einfügung der neuen §§ 28, 35 und 36 dar.

Zu § 32

Der bisherige § 31 wird § 32. Zudem wird als Folgeänderung zum neuen § 20 Absatz 3 eine entsprechende Aufgabe der zuständigen Behörde zur Entgegennahme der Meldungen der eigenverwertenden öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger aufgenommen.

Zu § 33

Der bisherige § 32 wird § 33. Die Änderungen in § 33 Absatz 2 und 4 stellen eine Folgeänderung aufgrund der Einfügung der neuen §§ 28, 35 und 36 dar.

Zu § 34

Der bisherige § 33 wird § 34. Zudem werden Folgeänderungen aufgrund der Einfügung der neuen §§ 28, 35 und 36 umgesetzt.

Zu den §§ 35 und 36

Die neuen §§ 35 und 36 sollen eine stärkere Beteiligung der Hersteller, der Organisationen für Herstellerverantwortung, der Entsorgungswirtschaft, der kommunalen Seite und der Umwelt- und Verbraucherschutzverbände an wesentlichen Entscheidungen der zuständigen Behörde sicherstellen. Zudem dienen sie einem regelmäßigen Austausch der betroffenen Akteure nach Artikel 8a Absatz 6 der Richtlinie 2008/98/EG.

Der neue § 35 Absatz 1 Satz 1 sieht hierfür die Einrichtung einer Altbatteriekommission vor und konkretisiert in Satz 2 ihre Funktion als beratendes Gremium. Der zuständigen Behörde obliegt die erstmalige und fortlaufende Einberufung der Altbatteriekommission und ihre organisatorische Leitung. Nach Benennung der Mitglieder und Zustimmung der zuständigen Behörde zur Geschäftsordnung nach Absatz 4 kann die Kommission die Beratungstätigkeiten aufnehmen.

Absatz 2 sieht vor, dass die Beratungsentscheidungen der Altbatteriekommission als mit Mehrheit beschlossene Empfehlungen ergehen. Dabei wird klargestellt, dass nähere Regelungen, insbesondere zur Stimmabgabe in der Geschäftsordnung nach Absatz 4 festzulegen sind. Dabei ist ein schriftliches oder elektronisches Umlaufverfahren ebenso zulässig wie die Beratung in Präsenz. Näheres zur Einberufung und Organisation kann in der Geschäftsordnung bestimmt werden. Die Entscheidungen der zuständigen Behörde können auch entgegen der Empfehlungen der Altbatteriekommission ergehen. Hierdurch wird die Unabhängigkeit der Verwaltung sichergestellt. Jedoch ist in diesem Fall nach Satz 4 die gegenteilige Entscheidung der zuständigen Behörde zu begründen. Dies dient der Transparenz auch gegenüber der Altbatteriekommission.

Absatz 3 erlaubt der zuständigen Behörde eine Entscheidung ohne Berücksichtigung einer Empfehlung, sofern die Altbatteriekommission nach entsprechender Fristsetzung keine Empfehlung vorlegt. Diese Frist setzt die zuständige Behörde in Ausübung der organisatorischen Leitung der Altbatteriekommission. Die zuständige Behörde kann diese Frist für alle Beratungstatbestände gemäß Absatz 1 festlegen.

Absatz 4 sieht vor, dass die Altbatteriekommission ihre Geschäfte auf Grundlage einer Geschäftsordnung verrichtet. Die Geschäftsordnung wird durch die Altbatteriekommission erarbeitet und bedarf der Zustimmung der zuständigen Behörde als Geschäftsstelle. Die Annahme der Geschäftsordnung und ihrer Änderungen erfolgt ebenfalls mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Die Zustimmung der zuständigen Behörde zur Geschäftsordnung hat gemäß Satz 3 im Hinblick auf die Altbatteriekommission konstituierende Wirkung, so dass mit Erteilung der Zustimmung die Arbeiten der Kommission aufgenommen werden können. Die Vorschriften zur Altbatteriekommission treten bereits am Tag nach der Verkündung in Kraft. Dadurch soll eine zügige Benennung der Mitglieder nach § 36 sowie die Annahme der Geschäftsordnung als konstituierender Akt ermöglicht werden. Auch vor diesem Hintergrund regeln die Sätze 4 und 5 den Fall, dass die Kommission zwar zusammentritt, aber der zuständigen Behörde keine Geschäftsordnung zur Zustimmung vorlegt. Die zuständige Behörde kann die Kommission zunächst unter Fristsetzung zur Vorlage einer Geschäftsordnung auffordern. Sollte diese Frist fruchtlos verstreichen, können die genannten Verfahren auch ohne Beteiligung der Kommission durchgeführt werden. Dadurch wird der Vollzug des Gesetzes sichergestellt.

§ 36 Absatz 1 Satz 1 regelt die Anzahl der Mitglieder der Altbatteriekommission. Die Verteilung der Sitze berücksichtigt in Satz 2 die Hersteller und Händler (Nummer 1), die Organisationen für Herstellerverantwortung (Nummer 2) die kommunale Entsorgungswirtschaft (Nummer 3), die kommunalen Akteure (Nummer 4), die privatrechtliche Entsorgungsbranche, auch mit Blick auf die Entsorgung von Elektro-Altgeräten und Altfahrzeugen, (Nummern 5 und 6) und die Umwelt- und Verbraucherverbände (Nummer 7). Alle Mitglieder der Altbatteriekommission sind stimmberechtigt; ihre Stimmen sind gleichwertig. Die Sätze 3 und 4 stellen klar, dass die Mitglieder der Altbatteriekommission ehrenamtlich tätig sind und keine Vergütung oder Erstattung von Auslagen erhalten.

Absatz 2 legt fest, wie die jeweiligen Mitglieder zu benennen sind. Dazu fordert die zuständige Behörde Interessenvertreter und Verbände auf, ihre Vertreter zu benennen. Dazu sollte die zuständige Behörde zunächst eine Liste der in Frage kommenden Institutionen und Verbände zusammenstellen und diese für Anmerkungen veröffentlichen. Damit soll auch nicht gelisteten Verbänden oder Interessenvertretern die Möglichkeit gegeben werden, bei hinreichender Relevanz in die Liste aufgenommen zu werden. Anschließend fordert die zuständige Behörde die gelisteten Institutionen schriftlich oder elektronisch auf, innerhalb einer Frist, ihre Vertreter zu benennen. Danach obliegt es den jeweiligen Verbänden und Interessenvertretern eine Einigung herbeizuführen. Dieses Verfahren gilt für die erstmalige und alle nachfolgenden Besetzungen und damit auch für die mit einer nachfolgenden Besetzung verbundene Abberufung eines bisherigen Mitglieds. Nähere Einzelheiten, insbesondere die Dauer, die Benennung sowie die Abberufung oder das Ausscheiden von Mitgliedern aus sonstigen Gründen, sind in der Geschäftsordnung zu regeln. Sollte innerhalb der von der zuständigen Behörde gesetzten Frist keine Einigung zwischen den Verbänden und Interessenvertretern erfolgen, ernennt die zuständige Behörde die betreffenden Mitglieder der Altbatteriekommission. Dadurch soll der Vollzug dieses Gesetzes sichergestellt werden. Bei Erstellung der Liste und ggf. der Benennung der Vertreter durch die zuständige Behörde ist insbesondere darauf zu achten, dass eine Repräsentanz der wesentlichen Industriezweige sichergestellt ist.

Zu § 37

Der bisherige § 34 wird § 37. Die Änderungen in § 37 Absatz 1 stellen Folgeänderungen aufgrund der Einfügung der neuen §§ 28, 35 und 36 dar. Hierdurch wird der zuständigen Behörde zudem auch die Befugnis verliehen, die

neuen Aufgaben nach § 35 Absatz 1 Satz 3, Absatz 3 und 4 sowie § 36 Absatz 2 der Gemeinsamen Stelle durch Beleihung zu übertragen. Hierdurch wird sichergestellt, dass Empfehlungen der Altbatteriekommission direkt die Beliehene erreichen.

Zu § 38

Der bisherige § 35 wird § 38.

Zu § 39

Der bisherige § 36 wird § 39. Die Änderungen in § 39 Absatz 3 stellen Folgeänderungen aufgrund der Einfügung der neuen §§ 28, 35 und 36 dar.

Zu § 40

Der bisherige § 37 wird § 40.

Zu § 41

Der bisherige § 38 wird § 41.

Zu § 42

Der bisherige § 39 wird § 42.

Zu § 43

Der bisherige § 40 wird § 43.

Zu § 44

Der bisherige § 41 wird § 44. Die Änderung in § 44 Absatz 2 stellt eine Folgeänderung aufgrund der Einfügung der neuen §§ 28, 35 und 36 dar.

Zu § 45

Der bisherige § 42 wird § 45.

Zu § 46

Der bisherige § 43 wird § 46. Die Änderung in § 46 Absatz 2 stellt eine Folgeänderung aufgrund der Einfügung der neuen §§ 28, 35 und 36 dar.

Zu § 47

Der bisherige § 44 wird § 47.

Zu § 48

Der bisherige § 45 wird § 48.

Zu § 49

Der bisherige § 46 wird § 49.

Zu § 50

Der bisherige § 47 wird § 50.

Zu § 51

Der bisherige § 48 wird § 51.

Zu § 52

Der bisherige § 49 wird § 52.

Zu § 53

Der bisherige § 50 wird § 53. Die Änderungen in Absatz 1 und Absatz 3 Nummer 2 stellen Folgeänderungen aufgrund der Einfügung der neuen §§ 28, 35 und 36 dar.

Zu § 54

Der bisherige § 51 wird § 54.

Zu § 55

Der bisherige § 52 wird § 55.

Zu § 56

Der bisherige § 53 wird § 56. Die Änderung in Absatz 1 stellt eine Folgeänderung aufgrund der Einfügung der neuen §§ 28, 35 und 36 dar.

Zu § 57

Der bisherige § 54 wird § 57. Die Änderung in Absatz 1 stellt eine Folgeänderung aufgrund der Einfügung der neuen §§ 28, 35 und 36 dar.

Zu § 58

Der bisherige § 55 wird § 58.

Zu § 59

Der bisherige § 56 wird § 59. Die Änderung in Absatz 2 stellt eine Folgeänderung aufgrund der Einfügung der neuen §§ 28, 35 und 36 dar.

Zu § 60

Der bisherige § 57 wird § 60. Durch die Streichung von § 4 Absatz 3 Nummer 2 entfällt auch der entsprechende Bußgeldtatbestand in § 60 Absatz 1 Nummer 2. Die bisherigen Nummern 3 bis 13 werden daher zu den Nummern 2 bis 12. Zudem werden als Folgeänderungen auch die Verweise in den Nummern 11 und 12 sowie in Absatz 2 an die neue Aufzählung der Paragraphen angeglichen. Aufgrund der Neustrukturierung des Absatz 1 sind auch die Verweise in Absatz 3 an die neue Nummerung anzugleichen.

Zu § 61

Der bisherige § 58 wird § 61. Die Änderungen in Absatz 1 stellen Folgeänderungen aufgrund der Einfügung der neuen §§ 28, 35 und 36 dar. Vor dem Hintergrund der Streichung von § 4 Absatz 3 Nummer 2 war zudem auch § 61 Absatz 3 zu streichen.

Zu § 62

Der bisherige § 59 wird § 62. Die Änderung in Satz 1 stellt eine Folgeänderung aufgrund der Einfügung der neuen §§ 28, 35 und 36 dar.

Zu § 63

Der bisherige § 60 wird § 63.

Zu § 64

Der bisherige § 61 wird § 64. Die Änderungen in den Absätzen 10 und 11 stellen eine Folgeänderung aufgrund der Einfügung der neuen §§ 28, 35 und 36 dar. Zudem wurden ein die neuen Absätze 12 und 13 eingefügt. Mit den Regelungen soll sichergestellt werden, dass Verpflichtungen, die mit der Zulassung von Organisationen für Herstellerverantwortung verbunden sind, erst zum 1. Januar 2026 eingreifen. Hierzu gehören die Verpflichtungen der Organisationen für Herstellerverantwortung zur Zur-Verfügung-Stellen der erforderlichen Informationen zur Ausweisung der Entsorgungskosten, die Annahmepflicht der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger für LV-Alt-Batterien, die Übergabepflicht der Händler, öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger und die Betreiber von Behandlungsanlagen für Elektro-Altgeräte und Altfahrzeuge für Starter-, Industrie- und Elektrofahrgaugaltbatterien an Organisationen für Herstellerverantwortung oder von diesen ausgewählten Abfallbewirtschaftern sowie die Regelungen zur Meldung zum Zwecke der Zuweisung nach § 22.

Zu Artikel 2 (Erste Änderung des Batterierecht-Durchführungsgesetzes)

Die Änderung in Artikel 2 Nummer 2 stellt eine Folgeänderung aufgrund der Einfügung der neuen §§ 28, 35 und 36 dar.

Zu den Artikeln 3 bis 8 allgemein

Durch den Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 6. Mai 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 131) wurden dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz die Verbraucherpolitik, insbesondere den Verbraucherschutz im digitalen Raum bei Waren und Produkten, Online-Handel oder Online-Geschäften, die Verbraucherrechtsdurchsetzung sowie das Verbraucherinformationsgesetz übertragen. Die Übertragung schließt auch die europäischen und internationalen Bezüge der genannten Bereiche und damit insbesondere die zur Durchführung der Verordnung (EU) 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 (ABl. L 345 vom 27.12.2017, S. 1, zuletzt geändert durch die Richtlinie (EU) 2019/771, ABl. L 136 vom 22.5.2019, S. 28) festgelegten Zuständigkeiten mit ein. Zugleich wurden durch den Organisationserlass auch die Ressortbezeichnungen verschiedener Ressorts der Aufgabenveränderung entsprechend angepasst.

Um die veränderten Zuständigkeiten, die geänderten Ressortbezeichnungen und die Übertragung von Verwaltungsaufgaben entsprechend dem Organisationserlass klarzustellen, sollen die betreffenden Rechtsvorschriften angepasst werden. Hier werden Änderungen an den folgenden Gesetzen vorgenommen:

1. Artikel 3: Gesetz über die Errichtung des Bundesamts für Justiz (BfJG),
2. Artikel 4: Gesetz über die Errichtung eines Umweltbundesamtes (UBAG),
3. Artikel 5: Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche (EGBGB),
4. Artikel 6: EU-Verbraucherschutzdurchführungsgesetz (EU-VSchDG),
5. Artikel 7: Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) und
6. Artikel 8: Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz (FinDAG).

Neben der Änderung der Behördenbezeichnung werden die Rechtsvorschriften dahingehend geändert, dass als zuständiges Ressort das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz genannt wird und für die Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben im Bereich des Verbraucherschutzes und der Verbraucherrechtsdurchsetzung, die keine ministerielle Zuordnung erfordern, das Bundesamt für Justiz als zuständige Behörde.

Zu Artikel 3 (Änderung des BfJG)**Zu Nummer 1**

Im Gesetz über die Errichtung des Bundesamts für Justiz wird das zuständige Bundesministerium an verschiedenen Stellen als „Bundesministerium der Justiz“ aufgeführt, was nach dem Organisationserlass nicht mehr zutreffend ist. Deshalb ist die Ressortbezeichnung dahingehend anzupassen, dass der Zusatz „und für Verbraucherschutz“ ergänzt wird.

Zu Nummer 2

Die Vorschrift des § 2 Absatz 1 führt die vom Bundesamt für Justiz wahrzunehmenden Aufgaben auf. Diese sind um den Verbraucherschutz zu ergänzen, nachdem diese Zuständigkeit jetzt zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz gehört. Auch die in Absatz 2 genannten Unterstützungsaufgaben für das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz sind infolge der Zuständigkeitsverlagerung um die Aufgaben des Verbraucherschutzes zu ergänzen, wobei hier insbesondere die Verbraucherrechtsdurchsetzung zu nennen ist. Zudem ist auch in § 2 Absatz 3 die geänderte Ressortbezeichnung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz anzupassen.

Zu Nummer 3

Es handelt sich um eine weitere Änderung zur Anpassung der geänderten Ressortbezeichnung.

Zu Artikel 4 (Änderung des UBAG)**Zu Nummer 1**

Durch die Änderung in § 1 wird die Bezeichnung des für das Umweltbundesamt zuständigen Bundesministeriums angepasst, nachdem dieses Ressort fortan nicht mehr den Zusatz „und Verbraucherschutz“ in der Bezeichnung führt, hingegen sich aber die Zuständigkeit für den „Klimaschutz“ darin nunmehr widerspiegelt.

Zu Nummer 2

Die Vorschrift des § 2 führt die vom Umweltbundesamt wahrzunehmenden Aufgaben auf. Diese sind um den Verbraucherschutz und die Verbraucherrechtsdurchsetzung zu reduzieren, nachdem diese Zuständigkeiten jetzt zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz gehören. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die bislang von der Prüfgruppe Verbraucherschutz im Umweltbundesamt wahrgenommenen Aufgaben zur Durchführung der Verordnung (EU) 2017/239, die künftig dem Bundesamt für Justiz als nachgeordneter Behörde übertragen werden. Zudem ist auch in Absatz 2 die geänderte Ressortbezeichnung des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit anzupassen.

Zu Nummer 3

Es handelt sich um eine weitere Änderung zur Anpassung der geänderten Ressortbezeichnung.

Zu Artikel 5 (Änderung des EGBGB)

Es handelt sich um eine Folgeänderung, die wegen der geänderten Zuständigkeit für Maßnahmen nach dem EU-VSchDG erforderlich ist. Der am 28. Mai 2022 in Kraft getretene Artikel 246e EGBGB ermöglicht es, bestimmte Verletzungen von Verbraucherinteressen im Zusammenhang mit Verbraucherverträgen, bei denen es sich um Verstöße im Sinne von Artikel 3 Nummer 3 oder Artikel 3 Nummer 4 der Verordnung (EU) 2017/2394 handelt, im Rahmen von koordinierten Aktionen im Sinne von Artikel 21 der Verordnung (EU) 2017/2394 als Ordnungswidrigkeit zu verfolgen. Zuständig hierfür ist nach Artikel 246e § 2 Absatz 4 EGBGB derzeit das Umweltbundesamt. Dies entspricht jedoch nicht mehr der geänderten Zuständigkeit infolge des Organisationserlasses vom 6. Mai 2025, so dass nunmehr das Bundesamt für Justiz als zuständige Behörde aufzuführen ist.

Zu Artikel 6 (Änderung des EU-VSchDG)**Zu Nummer 1**

Die Änderung dient der Anpassung an die neuen Vorgaben des Handbuches der Rechtsförmlichkeit (4. Auflage), wonach gemäß Rn. 194 der EU-Rechtsakt nicht mehr mit dem Vollzitat, sondern mit dem Kurzzitat angegeben wird. Das Vollzitat des EU-Rechtsaktes wird gemäß Rn. 195 des Handbuchs der Rechtsförmlichkeit am Ende des Gesetzes unter der Überschrift „EU-Rechtsakte“ angegeben.

Zu Nummer 2

Die Durchführung der Verordnung (EU) 2017/2394 wird nunmehr im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz wahrgenommen. In § 2 des Gesetzes ist daher anstelle des bislang zuständigen Umweltbundesamtes das Bundesamt für Justiz als zuständige Stelle zu benennen.

Zu Nummer 3

Durch die Änderung in § 3 wird klargestellt, dass das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz als die für den Verbraucherschutz und die Verbraucherrechtsdurchsetzung zuständige oberste Bundesbehörde zentrale Verbindungsstelle im Sinne des Artikels 5 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2017/2394 geworden ist.

Zu Nummer 4

Die Änderung in § 11 dient einerseits der Anpassung an die geänderten Ressortbezeichnungen, wovon in diesem Fall das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und das Bundesministerium für Verkehr betroffen sind. Darüber hinaus ersetzt das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz künftig das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit als Adressat der Verordnungsermächtigung.

Zu Nummer 5

§ 12 des Gesetzes sieht Verordnungsermächtigungen vor, um dem zuständigen Bundesministerium die Anpassung der gesetzlichen Regelungen an veränderte europarechtliche Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Diese Kompetenz steht künftig dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz als für den Verbraucherschutz und die Verbraucherrechtsdurchsetzung zuständige oberste Bundesbehörde zu, so dass die Verordnungsermächtigungen entsprechend anzupassen sind.

Zu Nummer 6

Dem Erfordernis der Berichtspflicht an den Deutschen Bundestag bis zum 31. Januar 2025 über die Anwendung des EU-Verbraucherschutzdurchführungsgesetzes durch Bundesbehörden gemäß § 29 ist das (damalige) Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz mit Bericht vom 7. Januar 2025 nachgekommen (Drucksache 20/14530, 2025).

Zu Artikel 7 (Änderung des UWG)

Es handelt sich um eine weitere Folgeänderung aufgrund der geänderten Zuständigkeit für Maßnahmen nach dem EU-VSchDG. Das UWG sieht in § 5c Absatz 1 und § 19 Absatz 1 ebenfalls die Möglichkeit vor, einen Verstoß gegen die Verordnung (EU) 2017/2394 als Ordnungswidrigkeit zu verfolgen, soweit Verbraucherinteressen betroffen sind. Zuständig hierfür ist nach § 19 Absatz 4 Nummer 1 das Umweltbundesamt. Dies entspricht jedoch nicht mehr der geänderten Zuständigkeit infolge des Organisationserlasses vom 6. Mai 2025, so dass nunmehr das Bundesamt für Justiz als zuständige Behörde aufzuführen ist.

Zu Artikel 8 (Änderung des FinDAG)**Zu Nummer 1**

Die Änderung dient der Anpassung an die neue Behördenbezeichnung des Bundesministeriums des Innern.

Zu Nummer 2

Im Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht war das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit bislang mit einem Sitz zur Wahrnehmung verbraucherpolitischer Interessen vertreten. Durch die Übertragung des Aufgabenbereichs Verbraucherschutz auf das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz steht dieser Sitz künftig diesem Ressort zu. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz ist auch weiterhin als Mitglied für die Vertretung im Bereich Justiz zu bestellen, so dass dieses Ressort nunmehr insgesamt zwei Mitglieder im Verwaltungsrat stellt. Die Regelungen in § 7 zur Zusammensetzung des Verwaltungsrats sind entsprechend zu ändern, hieraus ergeben sich auch Folgeänderungen im Hinblick auf die Nummerierung.

Zu Nummer 3

Auch im Verbraucherbeirat der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht obliegt nunmehr dem für den Verbraucherschutz zuständigen Ressort die Wahrnehmung der verbraucherpolitischen Interessen. Durch die Änderung des § 8a wird dies umgesetzt. Anstelle des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit wird entsprechend der neuen Aufgabenverteilung innerhalb der Bundesregierung das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz als Mitglied im Verbraucherbeirat bestellt.

Zu den Nummern 4 bis 6

Die Änderungen dienen jeweils der Anpassung an eine geänderte Ressortbezeichnung.

Zu Artikel 9 (Folgeänderungen)

Der bisherige Artikel 3 wird Artikel 9. Die Änderung in Absatz 4 stellt eine Folgeänderung aufgrund der Einfügung der neuen §§ 28, 35 und 36 dar. Daneben wurden die neuen Absätze 5 und 7 eingefügt.

Der neue Absatz 5 nimmt Folgeänderungen aufgrund der neuen Rechtslage mit dem Batterierecht-Durchführungsgesetz an der bisherigen Gebührenverordnung zum Elektro- und Elektronikgerätegesetz und zum Batteriegesetz vor. Die Bezeichnung wird an die neue Rechtslage angepasst. Zudem werden die Verweise auf das EU-Recht durch Verweise auf die entsprechenden Regelungen im Batterierecht-Durchführungsgesetz ersetzt. Eine Änderung der Gebührenhöhe ergibt sich nicht.

Der neue Absatz 7 stellt eine Folgeänderung zu Artikel 8 dar. Die Änderung in § 8a der Satzung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erfolgt im Hinblick auf die geänderte Zusammensetzung des Verbraucherbeirats. Da die Wahrnehmung verbraucherpolitischer Interessen durch das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit auch in der Satzung festgelegt ist, ist neben der Änderung der gesetzlichen Regelung insoweit auch eine Anpassung der Satzung erforderlich.

Zu Artikel 10 (Außerkräfttreten)

Der bisherige Artikel 4 wird Artikel 10.

Zu Artikel 11 (Inkräfttreten)

Der neue Absatz 2 regelt das Inkrafttreten für die neu hinzugekommenen Artikel 4 bis 7. Die Änderungen des Gesetzes über die Errichtung eines Umweltbundesamtes sowie des EU-Verbraucherschutzdurchsetzungsgesetzes einschließlich der damit zusammenhängenden Folgeänderungen sollen erst am 1. Januar 2026 in Kraft treten, um im Bundesamt für Justiz zuvor die organisatorischen Voraussetzungen für die Übernahme dieser Aufgabe schaffen zu können. Im Übrigen treten die neuen Artikel 2, 8 und 9 Absatz 7 am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Die Änderung in Absatz 4 stellt lediglich eine Folgeänderung im Hinblick auf die neue Nummerierung der Artikel dar.

Berlin, den 10. September 2025

Florian Bilic
Berichterstatler

Martina Uhr
Berichterstatlerin

Michael Thews
Berichterstatler

Dr. Jan-Niclas Gesenhues
Berichterstatler

Mareike Hermeier
Berichterstatlerin